

105516

Dokumenter vedrørende  
Tyskland - Skandinavia - Norge  
1939 - 40

Bl. a. Gåsting  
Hilleu  
Hagelin  
Jungbreg  
Trgeus  
Høstad  
Kambo  
Scheidt  
Korn

m. fl.

SEPTEMBER 1939

## III. Gespräch des Reichsaußenministers nach dem Abendessen.

Um 7.30 Uhr gab der Reichsaußenminister dem Grafen Terauchi ein Abendessen, an dem auch Generaloberst Keitel teilnahm. Nach dem Essen nahm der RAM das politische Gespräch mit Terauchi wieder auf. Er führte die Darlegungen unter vorstehender Nr. I. weiter aus und kam dann auf den deutsch-russischen Nichtangriffspakt zu sprechen. Er sagte, daß ihm schon längst die Notwendigkeit eines deutschen und eines japanischen Ausgleichs mit Rußland klar gewesen sei und daß er diesen auch im Falle des Zustandekommens eines deutsch-japanisch-italienischen Bündnisses angestrebt haben würde.<sup>2)</sup> Das habe er bereits vor mehr als einem Jahr dem Botschafter Oshima gesagt, und dieser hätte wohl auch darüber nach Tokio berichtet. Inzwischen hätten sowohl er wie Oshima sich größte Mühe gegeben, das deutsch-japanisch-italienische Bündnis zustande zu bringen. Daß dies nicht gelungen sei, sei bedauerlich, aber das sei nun nicht mehr zu ändern. Deutschland habe nun seinerseits allein den Ausgleich mit Rußland suchen müssen, aber er sei der Überzeugung, daß dieser Ausgleich sich auch für Japan günstig auswirken werde. Er habe das bereits in Moskau der Presse gesagt. Auch mit Stalin habe er über die Frage gesprochen, und dieser habe erwidert: „Wenn die Japaner den Krieg wollen, können sie den Krieg haben; wenn sie einen Ausgleich wollen, können sie auch den haben“. Die Interessenslage Japans, die der RAM wiederum wie unter Ziffer I. schilderte, bleibe die gleiche. Terauchi bestätigte wiederum, daß er ganz derselben Meinung sei. Botschafter Oshima, der bis zum Tisch und bis in 21. nur zugehört hatte, sagte jetzt, er glaube, daß Japan, insbesondere die japanische Marine, durchaus zu einem Vorgehen in Südostasien und zwar auch gegen Hongkong bereit sein würde. Er habe das andersseits auch telegrafisch vorgeschlagen. Der RAM fragte ihn: „Wie weit können Sie gehen?“ Oshima erwiderte, er glaube, daß Japan in der Lage sei, in Südostasien ziemlich weit zu gehen. Auf Einzelheiten über ein militärisches Vorgehen ging er nicht ein. Er meinte, man müsse versuchen, Holland von England abzuziehen und ihm einen Nichtangriffspakt vorschlagen. Dann könne man gleichzeitig ein Abkommen mit Holland treffen, das Japan erlaube, „auf ganz anständigem Wege“ die Rohstoffe Niederländisch-Indiens auszubeuten. Japan brauche Zinn und Gummi und Öl aus Niederländisch-Indien, Baumwolle aus Britisch-Indien, Wolle aus Australien. Wenn es das alles bekomme, dann sei es autark und sehr stark. Oshimas Ausführungen waren sehr unpräzise und unsicher. Sie stellten auch nur seine persönliche Ansicht dar. Der RAM nahm diese Ausführungen zur Kenntnis, ohne sich zu ihnen zu äußern. Er machte auch seinerseits keine Vorschläge, ließ aber in seinen weiteren Ausführungen erkennen, daß Deutschland durchaus bereit und gewillt sei, mit Japan gegen England zusammenzuarbeiten.

Auf die Bildung einer neuen chinesischen Zentralregierung ist Oshima nicht zu sprechen gekommen.

Hiermit weisungsgemäß dem Herrn Staatssekretär vorgelegt.

KNOLL

<sup>(\*)</sup> Über die Verhandlungen für eine derartige Allianz im Frühjahr und Sommer 1939 siehe Serie D, Band VI.

133.

4489/E 087 767

Aktennotiz des Außenpolitischen Amtes.

BERLIN, den 25. September 1939

Betrifft: Norwegen.

Laut Mitteilung seines Bevollmächtigten für Deutschland<sup>1)</sup> beabsichtigt Quisling, in der nächsten Zeit nach Deutschland zu kommen.

<sup>(\*)</sup> Wiljam Hagelin, ein in Deutschland ansässiger Norweger.

SEPTEMBER 1939

Bürgermeister Dr. Winkler,<sup>2)</sup> der vom Generalfeldmarschall über Staatssekretär Körner mit der Weiterführung und Bearbeitung des finanziellen Teiles dieser Angelegenheit betraut worden ist, hat bisher noch keine Möglichkeit gehabt, den Generalfeldmarschall zu sprechen.<sup>3)</sup>

Daher ist in der Sache selbst noch nichts unternommen worden.<sup>1)</sup>

- (1) Bürgermeister Max Winkler, Direktor des Vereinigten Finanzkontors GmbH in Berlin. Siehe Dokument Nr. 523.
- (2) Quisling war bereits im Juni 1939 in Berlin gewesen und hatte mit Rosenberg und Scheidt vom Außenpolitischen Amt gesprochen. Er hatte erklärt, er könne in kurzer Zeit die politische Haltung Norwegens ändern unter der Voraussetzung, daß ihm die notwendigen Mittel gewährt würden. Er erwähnte eine Anleihe von 6,5 Millionen RM. Bei einer späteren Unterredung zeigte auch Staatssekretär Körner großes Verständnis und erwiderte, daß Quisling, er beabsichtige, die Angelegenheit auf einer höheren Ebene weiter zu behandeln. Eine Aufzeichnung des Außenpolitischen Amtes wurde am 26. Juni Lammers zugeleitet, Quisling, um Heller zur Kenntnis gebracht zu werden. Die Verhältnisse Skandinaviens wurden im Hinblick auf einen europäischen Krieg analysiert und Quislings Ersuchen um eine Anleihe von rund 6 Millionen erwähnt. Die Originale dieser Dokumente befinden sich im German Military Documents Section, The Adjutant General's Office, U. S. Army, Akte Nr. 150-2 13-42/4 und sind verfilmt in APA Reel Nr. 290.
- (3) Sonstige Einzelheiten über finanzielle Abmachungen zwischen Quisling und deutschen Vertretern wurden nur teilweise ermittelt; siehe Dokument Nr. 626; Rosenbergs Bericht an Heß vom 15. Juni 1940 ist veröffentlicht in „Der Prozess gegen die Hauptkriegsverbrecher vor dem Internationalen Militärgerichtshof, Band XXV, Nürnberg 1947, Dokument Nr. 004-PS, Beweisstück GB-140 S. 26-34. Vgl. auch „Kurzzer Tätigkeitsbericht des Außenpolitischen Amtes der NSDAP von 1933-1943“, ebenda S. 25-27, Dokument Nr. 007-PS, Beweisstück GB-84. Englische Übersetzungen der Dokumente Nr. 004-PS und 007-PS, die auch von früheren Beziehungen zwischen Quisling und dem Außenpolitischen Amt handeln, sind gedruckt in *Nazi Conspiracy and Aggression*, Band III, S. 49-51.

134.

7433/E 539 977-79

Ungezeichnete Aktennotiz<sup>1)</sup>

BERLIN, den 25. September 1939

In der Aktennotiz vom 16. August 1939 an den Führer teilte ich mit,<sup>2)</sup> daß der britische Baronet (sic) de Ropp für den Fall des Krieges ausersuchen sei, die politische Beratung des englischen Luftfahrtministeriums für deutsche Probleme zu übernehmen. Ropp betonte bei einem späteren Besuch vor seiner Abreise, daß seiner Ansicht nach der Weltkrieg auch deshalb so lange gedauert hätte, weil alle persönlichen Kontakte abgebrochen gewesen seien. Er halte es im Interesse beider Länder deshalb für gut, wenn nach Erledigung Polens, die als wahrscheinlich angenommen wurde, Mittel und Wege gesucht würden, um einen europäischen Konflikt nicht zum letzten Ausbruch kommen zu lassen. Er teilte mit, daß er gegebenenfalls seinen Sitz sowohl in der Schweiz als auch in London haben würde.

Sonnabend, den 23. September, erhielt ich auf dem Umwege einer privaten Adresse eine Karte vom jetzigen Fliegermajor Baronet de Ropp aus der Schweiz. In der er anfragte, ob Ende September von uns aus, d. h. von ihm persönlich bekannter Menschen, ein Besuch in der Schweiz stattfinden könnte. Es würde sich also hier um eine private Fühlungnahme handeln, die aber doch den Zweck hätte, in ganz großen Umrissen die Gedanken des Führers England und Frankreich gegenüber mitzuteilen und um umgekehrt in großen Umrissen die Ansichten des durch die gegenwärtige Kriegslage besonders wichtig gewordenen Luftfahrtministeriums und darüber hinaus auch anderer wichtiger britischer Kreise entgegenzunehmen. Ich möchte dabei bemerken

(1) Das Dokument stammt vermutlich von Reichsleiter Rosenberg.

(2) Siehe Serie D, Band VII, Dokumente Nr. 74 und 151; siehe auch Band VIII, Dokumente Nr. 203, 235 und 316.

SEPTEMBER 1939

138.

66/46 600 19

## Aufzeichnung des Gesandten Schmidt (Büro RAM)

BERLIN, den 26. September 1939

AUFZEICHNUNG ÜBER DIE UNTERREDUNG ZWISCHEN DEM FÜHRER UND  
HERRN DAHLERUS<sup>1)</sup> IN ANWESENHEIT DES GENERALFELDMARSCHALLS GÖRING

Herr Dahlerus wies einleitend darauf hin, die Engländer seien so große Egoisten, daß sie sich nunmehr angesichts der Schwierigkeiten der gegenwärtigen Lage die Frage vorlegten, wie sie sich aus der ganzen Angelegenheit herausziehen könnten. Er habe in Stockholm (Forbes<sup>2)</sup>) gegenüber erklärt, daß es doch nach den Reden von Churchill und Chamberlain wohl ausgeschlossen sei, daß die Englische Regierung mit der Deutschen Regierung verhandle. Das habe Forbes verneint und im Gegenteil die Ansicht vertreten, der Englische Regierung könne sehr wohl derartige Verhandlungen mit Deutschland führen, wenn nur eine Formel gefunden würde, die den Völkern Europas die Idee der ihres Geliebten und ihrer Freiheit sicherte, und zwar durch einen Vertrag mit den europäischen Großmächten. Polen gäbe als verloren, und deshalb stünde man von dem Standpunkt aus, es nun darauf ankommen, wenigstens die Engländer zu gewinnen.

Der Führer erklärte, er müsse sich, daß die Engländer nicht nur für sich selbst, sondern auch für die Zurückhaltung und Ehrlichkeit seitens sofort als Bedingung für die Unterzeichnung jeder Art gewisser Dinge von den Deutschen erörtern. Er habe sich immer geschloßen werden soll, alle Pläne zum Kriegsausbruch zu vermeiden und Langmut das Fahren mit Schwäche zu vermeiden. Etwas Maßloses erwarteten die Engländer nunmehr mit ihrer dreijährigen Forderung zu wissen, er könne erklären, diese Drohung sei ihm gleichgültig, so werde er auch das für sich behalten. Aber man solle sich nicht im Führer täuschen, er würde den Krieg auch nach Warten hin bald so führen, daß den Engländern Hören und Sehen vergehen würde. Polen hätte er in drei Wochen vernichtet. Die Engländer sollten es sich einmal überlegen, was mit ihnen in drei Monaten geschehen könnte.

Der Führer betonte dann, daß er stets für die Freundschaft mit England eingetreten sei, daß aber heute sich im deutschen Volk allmählich ein abgrundtiefer Haß gegen England breitmake. Törichterweise würden nun auch noch die Engländer Flugblätter ab, die von ihrer absoluten Unkenntnis der deutschen Geistesverfassung Zeugnis ablegten. Gerade wenn man eine Persönlichkeit wie den Führer angreife, zu dem Deutschland voller Dankbarkeit aufblicke, so bringe man damit einen Geisteszustand im deutschen Volk hervor, der eine Einigung mit England immer schwieriger mache. Die Engländer würden es mit dieser Methode schließlich noch dahin bringen, daß eine Annäherung an England unmöglich sei, weil das Volk es nicht wolle. Wenn die Engländer statt des dreijährigen einen siebenjährigen Krieg oder einen noch längeren in Aussicht nähmen, Deutschland würde auch ihn durchstehen und England schließlich in einen völligen Trümmerhaufen verwandeln.

Herr Dahlerus kam erneut auf die Friedensmöglichkeit zu sprechen, die sich aus dem Egoismus der Engländer ergebe.

(<sup>1</sup>) Birger Dahlerus, schwedischer Zivilingenieur und Fabrikant, war als inoffizieller Vermittler zwischen Deutschland und England während der letzten Wochen vor Kriegsausbruch tätig. Siehe Birger Dahlerus, *Sista försöket, London-Berlin, sommaren 1939*, Stockholm 1945; deutsch: *Der letzte Versuch, London-Berlin, Sommer 1939*, München 1948; engl.: *The Last Attempt*, London 1947. Siehe auch Serie D, Band VI, Dokument Nr. 783 und Band VII, Dokument Nr. 312.

(<sup>2</sup>) Sir George Ogilvie-Forbes, von Sept. 1939 bis Febr. 1940 Gesandtschaftsrat an der Britischen Gesandtschaft in Oslo. Dahlerus sagte am 19. März 1946 vor dem Internationalen Militärgerichtshof in Nürnberg aus, daß seine Begegnung mit Ogilvie-Forbes am 24. Sept. 1939 in Oslo und nicht in Stockholm stattgefunden habe. Siehe darüber, *Der Prozeß gegen die Hauptkriegsverbrecher vor dem Internationalen Militärgerichtshof*, Band IX, S. 473. Dahlerus hatte mit Ogilvie-Forbes während dessen Zeit als Gesandtschaftsrat an der Britischen Botschaft in Berlin bis zum Ausbruch des Krieges in Verbindung gestanden.

SEPTEMBER 1939

Der Führer erwiderte, daß sich die Engländer, wenn sie den Frieden wollten, all- dings über die realen Tatsachen völlig im Klaren sein sollten. In Polen hätte Deutschland einen Sieg errungen, der für den Landbevölkerer in Polen innerhalb von 14 Tagen hätte er einen Staat von 36 Millionen Einwohnern, der die Hälfte von dem Teil gut ausgerüsteten 45 Divisionen besaß und dessen Soldaten 1/3 Opfer gekostet hätten, völlig vernichtet. Unter diesen Umständen denke der Führer nicht daran, sich von irgend jemand in die Lösung der Polenfrage hineinreden zu lassen. Im Februar hätten ja auch die Russen ein gewichtiges Wort dabei mitzusprechen. Auch sie hätten große Teile Polens besetzt.

In diesem Zusammenhang wies der Führer darauf hin, daß er angesichts des gegen ihn und Deutschland gerichteten Lügenfeldzuges wegen einer angeblich vorliegenden deutschen Eroberungslust sich nunmehr an allen Gebieten, die Deutschland an sich genommen nicht berührten, völlig desinteressiere. Es sei ihm ganz gleichgültig, ob ein anderes Land irgendwo außerhalb der deutschen Interessensphäre sich Gebiete aneignete.

Herr Dahlerus fragte sodann nach der deutschen Ansicht darüber, ob es überhaupt einen Zweck hätte, wenn die Engländer sich zu Friedensbesprechungen bereit erklärten.

Der Führer erwiderte, eine Vorbedingung für Friedensbesprechungen wäre, daß ihm völlig freie Hand in Bezug auf Polen gelassen würde. Wenn die Engländer noch etwas von Polen retten wollten, dann könne er ihnen nur raten, sich mit den Friedensbesprechungen zu beeilen. Darüber hinaus sei er durchaus bereit, den status quo des übrigen Europa mitzugarantieren. Er habe seiner Zeit die Tschechoslowakei nicht mitgarantiert, weil er sich vorbehalten hätte, dies erst zu tun, wenn alle Nachbarn dazu bereit wären. Polen habe sich damals selbst Gebiete der Tschechoslowakei aneignet. Wenn die Engländer in Europa Frieden wollten, dann sollten sie es klar zu verstehen geben. Deutschland würde auf jeden Fall dazu bereit sein, denn es brauche Frieden, um die im Osten neu erwonnenen, früher dem deutschen Kulturkreis zugehörigen Gebiete zu kultivieren. Das würde mindestens 50 Jahre in Anspruch nehmen.

Der Führer schätzte, die ehemals deutschen und ehemals österreichischen Gebiete Polens sowie strategisch wichtige Territorien dem Reich wieder einzuverleiben. Daneben solle eine „Flurbereinigung“ stattfinden, indem durch großzügige Umsiedlungen nicht nur die verstreut wohnenden deutschen Volksgruppen innerhalb des Reiches wieder vereint würden, sondern auch ein Ausgleich zwischen dem dicht besiedelten Westen, wo 140 Menschen pro qkm wohnten – ein Zustand, der auf die Dauer unhaltbar sei – und dem dünn besiedelten Osten, wo nur 35 Menschen auf den qkm kämen, herbeigeführt werde. Zur Durchführung dieser großen Pläne seien 50-100 Jahre notwendig, besonders wenn man den ungeheuren Tiefstand und die Verkommenheit Polens berücksichtige, demgegenüber die Tschechei als ein wahres Paradies erscheine. Es sei eine Unverschämtheit, wenn ein derartig heruntergekommenes Land wie Polen es wage, sich gegen ein Land wie Deutschland zu wehren.

Herr Dahlerus erwähnte in diesem Zusammenhang eine Äußerung Lipskis, der erklärt hätte, die Polen würden Deutschland nicht nachgeben, denn sie liebten Deutschland sehr gut, und es würde sicherlich in 7 Tagen eine Revolte in Frankreich und Deutschland zum Nachgeben zwingen.

Der Führer schilderte dann weiter seine verheerenden Eindrücke von Lande Polen während seiner Frontreisen. Die Weichsel, angeblich der größte Fluss Polens, sei überall versandet und nur mit Paddelboot schiffbar. Und für diesen Unwetter sollten nun Millionen Engländer und Deutsche ihr Leben lassen!

Herr Dahlerus erklärte in diesem Zusammenhang, daß es nur auf diese Weise nämlich wie die Engländer das Gesicht wahren könnten.

Der Führer wies darauf hin, daß die Polen die Engländer hinter sich hätten gelassen, sie überhaupt keine Basis für einen Widerstand gegen Deutschland gehabt hätten, wie sie dies den Engländern gegenüber vorgaben.

SEI, 1. januar 1959

Herr Dabbe kam dann auf die Judenfrage zu sprechen. Die Engländer überlegten sich, wo die Juden bleiben sollten, worauf der Führer antwortete, daß, wenn er den polnischen Staat reorganisieren würde, auch für die Juden ein Asyl geschaffen werden könnte. Einer müsse eben im Ostraum für Ordaung sorgen und den Zustand der völligen Desorganisation in ein geordnetes Verhältnis überführen. Hinzu käme die bereits vorher erwähnte volksmäßige Flurbereinigung: Deutsche würden in den dünn bevölkerten Gebieten angesiedelt werden, um wenigstens den Besiedlungssatz von 35 Menschen pro qkm auf 60 zu erhöhen. Das Ziel sei, eine vernünftige regionale Einteilung der Nationalitäten sowie eine vernünftige Wirtschaftsstruktur im polnischen Raum zu schaffen.

Herr Dahlerus kam wieder auf die Friedensfrage zu sprechen und erklärte, das Hauptproblem für die Engländer sei, eine Formel zu finden, durch die der Frieden in der Zukunft gesichert würde. Auf die Anregung des Führers, daß die Engländer dann jemand nach Deutschland schicken sollten, der ihn, den Führer, ernst nähme und nicht glaube, daß er nur bluffe, erwiderte Herr Dahlerus, daß die Entsendung eines Engländers wohl einen Waffenstillstand voraussetzte. Er könne sich vorstellen, daß man in streng geheilter Mission z. B. den General Ironside\*) von England entsenden würde.

Der Führer erwiderte, daß, ohne ein Waffenstillstandsabgeschloß zu werden könne, zunächst einmal eine Inoffizielle Fühlungnahme zur Überprüfung der Möglichkeiten eines Abchlusses notwendig sein müsse. Alles käme im Übrigen darauf an, mit den Engländern zu verhandeln, nicht mit den Juden. Wenn die Engländer tatsächlich Frieden wollen, erklärte der Führer weiter, können sie ihn in 14 Tagen bekommen, ohne daß ein Geschloß notwendig sei. Es wäre allerdings, daß sie sich mit der Tatsache abfinden, daß Polen nicht mehr auferstehen könnte. Auch Rußland hätte ja dabei mitzusprechen und sei nicht gewillt, die von ihm besetzten Gebiete zu räumen. Die Fühlungnahme Polens würde nicht am Konferenztisch entschieden, sondern die Entscheidung sei bereits wondrous gefallen. Es handele sich jetzt um des Schicksal Europas, das nur gesichert werden könne, wenn man das polnische Problem, das bereits entschieden sei, völlig beiseite ließe und nur noch an Europa denke. Es erhebe sich die Frage, was die Engländer in Europa wollten. Sicherheit für ihr eigenes Land sei er, der Führer, bereit, ihnen zu garantieren, wie er es früher getan habe, indem er den Flottenvertrag mit England abschloß, den er erst kündigte, als die Engländer eine feindselige Haltung einnahmen.†) Sicherheit für Frankreich sei er, der Führer, ohne weiteres bereit zu geben. Der Westwall sei die unverrückbare deutsche Westgrenze. Sicherheit für Belgien und Holland habe er wiederholt angeboten. Er sei bereit, alle diese Dinge in einem europäischen Vertrag niederzulegen. Er könne nur noch einmal wiederholen, daß Deutschland im Westen und auf dem Balkan keine Eroberungen machen wolle; auf dem Balkan habe er nur Handelsinteressen.

Herr Dahlerus stellte erneut die Frage der Waffenstillstandspräliminarien für den Fall, daß jemand von England nach Berlin käme.

Der Führer drückte sich sehr skeptisch über den wirklichen Friedenswillen Englands aus sowie über die Möglichkeiten, jemand nach Deutschland zu schicken. Vielleicht wäre es überhaupt das Beste, daß von Frankreich der erste Schritt erfolge oder von einem Neutralen; z. B. könne der Duce ja diese Rolle übernehmen.

Herr Dahlerus erwiderte, daß man den Duce doch nicht für neutral genug hielte, man hätte an die Königin von Holland gedacht.

Feldmarschall Göring faßte die Möglichkeiten einer Fühlungnahme dahingehend zusammen, daß ein Vertreter Deutschlands und ein Vertreter Englands sich zunächst in Holland treffen und die Möglichkeit einer Einigung überprüfen sollten. Erst wenn derartige Möglichkeiten sich abzeichneten, solle an die Königin von Holland herangetreten werden, die dann offiziell die Vertreter beider Länder zu Waffenstillstands-

(\*) - Sir Edmund Ironside, Chef des Imperial General Staff.

(†) Siehe Serie D, Band VI, Dokument Nr. 277.

SEPTEMBER 1939

besprechungen auffordern würde. Es wäre nicht schlecht, wenn zu der ersten inoffiziellen Besprechung ein Offizier von englischer Seite, wie der General Ironside, anwesend wäre.

Der Führer warf erneut die Frage auf, ob die Engländer wirklich den Frieden wollten oder ob sie sich nicht wieder irgendwelchen trügerischen Hoffnungen auf eine Niederringung Deutschlands hingäben, nachdem die Dinge in Polen nun so ganz anders gelaufen wären, wie sie sich das gedacht hatten. Deutschland wolle keine „Polen schlucken“, es wolle nur Sicherheit für das Reich und Grenzen, die zu seiner Versorgung und zur volksmäßigen Flurbereinigung die notwendigen Möglichkeiten bößen.

Der Feldmarschall wies darauf hin, daß Polen ja nunmehr sowieso erledigt sei, und zwar nicht nur durch Deutschland, sondern auch durch Rußland, und daß nach seiner Ansicht sich irgendein Modus finden lassen würde, um zu verhindern, daß wegen eines derartig tiefstehenden Volkes ganz Europa in Trümmer gehe. Er glaube im übrigen, daß die Erfahrungen der letzten Wochen an den Engländern nicht spurlos vorübergegangen seien, und daß viele von ihnen jetzt erheblich einsichtiger seien, als sie es früher, vor Beginn der Feindseligkeiten mit Polen, gewesen waren.

Der Führer drückte Zweifel darüber aus, ob denn die Zusammenkunft in Holland geheim bleiben könnte, und fragte, ob Chamberlain überhaupt etwas derartiges unternehmen könne, da ja das englische Parlament den Krieg wolle. Wenn man sich in England allerdings überlege, daß Deutschland mit einer schlechten Regierung und nur 87 Divisionen viereinhalb Jahre gegen die ganze Welt ausgehalten habe, dann müsse man die Aussichtslosigkeit einsehen, das Deutschland von heute mit seiner guten, energischen Regierung und 156 Divisionen niederzuringen. Bisher hätten allerdings weder Frankreich noch England irgendwie ernstlich angegriffen.

Herr Dahlerus warf hier ein, daß das gerade das Zeichen sei, daß man auf englischer Seite den Krieg nicht mehr wolle. Die beste Friedenshoffnung sei der englische Egoismus.

Der Führer erwiderte, daß die Engländer den Frieden haben könnten, wenn sie es wollten, sie müßten sich aber beeilen, denn lange würden nicht mehr bloß Flugblätter abgeworfen werden. Die Stimmung im Westen sei bei den deutschen Truppen, besonders nach einer Berührung mit den aus dem Osten kommenden siegreichen Truppen, außerordentlich kampflustig, und der Feldmarschall habe schon sehr energische Befehle geben müssen, um der siegbewußten Flugwaffe im Westen bei ihren Unternehmungen einen gewissen Einhalt zu gebieten. Es sei ein gefährlicher Eifer ausgebrochen.

Der Feldmarschall wies in diesem Zusammenhang noch auf die wirtschaftliche Seite der deutschen Vorbereitungen hin. Der Führer ergänzte seine Bemerkungen damit, daß er auf die völlige Umstellung der Wirtschaft auf Kriegsbedürfnisse hinwies. Der Welt würden die Augen aufgehen, wenn sie erst merkte, was Deutschland an Flugzeugen, Waffen, Munition, Unterseebooten und Schnellbooten produziere. Wenn man also den Frieden wolle, dann müsse man sich etwas beeilen. Es könne dann vielleicht ein Weg gefunden werden. Dabei müsse allerdings unter allen Umständen die Ehre einer siegreichen Armee respektiert werden. Er, der Führer, könne seinen Generälen und dem deutschen Volk, das ein Volk von Soldaten sei, einfach gewisse Dinge nicht zumuten und müsse wiederholen, daß er in Bezug auf den englischen Friedenswillen und die Möglichkeiten, diesen Willen zu realisieren, skeptisch sei.

Herr Dahlerus erwiderte zum Schluß, er wolle trotzdem sein Bestes versuchen und sich bereits morgen nach England begeben, um in der augedeuteten Richtung vorzufühlen.

gez: SCHMIDT  
Gesandter

APRIL 1940

vorstehenden Vorschlag, den die deutsche Regierung und Norwegen mit der Bereinigung der Frage, Punkt für Punkt organisieren, einen so starken Stimmungsmachung bringen, daß Einlenken seitens der konstitutionellen Vertreter Norwegens erbetene und der von uns anfänglich angestrebte Zustand erreicht wird.<sup>4)</sup> Die günstigen Folgen, die sich hieraus für unser Unternehmen hier und im Verhältnis zu den kriegführenden Mächten, zu Schweden und zu der ganzen neutralen Welt ergeben würden, liegen, wie ich schon bei meiner telefonischen Meldung am 9. April<sup>5)</sup> ausführte, auf der Hand. Weiter besteht auch, wenn geflohene Storting-Mitglieder nicht einlenken, Möglichkeit, daß hiesiges Reichsgericht die Regierungsvertreter übernimmt,<sup>6)</sup> was nach Konstitution bei Ausfall von König und Storting vorgesehen und heute Möglichkeit bei jeder ... (Gruppe nicht) vorgetragen worden ist.<sup>7)</sup> Andererseits verlagert jeder Tag, insbesondere bei der jetzt durchaus notwendigen Verschärfung unserer Kriegführung, die Chancen, die Vertreter des norwegischen Volkes überhaupt zum Einlenken zu bewegen.

BRÄUER

- \*) Die Kopie des Grammits, daß Oslo lautet: „die Lösung der Frage (Lösung eines so starken ...“  
 \*) Die Kopie des Grammits, daß Einlenken seitens der konstitutionellen Vertreter Norwegens ...  
 \*) Die Kopie des Grammits, daß Einlenken seitens der konstitutionellen Vertreter Norwegens ...  
 \*) Die Kopie des Grammits, daß Einlenken seitens der konstitutionellen Vertreter Norwegens ...  
 \*) Die Kopie des Grammits, daß Einlenken seitens der konstitutionellen Vertreter Norwegens ...

98

# 27/101/140

Zufzeichnung des Vortragenden Negationsrats Hagelin  
 (Persönl. Stab. 144)

BERLIN, DER 13. APRIL 1940

BESPRECHUNG ZWISCHEN DEM FÜHRER UND DEM WIRTSCHAFTS- UND VERSORGENGS-  
 MINISTER DER NEU GEBILDETEN NATIONALEN NORWEGISCHEN REGIERUNG, DIREKTOR  
 HAGELIN, AM 13. 4. 40 UM 17 UHR 15, IN ANWESENHEIT DES HERRN RECHTSAUSSEN-  
 MINISTERS UND UNTERSTAATSEKRETÄRS HABICHT

Hagelin berichtet, daß die Aktion in Norwegen gut verlaufen sei. Nur einen Schönheitsfehler habe es gegeben, der darin bestand, daß die deutschen Luftlandtruppen zu spät in Oslo gewesen wären, eine Folge der Wolkenbildung. So sei die Regierung in der Lage gewesen zu fliehen. Wäre die Ankunft der deutschen Truppen programmäßig verlaufen, so wären sowohl der König<sup>1)</sup> wie auch die Regierung sichergestellt und auch das Schießverbot herausgegeben und befolgt worden. Daß es anders gekommen wäre, sei zwar bedauerlich, doch kämen jetzt bereits mehrere geflohene Abgeordnete zurück, unter anderen Björnson und der Kommandeur der Garde<sup>2)</sup> (dessen Namen er nicht anzugeben wußte).

Der Führer las eine Reutermeldung aus Stockholm vor, die besagte, daß der von der Schattenregierung als Außenminister ernannte Major Hvoslef sein Amt niedergelegt und in Stockholm eingetroffen sei. Hagelin meint, daß dies eine Lüge sein müsse, denn er habe selbst das Telegramm gesehen, mit dem er seine Dienste der neuen Regierung zur Verfügung gestellt habe. Hvoslef sei in Finnland aktiver Offizier gewesen und habe die SA der Nationalen Samling organisiert.

Er hielt das Problem König noch nicht für abgeschlossen. Unglücklicherweise habe der Deutsche Gesandte gleichzeitig wie Quisling seine Aktion beim König gestartet, und er habe die Überzeugung, daß, wenn er vor Bräuer bei dem König gewesen wäre,

<sup>1)</sup> Haakon VII.

<sup>2)</sup> Oberstleutnant Trygve Frivold Graff-Wang.



APRIL 1940

die Sache gut gegangen sei. Trotzdem würde die Regierung Quisling alles daran setzen, um mit dem König doch noch zu einer Einigung zu kommen, von der er glaube, daß sie über die Kronprinzessin zu bewerkstelligen sei. Man müsse sich nur darüber sein, daß der König erzwungen und antideutsch sei. Wenn es mit ihm nicht ginge, so ginge es vielleicht mit dem Kronprinzen Olaf. Auf die Frage des Führers bestätigte Hagelin, daß es in Oslo selbst absolut ruhig sei.

Der Führer schilderte nun die militärische Situation und sagte, daß heute drei, morgen vier Divisionen in Norwegen seien, davon zweieinhalb allein in Oslo. Er habe an sich zwei Divisionen für Dänemark und zehn für Norwegen vorgesehen, könne diese Zahlen aber leicht vergrößern, ohne auf seine Heeresreserven zurückgreifen zu müssen. Ihm ständen noch sieben Divisionen zusätzlich zur Verfügung. Narvik sei die schwerere Frage, da dorthin keine Verbindungen beständen. Er glaube nie, daß die Schweden einen Transit deutscher Truppen und Waffen auf ihren Eisenbahnen erlauben würden. Dazu hätten die Norweger Brücken und Tunnel gesprengt, und so müßte er auf anderem Wege vorgehen, und das habe er auch vorgesehen. Mit Ausnahme von Stavanger und Oslo seien die Flugplätze in Norwegen außerordentlich schlecht, und er habe sehr viel Mühe, den Drammen-Flugplatz für militärische Zwecke auszubauen.

Der Führer fragte, daß die Engländer vorgehen würden, hier und da einige Truppen zu landen. Wie wollte er eine Art Guerilla-Krieg. Daß hierbei das Land zu Grunde gehen, sei keine Gefahr, egal. Die Tragik dabei sei nur, daß durch Zerstörungen der Eisenbahnen und Wege das Land sich selbst in große Not brächte, da sie sich ihrer Transportmittel nicht mehr bedienen würden. Norwegen habe diese Verbindungen nötiger als je, da er seine Truppen auf anderem Wege versorgen könne. Er habe den Kommanden in den nächsten Tagen gegen englische Seestreitkräfte endgültig gesperrt.

Nach einigen Ausführungen über die Technik der Landung und das Beladen der Schiffe, sagte der Führer, daß in kurzer Zeit sich kein Engländer mehr in Norwegen sehen lassen können. Sie hätten einen Luft-Angriff auf Narvik versucht, ein Flugzeug sei abgefallen, man sei verbleiben, ein zweites auf Stavanger seien nun abgeschossen worden. Das könnte sie noch eine Zeit lang weiter machen. Aber das norwegische Land ginge dabei kaputt.

Der Führer fragt nun Hagelin, er solle einmal ganz nüchtern angeben, wie hoch er die Widerstandskraft der Regierung Quisling schätze. Hagelin meint, daß diese Stärke der Bevölkerung sei, und zwar der aktiven. Anleitungen zur Untermauerung der Widerstandskraft, meinte der Führer, daß die Regierung Quisling nun gewisse Maßnahmen ergreifen müsse, die sich aus Auftrags erlassen müßten, wie z. B. die Verhaftung von Journalisten, Korrespondenten, Beamten, Wissenschaftler, Professoren etc. Der Widerstand sei ein schneller Wahnwitz, und das, was geschehen müsse, wenn er fortgesetzt werden soll, furchtbar und zwecklos, viele Unschuldige würden hierbei zu Grunde gehen. Daß die Engländer die Deutschen nicht mehr hinausreiben könnten, und sich selbst in Norwegen würden das Land nun planmäßig in Besitz nehmen. Hagelin meint, der König hätte wohl auch nachgegeben, wenn nicht durch die Lügennachrichten immer wieder neue Hoffnungen bei ihm entstanden wären.

Der Führer erwägt, ob er selbst einen Brief an den König schreiben solle, um ihm die Probleme vor Augen zu führen und aufzuzeigen, daß er sich entscheiden müsse zwischen zwei Möglichkeiten: entweder dem dänischen Beispiel zu folgen, wo alles in Ruhe und Ordnung, ja sogar in einer Atmosphäre von Freundlichkeit sich abwickelte, oder sein Land zu einem sinnlosen Widerstande aufzuputschen und hierdurch in Schutt und Asche zu verwandeln. Er fragt nach der Möglichkeit der Zustellung dieses Briefes und Hagelin meint, er könne garantieren, daß dieser Brief durch ihn in die Hände des Königs gelangen würde, selbst wenn dieser in Schweden sei. Er habe persönliche Beziehungen zu guten Freunden des Königs, diese seien vor

(\*) Kronprinzessin Märtha.

APRIL 1940

allem Kapitän Lugens und dessen Frau, die politisch nicht gefährdet sind, im geheimen zum König kommen könnten. Wo der König zurzeit sei, wisse er auch nicht. Die letzte Standortmeldung sei aus Elverum gekommen.

Als man auf das Thema kam, daß die Schwedische Gesandtschaft den Schwere der Norwegischen übernehmen wolle, sagte der Führer, daß er den Norwegischen Gesandten<sup>(\*)</sup> sprechen wolle. Hierauf wird dieser in die Reichskanzlei bestellt.

Während des Wartens macht der Führer noch Ausführungen über die Kreise, die der König umgeben, und ihn zu falscher Beurteilung der Lage veranlassen. Er meint auch, daß der kleine Mann in Norwegen, besonders, da er nicht militärisch geschult sei, leicht dazu neige, den englischen Lügen zu glauben, weil er die militärische Lage gar nicht beurteilen könne. So könnten Gerüchte alles umwerfen, und die Nachricht, daß z. B. Bergen von der englischen Flotte besetzt sei, könne einen erheblichen Widerstand wieder zum Entflammen bringen. Die Zeit der Kriege hatten sie inzwischen vorbei, und England könne seine Flotte noch nicht einmal mehr in Scapa Flow halten.

Der Führer glaubt nicht, daß es noch eine Möglichkeit gibt, mit dem König manövrieren zu können. Auch in Schweden sei eine völlige Dunkelheit herrschend, so daß sich auch dort nichts tun könne. Man müsse sich darüber klar machen, daß die Deutschen nie den Krieg gewinnen kann, selbst wenn Dänemark und die Briten<sup>(\*\*)</sup> nicht vorhanden wären. Es handelt sich nicht um den norwegischen Widerstand, sondern um den Widerstand über die Hand. Die Leute seien verblödet, und sie zu haben, ist für den Führer eine große Gefahr. Er meint, daß die Leute nicht mehr verstehen, was es bedeutet, unbedingtes Verhängnis zu sein. Er meint, daß die Führer, so wie die Bevölkerung, nicht mehr die Verantwortung für das Handeln der Nation übernehmen können. Er meint, daß die Führer in Deutschland nicht die Lage, eine Situation richtig zu beurteilen. Seine Schwachlage liege keine Geistesgegenwart zu entscheiden, was zu geschehen habe und was nicht, und was zwecklos sei und was nicht. Und er bringt einige Vergleiche aus dem politischen Geschichtsbuch. Auf den Einwurf des Reichsaußenministers, daß der König wohl auch durch die letzten Nachrichten ernüchtert würde, meinte der Führer, daß immer wieder neue Lügen erfunden würden. Hagelin schildert den König als nicht dumm, wenn er auch politisch nicht sehr klug sei. Die Regierung Quisling wolle unbedingt versuchen, zunächst mit dem König zusammenzuarbeiten, um das Volk zu beruhigen. Inzwischen ginge in Oslo das Wirtschaftsleben ruhig weiter.

Der Führer erwähnt noch, daß wir nun leider den Sender in Tromsø mit Bomben zusammenwerfen müßten, da er stets englisch sende.

Nach einem kurzen Gespräch über Rußland und Finnland wird die Unterhaltung unterbrochen, da der Norwegische Gesandte inzwischen eingetroffen ist.

Nachdem Hagelin wieder hereingerufen worden ist, fragt der Führer ihn, wie groß er die militärischen Kräfte Norwegens zurzeit einschätze. Hagelin meint, daß diese nicht groß seien. Einige Regimenter seien wohl da, doch seien diese völlig zusammengewürfelt, zum Teil unausgebildet. Für die deutsche Armee seien sie überhaupt kein Hindernis. Der Führer hält es für eine Sünde, mit solchen Kräften den Widerstand zu versuchen, und Hagelin stellt fest, daß es unbedingt nötig sei, daß man dem König dieses beibringen müsse.

Der Reichsaußenminister ventiliert noch die Frage, ob man über den Dänischen König<sup>(§)</sup> von welchem Hagelin meint, daß er starken Einfluß auf seinen Bruder habe, einen Versuch machen solle. Der Führer schließt die Unterhaltung mit der Bemerkung ab, daß es ihm nun egal sei, wer drüben regiere. Er lasse nun Truppen hinüber schicken, und das sei die Hauptsache. Unsere Soldaten faßten die norwegischen Truppen überhaupt nicht als Gegner auf.

\*(\*) Arne Scheel.

\*\*(\*) Christian X.

APRIL 1940

Hagelin bittet den Führer um einen militärischen Verbindungsmann zu seiner Regierung und bezeichnete einen Major Richter, Breslau, Holderstr. 9. als besonders geeignet, da er sehr viele Freunde drüben habe. Der Führer stimmt dem zu und bittet Hagelin, Major Richter nach Berlin zu berufen.

Hiermit wird die Unterhaltung beendet, welche mit Unterbrechungen von 11.30 bis 11.45 Uhr dauerte.

Hew 12

(\*) Am 13. April hatte Hagelin auch eine Unterredung mit Rosenberg. Die Aufzeichnung der Unterredung ist nicht erhalten (APA Reel Nr. 230). Das Original des Dokuments ist aufbewahrt in der George N. Greig Documents Section, Departmental Records Branch, the Adjutant General's Office, US Army, file 200-d-19-274.

100.

200/153 174-55

Der Gesandte in Belgrad an das Auswärtige Amt

Telegramm

Gebühren: 100 Mark  
Nr. 174/1940 114 d.

BELGRAD, den 13. April 1940 11 Uhr 20  
Ankunft: 13. April 15 Uhr 10

Belgrad, den 13. April 1940. Der mich heute zwecks Überreichung Goethischer<sup>2)</sup> Handzeichnung (Nr. 174/1940) empfangend, äußerte in anschließendem Gespräch größte Bewunderung vor letzten militärischen Aktionen Deutschlands, die in ihrer Kühnheit und Schnelligkeit ohne Beispiel seien. Er verfolgte die sich heute abspielenden Beratungen über die, wie ich mir ja denken könnte, mit stärkster innerer Bewegung und nicht ohne Schmerz bei dem Gedanken, daß es sich um Kämpfe zwischen Deutschland und England handele.

Der Franzose hat mich sodann unter Berufung auf unsere langjährige Freundschaft<sup>1)</sup> ganz offen über seine Gefühle gegenüber dem heutigen Konflikt geäußert, den er zu fühlen, ich wisse, mit welcher Liebe er von jeher an deutscher Kultur, am deutschen Land und am deutschen Menschen hänge. Von dieser Liebe werde ihn nichts abbringen können. Bei Übernahme der Regentschaft in Jugoslawien habe ihn das Bewußtsein glücklich gemacht, daß diese seine Gefühle zu Deutschland in keinerlei Widerspruch zu den Interessen Jugoslawiens stehen. Denn nach seiner Auffassung ergab sich schon allein aus der geographischen Lage Jugoslawiens zu Deutschland die zwingende Notwendigkeit freundschaftlicher Beziehungen. Wie immer auch sich Europa erheben möge, Jugoslawen und Deutsche würden immer als Nachbarn leben müssen. Er freue sich, heute feststellen zu können, daß er auf deutscher Seite auch in den schwierigsten Tagen seiner Regentschaft jederzeit größtes Verständnis und echte Freundschaft gefunden habe. Sein Vertrauen zu Deutscher Regierung sei dadurch immer fester geworden. Er mache auch Engländern und Franzosen kein Hehl daraus und habe sie schon oft darauf hingewiesen, daß Deutschland im Gegensatz zu England und Frankreich sich gegenüber Jugoslawien stets hilfsbereit und korrekt verhalten habe. Leider könne er nicht das selbe Vertrauen zu Deutschlands heutigen Freunden Italien und Rußland haben. Er verstehe vollkommen die zwingenden Gründe der deutschen Politik, aber sein Mißtrauen gegen diese Freunde Deutschlands könne er nicht los werden. Hoffentlich erweise sich dieses Mißtrauen als unbegründet. Abschließend bemerkte der Franzose, sein heißer Wunsch sei immer

<sup>1)</sup> Paul, 20. z. im Jugoslawien.  
<sup>2)</sup> in der Vorlage: Goethischer.  
<sup>3)</sup> Nicht ermittelt.

*Universität Göttingen  
Institut für Völkerrecht an der  
Forschungsstelle für Völkerrecht und  
Ausländisches Öffentliches Recht der  
Universität Hamburg*

APRIL 1940

würde, in das Schwarze Meer einzudringen, um unseren Handelsverkehr dort zu sichern. Für diesen Fall würde es der Sowjetunion von Bedeutung sein, die von Deutschland angewandten magnetischen Minen verwenden zu können. Ich bitte, die Frage zu prüfen, ob wir in der Lage seien, der Sowjetunion eine Anzahl solcher Minen zu verkaufen, ohne daß dabei das Geheimnis ihrer Konstruktion preisgegeben zu werden braucht. Falls deutschenseits eine grundsätzliche Bereitwilligkeit bestehe, die Bitte der Sowjetunion zu erfüllen, könnten Besprechungen über die Bedingungen sofort aufgenommen werden.])

(Schließe Drahtweisung.?)

SCHULENBURG

(1) In einem weiteren Telegramm (Nr. 712 vom 16. Apr.: 103/112 120) berichtete Schulenburg: „Molotov sagte mir heute, daß die im Norden entstandene Lage es vermutlich notwendig machen würde, Murmansk gegen die Engländer durch magnetische Minen zu sichern. Die Verwendung solcher Minen sei vor Murmansk im Augenblick viel aktueller als im Schwarzen Meer.“

(2) Siehe Dokument Nr. 146.

106.

220/124-150

Der Reichsaußenminister an die Gesandtschaft in Oslo

Telegramm

Nr. 476

BERLIN, den 13. April 1940

Für Gesandten persönlich.

(Im Anschluß an Telegramm 490.1)

Unterstaatssekretär Habicht, der nicht Sonnabend, sondern Sonntag<sup>2)</sup> nach Oslo fliegt, hat den Auftrag, die Propaganda in Norwegen zu organisieren und sich insbesondere neugeborenenfalls Quisling für Propagandazwecke zur Verfügung zu stellen. Unbeschadet der Selbständigkeit dieser Aufgabe und der Verantwortung von Unterstaatssekretär Habicht für ihre Durchführung, wird Ihre Stellung als Gesandter und Bevollmächtigter des Reiches durch diesen Sonderauftrag nicht berührt. Ich bitte von Herrn Habicht in seiner Tätigkeit mit allen geeigneten Mitteln zu unterstützen.

KAM

(1) Telegramm Nr. 490 kündigte an, daß Unterstaatssekretär Habicht in einer Sondermission zu einem mehrtägigen Aufenthalt nach Oslo entsandt würde (22.3.4021).

(2) Dies am 14. April.

107.

F 14/124-130

Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats Hewel  
(Persönl. Stab RAM)

BERLIN, den 13. April 1940

UNTERREDUNG DES FÜHRERS MIT DEM NORWEGISCHEN GESANDTEN SCHEEL AM  
13. APRIL 1940 BEI ANWESENHEIT DES REICHAUSSENMINISTERS UND U. ST. S. HABICHT  
UND VLR HEWEL

Der Reichsaußenminister empfängt den Gesandten Scheel in der Reichskanzlei und teilt ihm mit, daß der Führer ihn wegen der ungeklärten Lage zu sprechen wünscht. Hierauf begibt man sich zum Führer.

124

APRIL 1940

Der Führer erkläre die ihm überlegene, die Panzerwaffe Regierend der Norwegische Gesandte eigentlich vertrete. Gesandter Scheel antwortet, daß er sich selbst nicht wisse. Darauf schildert der Führer ihm den Grund des Einmarsches der deutschen Armees in Norwegen. Die Situation sei sehr einfach. Er sei eingerückt, weil er erfahren habe, daß England Norwegen besetzen wolle. Dank der Geschwindigkeit des Herrn Churchill und zuverlässiger Unterlagen, die ihm zugeleitet worden seien, sei ihm die englische Absicht vollkommen klar geworden. Ihm sei nichts anderes übriggeblieben, als in Norwegen einzumarschieren, da er nicht zulassen könnte, daß England dort oben einen neuen Kriegsschauplatz gegen das Reich eröffnete.

Der König von Dänemark \*) habe den klügsten und segensreichsten Entschluß gefaßt. Deutschland sei dort eingerückt und würde für alles zahlen. Es würde vernünftige Handelsbeziehungen mit Dänemark pflegen. Dänemark könne Deutschland manches liefern, und er würde es übernehmen, Dänemark mit dem zu versorgen, was es bisher von den Alliierten bekommen hätte, und wenn es dieses von Rußland beziehen müsse. Nach Ende des Krieges bekomme Dänemark alles wieder. Die deutschen Truppen hätten eine ausländische Haltung. Es würde nicht geprügelt, man es hätten sich bereits fremde wirtschaftliche Beziehungen mit der Bevölkerung angeknüpft. So bliebe Dänemark völlig unbeschädigt von dem Kriege. Sollten die Engländer Bombenangriffe auf dänische Städte unternehmen, so werde er jeden solchen Vorfall mit einem gewaltigen Gegenanschlag beantworten. Derselbe Zustand könnte auch in Norwegen herrschen, wenn der König \*\*) sich nicht durch unverantwortliche Verhalten zu einem sinnlosen Widerstand entschlossen hätte. Er, der Führer, könne Norwegen nicht in der Hand der Engländer führen. Inzwischen habe er 4 Divisionen dafür als Ersatz allein, außer den eigenen 3 Divisionen. Nur kindische Berater könnten hiergegen einen Widerstand erheben. Das Ganze sei ein solcher Wunschtraum. Wenn die Engländer ihre Bahnen zerstörten, so träfen sie damit sich selbst, denn sie hätten die Verkehrswege zur Versorgung des Landes nötiger als er, der andere Möglichkeiten habe, um sich zu versorgen. Ihm tue dies alles persönlich sehr leid, denn er wolle nicht gegen Norwegen Krieg führen. Er wolle nur sein eigenes Land gegen England sichern. Die Neutralität Norwegens wäre für ihn das Wertvollste gewesen. Morgen würden die deutschen Truppen zum Angriff übergehen. Jeder Widerstand würde mit den barbarischsten Mitteln gebrochen werden. Die Opfer an Zerstörung und Menschenleben, die Norwegen geben müsse, täten ihm persönlich grenzenlos leid, aber nachdem der Norwegische König sich zum Kriege entschlossen habe, würde er, der Führer, den Krieg führen. Auf die Frage des Gesandten Scheel, ob der Führer nicht glaube, daß das alles schnell zu Ende sei, antwortete der Führer, daß er das schon glaube, aber daß es langwierig sei, alle die kleinen Sprengkommandos, die sich bildeten, zu vernichten. Niemand könne uns mehr aus Norwegen herausbringen, am wenigsten die Engländer. Gesandter Scheel meint, daß er nicht wüßte, ob Mittel genug vorhanden gewesen wären, die Engländer an einem Landungsversuch in Norwegen zu hindern. Hierauf meint der Führer, daß er genaue Unterlagen habe, daß Norwegen von den Landungsabsichten der Engländer gewußt habe, und daß er der Überzeugung sei, daß Norwegen hiergegen nichts unternommen hätte. Aber er gehöre nicht zu den Leuten, die, wie Herr Chamberlain es ausdrückte, Autobusse verpaßten. Er spricht von der Altmark \*\*\*) und verwarft sich dagegen, daß die kleinen Neutralen die Kriegführenden mit verschiedenen Maßstäben maßen. Es wäre an der Zeit, daß die verantwortlichen Männer auch in Norwegen sich das Bild des deutschen Volkes von 1918 aus dem Herzen herausrissen. Immer noch verwechselten sie das deutsche Volk von heute mit dem damaligen, als es von bezahlten Schweinclauden regiert wurde. Heute stünden hier 83 Millionen Germanen, die sich nicht wie jeder-

\* (1) Christian X.

\* (2) Haakon VII.

\* (3) Siehe Serie D, Band VIII, Dokumente Nr. 568, 615 und 618.

APRIL 1940

mann behandeln ließen und die sich vor allem nicht schlechter behandeln ließen wie die Engländer. Die Norweger hätten bei der Åfmark-Affäre schreiben sollen. Wir Deutschen hätten sich die norwegische Neutralität verleiht, in Norwegen habe es gewässerlich in diesem Sinne gegeben, und wenn, wie Herr Scheel glauben hat, wegen wirklich machtes gegen die englischen Angriffe wäre, so könne er sich diesen englischen Angriffe eben nicht gefallen lassen. Die Tripsik für alle diese Länder sei die, daß, wenn immer er irgendeinem Lande notwendige Bedingungen stellen müsse oder diesen Ländern drohen müsse, die Engländer immer auf dem Plan erschienen und der verantwortlichen Männern zuriefen: „Der kann ja gar nichts machen, der blufft ja, der will Euch nur einschüchtern!“ Dem sinnlosen Glauben an diese unverschämten englischen Parolen sei unendlich viel Leid und Verächtung zuzuschreiben. Auch heute glaube er, daß zwei Drittel der Norweger den englischen Einflüsterungen glauben schenken. Der Gesandte Scheel sagt, daß er anderer Meinung sei. Der Führer fährt fort, er habe diesen Krieg ja nicht gewollt. Was habe er den Engländern und Franzosen denn getan? Nichts habe er von ihnen gefordert! Der Gesandte Scheel meint, daß Norwegen sich Deutschland gegenüber stets korrekt gehalten habe. Dies beirrit der Führer und weist auf die unerhörte Haltung der Presse in den kleinen neutralen Staaten hin. Jeder Lausojunge könne in diesen Staaten Deutschland beschimpfen und das deutsche Staatsoberhaupt mit Schmutz bewerfen. Ob Herr Scheel einmal in der deutschen Presse gesehen hätte, daß das norwegische Staatsoberhaupt beleidigt worden wäre! Herr Scheel versucht zu beweisen, daß die Beziehungen Norwegens zu Deutschland eigentlich nicht gut gewesen wären, und was die Presse antrage, so wäre es in Norwegen eben eine gewisse Pressefreiheit. Hier unterbricht ihn der Führer und beweist ihm an Hand von Beispielen, daß die Pressefreiheit höchst verschieden wäre und daß man, wenn immer ein günstiger Artikel über Deutschland erschiene, aus Neutralitätsgründen diesen verbiete, während die gehässigsten Artikel der Gegenseite unter dem Motto Pressefreiheit erlaubt würden. Auch aus der belgischen, schweizerischen und türkischen Presse gibt der Führer hierzu Beispiele.

Auf die Frage des Reichsaussenministers, ob der Gesandte Scheel mit seiner Regierung in Verbindung stünde, ob er ihr telegraphiert habe, ob er Antwort bekommen habe, antwortet Herr Scheel, daß er nichts von seiner Regierung seit dem Einmarsch der Deutschen gehört habe. Er wüßte nicht einmal, wo sie sei. Er nähme an, daß er sich in der Nähe der schwedischen Grenze aufhalte. Er habe über Stockholm telegraphiert, aber keine Antwort bekommen. Er kehrt noch einmal auf die deutsch-norwegischen Beziehungen zurück und sagt, daß diese mit Ausnahme der Ossietzky-Affäre die sehr peinliche gewesen wäre, immer gut gewesen wären. Auch seine persönlichen Beziehungen in Deutschland waren doch immer ausgezeichnete gewesen. Hierzu meint der Führer, daß ja Deutschland Norwegen nicht den Krieg erklärt habe. Er habe sich nur vor die Engländer geschoben und sei diesen zuvorgekommen, und zwar, wie sich dies jetzt herausstellt, nur um 10 Stunden. Auf die Bemerkung Scheels, daß die Engländer durch die Minensperren das norwegische Hoheitsgebiet verletzt hätten, erklärt der Führer, daß dies nur die Einrichtung gewesen sei, bis hätte sich inzwischen herausgestellt, daß die Engländer bereits am 12. 2. ihre erste Landung geplant hatten. Die Frage des Führers, ob Herr Scheel denn keine Instruktionen von seiner Regierung bekommen habe, versetzt der Gesandte. Der Führer rät diesem nun, doch Verbindung mit seiner Regierung aufzunehmen. Er würde ihn hinauffliegen lassen, er könne tun, was er wolle. Er wolle ihm bei allem behilflich sein. Der Führer fährt fort, ihm sei es egal, wer in Norwegen regiere. Er arbeite mit denen, die da wären, und wenn sich gar keiner fände, so würde er eben einen Militärgouverneur einsetzen. Das könnten wir auch, und das

(1) In der Vorlage: „Ossietzky-Affaire“. Karl von Ossietzky, deutscher pazifistischer Schriftsteller, erhielt im November 1935 den Nobelpreis für 1935 von dem Nobelpreis-Komitee des Norwegischen Storting. Ossietzky befand sich damals im Konzentrationslager Oranienburg. Die Deutsche Regierung protestierte bei der Norwegischen Regierung gegen die Entscheidung des Nobelpreis-Komitees.

APRIL 1940

sei für ihn gar kein Problem. Herr Scheel erwähnt das Anerbieten der Schweden, den Schatz der norwegischen Geschäfte zu übernehmen.<sup>5)</sup> Hierauf entgegnet der Führer, daß dies gar nicht möglich sei, denn inzwischen habe sich in Norwegen eine andere Regierung gebildet. Jedenfalls glaube er, daß sich irgendeine Zivilbehörde schon finden würde. Auf den Einwand Scheels, daß diese doch erst konstitutionell bestätigt werden müsse, antwortet der Führer, daß er sie bestätigen könne; denn wer die Macht hat und wer die Verantwortung hat, der könne Regierungen ernennen, und wer keine Macht habe, der könne eben keine Regierungen ernennen. Dem pflichtete Herr Scheel bei. Der Führer forderte den Gesandten auf, irgendeine Meinung zu äußern; denn es müsse doch jetzt irgend etwas passieren. Hierauf antwortet Herr Scheel, daß seiner Meinung nach ein Staatsoberhaupt, welches einmal aus dem Lande geflüchtet sei, dann nichts mehr mit dem Volke zu tun hätte, und bezieht sich auf das Beispiel Polen. Noch einmal schildert der Führer die Gefahren, in denen Norwegen schwebt, und vergleicht das glücklichere Los, welches Dänemark für sich gewählt hat, mit dem Chaos und der Zerstörung, welche dem norwegischen Lande bevorstehen. Herr Scheel fragt den Führer, ob er fahren solle, und ist der Ansicht, daß dies vom Führer abhänge. Der Führer liefert, daß, wenn wir mit Norwegen im Kriege ständen, der Norwegische Gesandte doch hier unmöglich weiterarbeiten könne. Der Gesandte sagt, daß Deutschland Norwegen den Krieg ja gar nicht erklärt habe, und als der Führer hier antwortet, daß doch Koht in seiner Rede<sup>6)</sup> zum Ausdruck gebracht habe, daß Norwegen sich mit Deutschland im Kriege befände, meint der Gesandte, daß er dies allerdings auch gehört habe, doch fügt er hinzu, daß, wenn er hier bleibe und die alte Regierung verschwunden würde und sich inzwischen eine neue bildet, er ja dann für die neue Regierung arbeiten könnte. Soli persönliches Verhältnis zur deutschen Regierung sei immer ein sehr gutes gewesen. Der Reichsaußenminister schlägt dem Gesandten vor, nach Norwegen zu fliehen, um den König zu sprechen. Er könne diesem klarmachen, daß er nicht nur um seine Krone, um die Zukunft seiner Kinder, sondern auch um das Schicksal seines Landes spiele. Auf die Frage des Führers, ob er den König gut kenne, meint der Gesandte, daß er vom König mehrfach empfangen worden sei und ihn auch auf Festlichkeiten getroffen habe. Der Führer schlägt dem Gesandten vor zu telegraphieren, was dieser auch tun will.

Auf die Frage des Gesandten, ob er nun sofort Berlin verlassen müsse, meint der Führer, daß er ihn nicht heraussetzen wolle. Er könne ruhig seine Sachen erst in Ordnung bringen. Der Gesandte bittet sich hierauf noch eine Bedenkzeit aus und wird vom Führer verabschiedet.<sup>7)</sup>

Hilvert.

(<sup>5)</sup> Ein solches Angebot war am 12. Apr. durch den Schwedischen Gesandten in Berlin, Arvid G. Richert, gemacht worden (220/148 488). Die deutsche Zustimmung zu dieser Regelung wurde am 2. Mai gegeben (22/13 943/2).

(<sup>6)</sup> Es ließ sich nicht ermitteln, auf welche Rede hin Bezug genommen wurde; vgl. jedoch die telefonische Äußerung Kohts gegenüber Gesandten Bräuer in Dokument Nr. 83.

(<sup>7)</sup> Der Norwegische Gesandte und das Gesandtschaftspersonal verließen Berlin am 19. Apr. (22/13 923).

102.

220/148 485

Aufzeichnung des Staatssekretärs

St. S. Nr. 279

BERLIN, den 13. April 1940

Staatssekretär Kleinmann vom Reichsverkehrsministerium teilte mir soeben folgendes telefonisch mit: Er habe den Auftrag des Generalfeldmarschalls Göring, für den beschleunigten Nachschub von Kriegsmaterial nach Drontheim und Narvik auf dem Eisenbahnweg über Schweden das eisenbahntechnisch Erforderliche zu veran-

127

AP 5.1. 1946

140.

407/3 68-103-05

Reichsaußenminister Scheidt an den Gesandten Bräuer<sup>1)</sup>

OSLO, den 13. April 1946

Sehr geehrter Herr Minister!

Gelegentlich des Besuches des Obersten Schmundt aus Berlin wurde ich zum Herrn Obersten gebeten und von ihm über meine Eindrücke bezüglich der Lage in Oslo und der Stellung der hiesigen Regierung gebeten.

Ich habe Herrn Oberst Schmundt meine Eindrücke geschildert und möchte Ihnen, Herr Minister, nun mitteilen, welchen Eindruck ich beim Verlassen des Oberkommandos von der Auffassung der hiesigen Lage in Wehrmachtsskreisen habe.

Zweifellos hat der Stab des Herrn Oberbefehlshabers<sup>2)</sup> der deutschen Truppe nicht eine Meinung über Aussichten der neuen Nasjonal Samling-Regierung gebildet, und es besteht m. E. die Gefahr, daß sich die Herren von solchen Kreisen nicht unterrichten lassen, die für sich wohl den Anspruch erheben, national und loyal zu sein, aber mit Eifer den Plan verfolgen, die Regierung Quisling bei dem Herrn Oberbefehlshaber und seinen Mitarbeitern zu diskreditieren. Es ist dies offenbar der letzte Versuch dieser Kreise, sich den befürchteten politischen Folgen zu entziehen.

Quisling hat zwar ausdrücklich erklärt, daß er keinen radikalen Kurs einschlagen will und eine Zusammenarbeit mit allen bürgerlich-nationalen Kräften wünscht. Es ist aber klar, daß die jahrelangen Grenzverletzungen über Diktaturmaßnahmen usw. heute noch nachwirken.

Da die Herren im deutschen Oberkommando die oft recht unverständlichen Hintergründe und Zusammenhänge in den hiesigen politischen Kreisen und ihre Wirkung nicht kennen, besteht durchaus die Möglichkeit, daß irgendwelche dort ausgebrachten Reden über die Quisling-Regierung auf fruchtbaren Boden fallen, dies um so mehr, als der begriffliche Wunsch der deutschen Heeresleitung, keine um jeden Preis zu bekommen, zu verstehen ist.

Es wird gesprächsweise die Besorgnis ausgesprochen, daß Quisling möglicherweise nicht populär wäre. Nun ist dazu zu sagen, daß Quisling am ersten Tage an seine Anhänger Befehl gegeben hat, keinerlei Demonstrationen und besondere Freudenkundgebungen zu veranstalten. Er wollte damit erreichen, daß innerpolitische Gegensätze nunmehr nicht auf der Straße gezeigt würden, die nur Nervosität auslösen würden.

Außerdem wäre zu sagen, daß es zwar eine Anzahl bürgerlich-nationaler Männer gibt, die einen angesehenen Namen haben, aber keinen, der aus politischer Überzeugung und vollem Verantwortungsbewußtsein alle Konsequenzen seiner deutschen Gesinnung so auf sich nimmt wie Quisling. Wenn ein national-bürgerlicher Mann im Augenblick einen Kompromiß herbeiführen könnte, wäre die Gefahr, die [aus] einem solchen Kompromiß für die deutsche Wehrmacht erwachsen würde, um gleich größer. Wir kennen alle aus Deutschland her, wie man die Arbeit einer Regierung sabotieren kann, wenn man nach außen Loyalität heuchelt und unter der Hand jeder Sabotage Vorschub leisten kann. Außerdem wäre eine Regierung, die auf einen Kompromiß aufgebaut wird, nicht der geeignete Partner, um gewisse politische Zukunftsziele Deutschlands zu erreichen.

Ich wäre Ihnen außerordentlich dankbar, wenn Sie Gelegenheit nehmen würden, meine Eindrücke dem Herrn Reichsaußenminister zu unterbreiten.

Heil Hitler!

gez. SCHEIDT

(1) Dieses Dokument hat einen mit Schreibmaschine geschriebenen Briefkopf „Leiter des Deutschen Verbindungsstabes beim Norwegischen Regierungschef“.

\* (2) General Nikolaus von Falkenhorst.



1940

und Bischof Berggrav, damit eine autorisierte Lösung da wäre, die mit den deutschen Besatzungsbehörden zusammenarbeiten könnte. Bischof Berggrav hat für seine Person abgelehnt, weil die Verwaltungsinstanz, in der er als Mitglied säße, sofort wieder den Eindruck einer Nebenregierung machen würde.

3) Bischof Berggrav hat an den König die Frage gestellt, ob der König um sein Rat (dies ist der verfassungsmäßige Ausdruck) wüschen, daß er zum König käme, gegebenenfalls mit klar formulierten Bedingungen der deutschen Okkupationsmacht. Eine Antwort auf diese Frage ist noch nicht erfolgt. Bischof Berggrav ist jederzeit bereit zu fahren.<sup>\*)</sup>

<sup>\*)</sup> Telegramm No. 457 vom Rabbenrop vom 17. April laut die Weisung, daß z. Z. nicht in der Angelegenheit unternommen werden solle (2909/576 577).

2909/576 575-56

Anzahl der ...

14. April 1940

Reichsgerichtspräsidenten Berg, und Verbleiben des Herrn Quisling in der Regierung

Das Reichsgericht hat im Beisein von internationalen Beobachtern eine Forderung gehabt mit dem Reichsgerichtspräsidenten Berg, und Verbleiben des Herrn Quisling in der Regierung von Oslo. Das Reichsgerichtspräsident hat sich einen Regierungsausschuß zu bilden und die gesamte Verwaltung den von ihm ernannten Persönlichkeiten zu übertragen. Der Regierungsausschuß würde so lange die Verwaltung übernehmen, bis normale Verhältnisse eingetreten sind. Das Reichsgerichtspräsident ist nach der Konstitution dazu berechtigt; damit würde sofort die Verwaltung funktionieren und Ruhe und Ordnung wieder hergestellt.

Ein Verbleiben des Herrn Quisling in der Regierung ist aber nicht tragbar. Der Reichsgerichtspräsident ist bereit, folgende Bedingungen zu akzeptieren:

1) Der Regierungsausschuß verpflichtet sich zu vollster Loyalität gegenüber den Besatzungsbehörden.

2) Jedes Mitglied des Ausschusses ist persönlich haftbar für Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung und Ausführung der Weisungen der Besatzungsbehörden.

3) Herrn Quisling wird vom Reichsgerichtspräsidenten öffentlich beschuldigt, daß er am 9. April als guter Patriot in die Bresche gesprungen ist und in den Verzicht auf Ausübung der Regierungsgewalt [eingewilligt hat].<sup>2)</sup>

4) Herr Quisling erhält gewisse Funktionen im Zusammenhang mit der Entwicklung militärischer Angelegenheiten und nimmt in den diesbezüglichen Angelegenheiten die Stellung eines Ressortchefs ein. — Unterhaltung mit Herrn Scheidt ergab wenig Widerstand gegen diese Lösung. Habicht ist augenblicklich bei Quisling, um mit diesem die Lage zu besprechen. Da aber Quisling selbst seine Aussichten gering einschätzt, wird er voraussichtlich Lösung freiwillig annehmen. Das Reichsgericht tagt augenblicklich, um vom Präsidenten den Bericht entgegenzunehmen.

Wir haben uns unsere Stellungnahme vorbehalten, haben aber keinen Zweifel darüber gelassen, daß bei nicht befriedigender Lösung die Osloer Bürger und Behörden die Verantwortung für die weitere Entwicklung tragen müssen.

<sup>\*)</sup> (1) Paul Olav Berg, Präsident des Obersten Appellationsgerichtshofes.

<sup>2)</sup> (2) Saiz in der Vorlage unvollständig.

APRIL 1940

Wir haben auf der ganzen Linie den Wunsch festgestellt, bald zu normalen Verhältnissen zurückzukehren. Der Reichsgerichtspräsident glaubt an die Möglichkeit, durch die Rückkehr zu einer legalen Rechtsform auf das Volk zu gehen, um die bestehenden Mißbräue zu beseitigen. Der Vorschlag ist auch mit dem Oberbefehlshaber<sup>(1)</sup> besprochen worden, der die Lösung begrüßen würde.

<sup>(1)</sup> General von Falkenhorst.

114.

3664/E 634 209-10

*Aufzeichnung des Präsidenten des Obersten Norwegischen Gerichtshofes*

Oslo, den 14. April 1940

Ich habe dem Reichsgericht zur Vorlage gebracht, ob das Reichsgericht bereit ist, über die Einteilung zivilen Verwaltungsräte für die Teile des Landes, welche jeweilig von deutschen Streitkräften besetzt sind, zu ernennen.

Der Reichsgericht hat eine solche Ernennung aus den Gründen, die in der Proklamation des Reichsgerichts aufgeführt worden sind, vorgenommen. Wie ferner erwähnt worden ist, hat das Reichsgericht dieses im Vertrauen darauf, daß der König von Norweg mit diesem Schritt billigt. Das Reichsgericht wird sobald als möglich den König davon unterrichten.

Das Reichsgericht geht dabei von der Voraussetzung aus, daß dieser vorläufige Verwaltungsrat sich nicht mit außenpolitischen Fragen zu befassen hat.

gez. P. A. Q. A. T.

N. H. H. H. H.

115.

22094/21 1140

*Aufzeichnung ohne Unterschrift*

BEREINIGTE SPRACHE DES UNTERSTAATSKRÄFTLICHES HABICHT UND DES GESANDTEN MIT DEM REICHAUSSAßENMINISTER AM 14. APRIL 1940 AB 21 UHR 40

Der Herr Reichsaußenminister ist mit dem Vorschlag grundsätzlich einverstanden,<sup>(1)</sup> möchte aber wissen, wie man sich eine Weiterbeteiligung des Herrn Quisling denkt.

Der Herr Reichsaußenminister legt besonderen Wert darauf, daß Herr Quisling nach außen nicht kompromittiert wird. Es kommt darauf an, daß nicht der Eindruck entsteht, daß Herr Quisling fallen gelassen wird, sondern daß er bei seinem Volk völlig einwandfrei dasteht und auch irgendwie an der Regierung beteiligt wird.

Der Gesandte: „Die Beteiligung wird allerdings mehr technischer Art sein und mehr als Deckung des Abgangs dienen. Es ist vorgesehen, Herrn Quisling die Abwicklung aller norwegischen militärischen Angelegenheiten in dem besetzten Gebiet zu übertragen.“

<sup>(1)</sup> d. h. die Ersetzung des Quisling-Regimes durch einen Verwaltungsrat.

132

„Ich würde mich in der Nationalversammlung nicht aussprechen, soweit kein Aufhebungsbeschluss getroffen wird.“

Auf Frage Berlin: „Wäre es nicht möglich, daß wir uns den Herrn Quisling in der Reichsversammlung vorstellen?“

Berlin: „Ich schlage vor, daß wir einen etwaigen Abgang des Herrn Quisling auch von unserer Seite propagandistisch begleiten.“

Auf Frage Berlin: „Dann natürlich in der deutschen Presse nicht, aber hier könnte man es auf jeden Fall im Rundfunk unterstützen. Das brauchte nicht von uns in Erscheinung zu treten; wir werden aber dafür sorgen, daß es geschieht.“

Auf Frage Berlin: „Ja, dafür werde ich sorgen, und ich werde auch dafür sorgen, daß Quisling, wenn er will, zum Lande sprechen kann.“

Berlin: „Das hält der Herr Reichsaußenminister für notwendig.“

Auf Frage Berlin: „Dazu habe ich 2 Dinge zu sagen:

1) Der Reichsgerichts-Präsident \*) wird nicht der Vorsitzende des Regierungsausschusses sein, sondern ihn ernennen.

2) Der Reichsgerichts-Präsident hat mir bereits eine entsprechende Zusage gegeben. Ferner wird der Regierungs-Präsident von Oslo \*\*) als Vorsitzender jeder jedenfalls mit dafür vorgesehlt.“

Auf Frage Berlin: „Das ist durchaus tragbar. Das ist ein Mitarbeiter des Reichspräsidenten. U. a. ist auch der Rektor der Universität Oslo \*\*\*) auch der Reichspräsident steht mit seiner Autorität dahinter, was hier im Norden sehr vorzuziehen ist.“

Auf Frage Berlin: „Quisling ist nicht so leicht zu fassen gewesen, wie ich es nachmittags gemeldet habe.“

Auf Frage Berlin: „Ich verstehe nicht die Notwendigkeit, daß er in jedem Falle in der Regierung sein sollte. Ich habe verschiedene Versuche gemacht, damit Herr Quisling in die Regierung einstimmt. Herr Scheidt unserer Ansicht ganz zu (unweitgehend) zustimmt. Anstatt“

#### GESPRÄCH DES REICHAUßENMINISTERS MIT UNTERSTAATSEKRETAAR HABICHT

Habicht: „Den Eindruck, den Herr Bräuer eben wiedergegeben hat, kann ich nur bestätigen. Ich habe Herrn Quisling in einer Verfassung vorgeladen, die er für mich unmöglich erscheinen läßt, daß er sich durchsetzen könnte. Er ist innerlich absolut unsicher und schwach. Das ist alles, was ich dazu sagen kann. Es ist mit ihm nichts zu machen. Rückhalt ist keiner da.“

Auf Frage Berlin: „Ich sehe im Augenblick gar keine andere Möglichkeit mehr und ich für die nächste Zukunft nicht.“

Berlin: „Der Herr Reichsaußenminister ist mit dem Vorschlag einverstanden, wünscht aber ausdrücken, daß Herr Quisling in würdiger Form herausgestellt wird und daß er an den Regierungssitzungen beteiligt wird, wenn er auch nicht an der Regierung sitzt, wie das nachmittags vorgeschrieben wurde.“

Habicht: „Der Reichsgerichts-Präsident hat diesem Vorschlag schon zugestimmt. Quisling wird also, obwohl er nicht Regierungsmitglied ist, an den Sitzungen des Regierungsausschusses teilnehmen, soweit seine Ressorts in Frage kommen.“

Berlin: „Herr Habicht soll Herrn Quisling sagen, daß der Führer seine Haltung voll und ganz würdigt und daß der Herr Reichsaußenminister Herrn Quisling noch eine persönliche schriftliche Mitteilung zukommen lassen wird. Der Herr Reichsaußenminister läßt fragen, ob Regierungsausschuß noch irgendeine Verbindung mit dem König \*) hat.“

Habicht: „Regierungsausschuß hat erklärt, daß sie noch eine Verbindung zum König \*\*) beschreiben könnten und einen Weg dahin finden könnten.“

\* \*) Paul Berg.

\*\* \*) J. E. Christensen.

\*) Professor Dr. Didrik Arup Seip.

\*) Haakon VII.

APRIL 1940

Auf Frage Berlin: „Der Regierungs-Ausschuß hält es für möglich, einen Weg zum König zu finden.“

Berlin: Der Herr Reichsaußenminister würde an Bismarckens Wort halten, daß der König wieder nach Oslo zum „König und nicht „Übergangsausschuß“ anerkennet, ohne daß jedoch dabei der Eindruck entsteht, daß dies von Deutschland gewünscht worden sei. Der Regierungsausschuß soll das von sich aus tun.

Habicht: „Das ist auch unsere Auffassung gewesen.“

Auf Frage Berlin: „im Augenblick nicht.“

Auf Frage Berlin: „im Laufe des morgigen Tages.“

Berlin: Ob Quisling mitmachen würde?

Habicht: „Wir haben ihn vor einer halben Stunde verlassen. Er hat noch nicht 100%ig zugesagt, aber er wird zweifellos im Laufe des Abends noch dahin kommen. Wir haben es von ihm noch nicht verlangt. Wir haben ihm nur die Lage so dargestellt und ihm nahegelegt, von sich aus die Konsequenz daraus zu ziehen.“

Berlin: 1) Der Reichsaußenminister erwartet bis heute abend eine Meldung darüber, wie das Gespräch mit Herrn Quisling abgelaufen ist und ob er bereit ist, sich in dieser vorgeschlagenen Form zu betätigen.!

2) Der Reichsaußenminister will Herrn Habicht zu seiner persönlichen Orientierung wissen, ob der Führer Wert darauf legt, ihn zu erhalten, damit man auf ihn zurückgreifen kann, im Falle, daß die kommende Regierung nicht in unserm Sinne sein könnte.

3) Der Reichsaußenminister betont noch einmal, daß der Führer Wert darauf legt, daß diese Quisling in der Reserve bleibt und daß Herr Quisling in der Form mitmacht, in der es physikalisch möglich ist.

4) Die Befehle von Unterstaatssekretär Mündt und dem Geschleichen Brüner am 15. Apr. 1940 sind im Anhang des Führer-Quartals (1940) unter der Vorgeschichte des 1. Aprilvertrages (M. 110) zu finden. Die Befehle sind im Anhang des Führer-Quartals (1940) zu finden.

101

F17200-100

Gegenüber von Selbstverständlicher Reichsregierung (Kontakts)

Oslo, den 11. April 1940

Herrn Reichsaußenminister  
Berlin, den 11. April 1940

Zu dem von Ihnen am 11. d. d. 1940 über den Fall Rumänien an mich gerichteten Schreiben der Demas habe ich weiter über die rumänische Gefährdung des „Landes“ zu berichten.

In engem Zusammenarbeit mit dem rumänischen Nationalkommando und der Wehrmacht wurde es erreicht, daß der geplante Sabotageakt der Engländer auf der Davaa aufgedeckt und verhindert werden konnte.

Nach meiner Ansicht hat der König Carol noch wie vor die Politik fest zu derbeid. Das Vorgehen der rumänischen Behörden ist einzig und allein auf die Angst des Königs vor dem Kommunismus und vor einem evtl. russischen Einmarsch zurückzuführen. Er ist sich vollkommen im Klaren darüber, daß er nur König bleiben kann, wenn er sich eng an Deutschland anschließt. Daß England und Frankreich ihm nicht helfen können und daß zumindestens diese Hilfe zu spät kommen würde, weiß er genau. Er weiß aber auch, daß Deutschland das rumänische Öl zur Kriegführung dringend benötigt und deshalb auch großes Interesse hat, den Krieg vor Rumänien fern zu halten. König Carol hat früher geäußert, daß im Falle eines Angriffs Ruß-

(1) Randvermerk in Ribbentrops Handschrift: „[Für] F[ührer].“

(2) Nicht ermittelt.

(3) Siehe Serie D, Band VIII, Dokument Nr. 495.

APRIL 1940

... und die wenig verbreitete Meinung, daß die deutsch-schwedischen Beziehungen spiegle. Der Gesandte gab Letzteres zu und erklärte, daß er sich zwar an einer Änderung des derzeitigen Zustandes nicht hindern, aber auch nicht bereit sei, es dem schon geworden.

Zunächst über die verschiedenen Zwischenfälle in der letzten Zeit waren der Gesandte und ich nur darin einig, daß diese auf beiden Seiten nicht zu weitgehend sein sollten. Ich machte anschließend einige Ausführungen über die deutsche-schwedischen Beziehungen im allgemeinen, die in der Feststellung gipfelten, daß die Ratschläge des Führers, England und Frankreich aus Skandinavien herauszuwerfen, genau so in schwedischen wie im deutschen Interesse liege. Der Gesandte gab mir zu verstehen, daß er sich einverstanden erklärte und wiederholte nochmals, daß Schweden seine Neutralität mit allen ihm zur Verfügung stehenden Kräften verteidigen würde.

Der Gesandte erklärte dem Gesandten darauf hin, daß der Führer mich beauftragt habe, mich mit dem schwedischen Konsulatsrat in Stockholm über die Beziehungen einer besonderen Prüfung zu unterziehen. Der Gesandte, der Konsulatsrat und der Ministerialdirektor Walter befanden sich zu dem Zeitpunkt in Stockholm. Der Führer habe die Absicht, die Ostsee zu einem freien Binnemeer zu machen.

Ich erklärte dem Gesandten, daß ich bereit sei, Schweden bei der Einhaltung der Neutralität zu unterstützen und daß ich mich bemühen werde, die Beziehungen zwischen den beiden Ländern zu verbessern. Ich erklärte dem Gesandten, daß ich die Absicht habe, die Ostsee zu einem freien Binnemeer zu machen.

K. J. ...

\*) Siehe Dokument Nr. 19, Anm. 1.

161.

205/142 099-100

Der Führer an König Gustav V. von Schweden

BERLIN, den 24. April 1940

Euerer Majestät

Denke ich bestens für den Brief vom 19. April,\*) ich habe Ihre feierliche Erklärung, daß Schweden in diesem Kriege die strengste Neutralität einhalten und sich jeder Verletzung dieser Neutralität und insbesondere jedem Versuch einer militärischen Überschreitung seiner Grenzen mit allen seinen Kräften unverzüglich widersetzen wird, mit besonderer Befriedigung zur Kenntnis genommen.

Meine Regierung hat der Schwedischen Regierung bereits am 9. April die Versicherung abgegeben, daß schwedisches Territorium von der Deutschland aufgezwungenen Besetzung durch die Feinde nicht berührt werden würde. Ich möchte die Gelegenheit benutzen, diese Versicherung meinerseits zu wiederholen und feierlich zu erklären, daß es fest entschlossen ist, die Neutralität Schwedens unbedingt zu respektieren.

Es ist mir sehr wohl bewußt, daß diese Haltung der Deutschen Regierung dem schwedischen Volk ein Gefühl der Freundschaft des deutschen Volkes für das schwedische

\*) Siehe Dokument Nr. 55.

185

APRIL 1940

Volk entspricht, bin ich überzeugt, daß der schwedische Entschluß einer unbewaffneten und bewaffneten Neutralität in diesem Kriege der wahren Interessen Schwedens in der Zukunft in gleichem Maße dienen wird, wie dies in dem letzten Weltkriege der Fall war.

Meine Regierung hat kürzlich Einsicht in amtliche norwegische Behauptungen erhalten, die ihr den schwedischen Willen zur Neutralität und die Folgerichtigkeit dieser Politik ebenso klar vor Augen führen, wie sie umgekehrt den Beweis für die einseitig gegen Deutschland gerichtete Politik der ehemaligen Norwegischen Regierung erbringen. Die frühere Norwegische Regierung hat danach seit langem mit der Landung englisch-französischer Streitkräfte gerechnet und war in diesem Falle entschlossen, an Seiten Englands und Frankreichs in den Krieg gegen Deutschland beizutreten. Durch diese Haltung, die bedauerlicherweise zu dem völlig sinn- und nutzlosen Blutvergießen und den Zerstörungen im Norden führen mußte, hat die ehemalige Norwegische Regierung eine schwere Schuld vor der Geschichte auf sich geladen. Denn Deutschland besaß im Gegensatz zu den Westmächten nicht das geringste Interesse an der Ausweitung des Kriegsschauplatzes in Skandinavien. Es ist nicht als Feind nach dem Norden gekommen, sondern ausschließlich zur Abwehr des unmittelbaren bevorstehenden englisch-französischen Einbruchs in den nordischen Staaten. Ich kann Ihnen, Majestät, versichern, daß meine Regierung für den englisch-französischen Plan, Deutschland erst von den schwedischen Grenzen abzuriegeln und dann von der Flanke aus anzugreifen, den unwiderleglichen Beweis in Händen hat.

Ich habe keinen Zweifel, daß die Aktionen, durch die wir dem englisch-französischen Plan im letzten Augenblick zuvorgekommen sind und durch die wir England und Frankreich unter allen Umständen verhindern werden, sich während dieses Krieges in Skandinavien festzusetzen, in ihren Folgen auch den nordischen Völkern zum Segen gereichen wird. Unter diesem Gesichtspunkt begrüße ich es auch, daß Ihre Regierung der Englischen und Französischen Regierung von dem Entschluß Kenntnis gegeben hat, jedem Versuch eines Angriffs auf die schwedische Neutralität mit allen Kräften entgegenzutreten.

Angesichts der zwischen unseren beiden Regierungen bestehenden Klarheit über die beiderseitige Haltung werden Sie mir sicher darin zustimmen, daß die bedauerlicherweise in Schweden letzthin durch die dortige Presse hervorgerufene Nervosität völlig grundlos ist und daß kein Anlaß vorliegt, vereinzelt, auf bloßes Versehen der einen oder anderen Seite zurückzuführenden Vorfälle, eine übertriebene Bedeutung beizumessen.

Wichtiger scheint mir zu sein, der durch die Entwicklung notwendig gewordenen Neugestaltung der wirtschaftspolitischen Fragen im Ostseeraum beiderseits besondere Aufmerksamkeit zuzuwenden. Ich habe daher den Reichsaußenminister beauftragt, die Behandlung dieses Problems, an dem naturgemäß auch Schweden stark interessiert ist, nachdrücklich zu betreiben. Ich glaube, daß hier ganz neue Lösungen gefunden werden müssen und kann schon heute sagen, daß meine Regierung gewillt ist, diese Fragen großzügig anzufassen in der Erwartung, daß auch von den anderen Beteiligten deutschen Belangen gegenüber ein ebenso großes Verständnis entgegengebracht wird.<sup>3)</sup>

In ergebener Verehrung

gez. Adolf Hitler

(3) Gesandter Prinz zu Wied meldete in Telegramm Nr. 616 vom 28. Apr. 1940, daß er heute 11 Uhr 30 dem König die Antwort des Führers in der Gegenwart überreichte. Der König erwiderte in besonders warmen Worten seinen Dank für die Form aus und bat, ich möge dem Führer dies mitteilen und ihn persönlich über die Aufnahme, die der persönliche Friede gefunden habe, in Kenntnis setzen. Habebestimmungen über die Art der Antwort habe ich mit dem Reichsaußenminister (Christian Günther), dem ich durch Abschrift Kenntnis gab, persönlich besprochen und er freut zeigte" (295 146 101).

DEZEMBER 1939

440.

163/111 872

Der Botschafter in Moskau an das Auswärtige Amt

Telegramm

Nr. 923 vom 11. 12.

MOSKAU, den 11. Dezember 1939 21 Uhr 31  
Ankunft: 12. Dezember 2 Uhr 30

Auf Telegramm Nr. 1039 vom 10. 12., RAM.!)

Habe heute bei Molotov Weisung ausgeführt und unserem Erstaunen Ausdruck gegeben, daß Falschmeldung von TASS veröffentlicht wurde, bevor wir Möglichkeit hatten, ihre Unrichtigkeit mitzuteilen.

Molotov erwiderte, daß seine Informationen nicht nur auf Zeitungsnachrichten beruht hätten. Außerdem wären die zahlreichen ausländischen Pressemeldungen über Waffenlieferung über Deutschland nach Finnland deutscherseits mehrere Tage nicht demontiert worden. Meine heutige Mißbilligung nähme er mit Befriedigung zur Kenntnis und halte Angelegenheit nunmehr für klargelegt.

, SCHULENBURG

!) Dokument Nr. 435.

441.

22/13 7-3

Der Gesandte in Oslo an das Auswärtige Amt

Telegramm

Nr. 463 vom 11. 12.

OSLO, den 11. Dezember 1939 23 Uhr 31  
Ankunft: 11. [12.?] Dezember 15 Uhr 40 \*)

Für Herrn Gesandten Altenburg.

Staatsrat Quisling, früherer Wehrminister und jetziger Führer der an Bedeutung stark zurückgegangenen Nasjonal Samling, ist gestern abend in Begleitung von Dr. Noack<sup>1)</sup> nach Berlin gereist und wird dort vorsprechen. Quisling will mit maßgeblichen deutschen Stellen in Verbindung kommen, um gewisse Rußland betreffende Pläne zu besprechen. Reise Quislings ist von Noack vorbereitet; Gesandtschaft ist nur in paßtechnischer Hinsicht befaßt worden. Noack hat mich kurz vor Abreise über Ideen Quislings unterrichtet, die unzweideutig<sup>2)</sup> auf eigener Kenntnis Rußlands beruhen,<sup>3)</sup> aber nicht ernst zu nehmen und unserer Politik völlig entgegen gesetzt sind. Habe Eindruck, daß Noack sich auf meritorische Behandlung dieser Idee Quislings sehr weit eingelassen hat. Da Noack hier seine Beziehungen zu maßgeb-

1) Der Zeitansatz dürfte irrig sein. Quisling war am 11. Dezember in Berlin. Siehe Dokument Nr. 443, Anm. 2.

2) Siehe Dokument Nr. 242, Anm. 11.

3) In der Vorlage „zweideutig“.

\*) Noack hatte am 8. und 10. Dez. ausführliche Berichte über seine Unterredungen mit Quisling verfaßt (2973/579 490-93, 579 496-99). Auszüge veröffentlichte er in: *Norwegen zwischen Friedensvermittlung und Fremdherrschaft*, S. 33-37.

404

10. DEZEMBER 1939

den deutschen Kreisen immer wieder betont, können sich aus seiner Sprachführung leichtere Folgen für Vertretung unseres Standpunkts ... (Gruppe verst.) ergeben. (Mahnstelle, Noack auf Grenze seiner Zuständigkeit und auf nötige Zurückhaltung aufmerksam zu machen.)<sup>9)</sup>

BRÄUER<sup>6)</sup>

<sup>9)</sup> Siehe Dokument Nr. 452.

<sup>6)</sup> Carl Bräuer, ehem. Botschaftsrat in Paris, wurde am 26. Sept. zum Geschäftsträger in Oslo ernannt und trat seinen Posten etwas später an. Nach dem Tode Heinrich Sahms, des Gesandten in Oslo seit 1936, wurde Bräuer zum Gesandten ernannt und überreichte sein Beglaubigungsschreiben am 16. November.

442.

1300/357 205-90

## Botschafter Ritter an die Botschaft in Moskau

Telegramm

Nr. 1015

BERLIN, den 11. Dezember 1939

Abgesandt: 12. Dezember

1. Teil: 4 Uhr

2. Teil: 11 Uhr

c. s. W IV 5043

Für Botschafter.

Bitte, nach Ihrem Ermessen bei Mikojan oder Molotov oder beiden beides sehr freundlich, aber mit allem Ernst vorzubringen:

1. Hiesige Sowjetkommission hat nach wochenlangen Inspektionsreisen vor wenigen Tagen endlich Liste militärischer Bestellungen übergeben. Liste hat bei uns höchstes Erstaunen hervorgerufen. Liste hat nach rohen Schätzungen einen Wert von mehr als einer Milliarde Reichsmark. Sie enthält alles an modernstem Gerät, was bei Wehrmacht eingeführt oder in Entwicklung begriffen ist. Daneben hält Sowjetkommission früher übergebene Liste industrieller Bestellungen von rund 300 Millionen Reichsmark voll aufrecht<sup>1)</sup> und verlangt für beide Listen möglichst Lieferung im nächsten Jahr<sup>2)</sup>. Lieferungen für letztere Abfahrt im nächsten Jahr<sup>3)</sup> sind schon wieder. Gesamtverpflichtung ist somit auf Bestellungen von einer Sowjetkommission sich um etwa eine einhalb Milliarden bewegt.

2. Wir haben Sowjetkommission mit größtem Nachdruck auf Ausgangspunkt und vertragliche Basis Moskauer und hiesiger Verhandlungen zurückgeführt, nämlich Ribbentrop-Molotov-Brief vom 28. September und Kreditvertrag vom 19. August 1939.<sup>4)</sup> Mit diesen beiden Dokumenten seien die überreichten Bestellungen-Listen nicht vereinbar. In dem ersten Dokument sei als Ausgangspunkt der Vereinbarung klar festgelegt, daß Sowjetunion Lieferungen an Deutschland macht und daß Deutschland dann diese Lieferungen kompensiert, und zwar nur durch industrielle Lieferungen und in einer längeren Zeit. Von Mikojan seien uns bisher nur Lieferungen in Höhe von 420 Millionen Reichsmark zugesagt worden, wovon neunzig Millionen Reichsmark auf erste Jahresrate Kreditvertrags entfallen. Es stelle die vertragliche Grundlage daher geradezu auf den Kopf, wenn jetzt hiesige Sowjetkommission von uns Zusage für deutsche Lieferungen in der genannten Höhe verlange. Die Lieferungen Deutschlands müssen selbstverständlich von den zu kompensierenden Lieferungen der Sowjetunion an Deutschland abhängen.

<sup>1)</sup> Siehe Dokument Nr. 407.

<sup>2)</sup> Danach im Entwurf gestrichen: „Das alles ist uns völlig unverständlich“.

<sup>3)</sup> Siehe Serie D, Band VII, Dokument Nr. 131.



DEZEMBER 1939

wieweit ihnen die deutschen Interessen am Herzen liegen. Daher Vorsicht gebote — Es müsse ausgeschlossen sein, daß Norwegen in die Hände Englands falle, das kann kriegerisch und als ein gefährliches Element in der Welt angesehen werden. Englands, und es werde wohl der Krieg in die Ostsee getragen werden, wo eine deutsche Marine in der Ozean- und Norvegeerichtsbahn alle Verbindungen durchkreuzen würde. Auch der Führer bezeichnete die Inbesitznahme Norwegens durch die deutsche Marine als untragbar. Ob. d. M. wies darauf hin, daß Besetzung von Stützpunkten an der Küste von Norwegen durch Deutschland nicht gemäß starke englische Gegenwehr hervorgerufen würde, um den Erztransport von Narvik zu unterbinden, und daß dies durch starke Oberwasserkriegführung an der norwegischen Küste bewiesen werden würde, der die deutsche Marine auf die Dauer noch nicht gewachsen wäre. Dies sei ein Schwächenpunkt der Besetzung.

Der Führer erweckt Q. persönlich zu sprechen, um Eindruck von ihr zu gewinnen. Er wolle Reichleiter Rosenberg vorher noch einmal hören, da dieser Q. seit längerer Zeit kennt. Ob. d. M. schlägt vor, falls Führer günstigen Eindruck erheute, sollte OKW Erlaubnis bekommen, mit Q. Pläne zur Vorbereitung und Durchführung der Besetzung a) auf friedlichem Wege — d. h. deutsche Wehrmacht von Norwegen gerufen — oder b) auf gewaltsame Weise zu vereinbaren.<sup>4)</sup>

2.) Ob. d. M. bekräftigt, recht klare Linie im Rußland-Finnland-Konflikt einzuhalten: Keine Unterstützung Finnlands durch Waffen (auf dem Wege über das unzuverlässige Schweden). Chef OKW erklärt, es sei Auswärtigem Amt für Schweden mitgeteilt, daß Waffen an Schweden nur geliefert würden, falls die Regierung schriftlich bescheinige, daß sie nur für die schwedische Wehrmacht verwendet würden.

Ob. d. M. bekräftigt auf der anderen Seite Entgegenkommen gegenüber Rußland, z. B. bei Ölversorgung der U-Boote, da Rußland uns praktisch auch Vorteile böte, z. B. Posthalten fremder Dampfer in Murmansk bis 3 Tage nach Abfahrt Bremer.

Führer ist mit beiden Punkten einverstanden.

gez. KAEDER

F. d. L.

ASSELIN

(\*) Rosenberg schrieb am 13. Dez. an Kaeder, er halte eine Begegnung Hitlers mit Quisling für einen guten Gedanken. Er fügte als Anlage eine Aufzeichnung über Quisling und seine Pläne bei. Die Aufzeichnung ist gedruckt in: *Der Prozeß gegen die Hauptkriegsverbrecher vor dem Internationalen Militärgerichtshof*, Band XXIV, Nr. 085-C, Beweisstück CB-25, S. 273-274. Rosenbergs Brief ist gedruckt in: F. Palmason und R. N. Torgersen, *Preliminary Report on Germany's Crimes against Norway*, Oslo 1945, S. 35-36.

(\*) Randbemerkung zu b): „Führer ist einverstanden“. In dem nicht veröffentlichten 1. Teil von Goebbels' Tagebuch, das dem Nürnberger Gerichtshof als Dokument Nr. 1811-PS vorgelegt wurde, findet sich als Eintragung vom 13. Dez.: „Führer spricht norwegischen ehemaligen Minister. 17 Uhr Führer befiehlt, daß mit kleinstem Staff die Untersuchung geführt wird, was man sich in Besitz Norwegens setzen kann. 18.15 Uhr empfängt bei der Befehlsgabe Hpt. v. Sternberg.“

Auszüge aus Goebbels' und Halvors' Tagebüchern sind chronologisch wiedergegeben in Walter Ulbricht, „Weserberg“. *Die deutsche Besetzung von Enderbark und Norwegen 1940*, Göttingen 1960, S. 354-389. Aufzeichnungen über Hitlers zwei Unterredungen mit Quisling — die zweite fand am 13. Dez. statt — wurden nicht ermittelt. Dazu: *Das Reich*, 1940, S. 273. Darstellung vom 15. Juni 1940 in: *Der Prozeß gegen die Hauptkriegsverbrecher vor dem Internationalen Militärgerichtshof*, Band XXV, Dokument Nr. 100-PS, veröffentlichte Gestapo- und Kaeders Bericht vom 10. Jan. 1944, ebde, Band XXVI, Dokument Nr. 100-PS, Beweisstück CB-51, S. 276-282. Die von Rosenberg und Raeder angegebene Darstellung der Unterredung Hitlers mit Quisling sind ungenau.

DEZEMBER 1939

henden sind oder die aus bestimmten Gründen nicht gezeigt werden können, die größte Geduld und Selbstbeherrschung der beteiligten deutschen Generale und Admirale und übrigen hohen Offiziere erfordert haben. Unsere Offiziere haben sich in einer wirklich einzigartigen Weise der Sowjetkommission zur Verfügung gestellt. Sehr oft seien wir durch das Auftreten der sowjetischen Sachverständigen an das Auftreten der interalliierten Abrüstungs-Kontrollkommission<sup>\*)</sup> in den Nachkriegsjahren erinnert worden. Wir glauben, daß durch eine solche kritische Bemerkung den Mitgliedern der Sowjetkommission zugleich auch ein Gefallen erwiesen wird, weil dadurch in Moskau bekannt wird, mit welchem Eifer und mit welcher Rücksichtlosigkeit sie sich ihren hiesigen Aufgaben gewidmet hat.

Nachdem durch Arbeitsmethode hiesiger Sowjetkommission so viel Zeit verloren worden ist, haben wir die bestimmte Erwartung, daß Unterzeichnung Vereinbarung noch vor Weihnachten erfolgen kann.

(Erbitte Erachtbericht.)

RITTER

<sup>\*)</sup> Inter-Allied Commission of Control; Abschnitt IV des Versailler Vertrags.  
<sup>\*)</sup> Nicht ermittelt.

443.

Nürnbergger Dok. Nr. 064-C  
Beweisstück CB-30

*Bericht des Oberbefehlshabers der Kriegsmarine  
an den Führer am 12. Dezember 1939, 12 Uhr mittags<sup>1)</sup>*

Ebenfalls anwesend: Generaloberst Keitel, Generalmajor Jodl, Korvettenkapitän von Puttkamer.

Betrifft: Angelegenheit Norwegen.

Ob. d. M. hat die beiden Herren Q[uisling] und H[agelin] empfangen.<sup>2)</sup> Q., früher Kriegsminister, Führer der Nationalen Partei, macht zuverlässigen Eindruck, berichtet: Stimmung in Norwegen sehr stark gegen Deutschland eingestellt, infolge Konfliktes Finnland-Rußland in noch höherem Maße als bisher. Einfluß Englands sehr groß, vor allem durch Storting-Präsident Hambro (Jude und Freund von Hore-Belisha), der in N[orwegen] zur Zeit allmächtig. Abmachung zwischen England und N. betreffs ev. Besetzung Norwegens besteht nach Q's Überzeugung. Dann würde auch Schweden sich gegen Deutschland stellen. Gefahr der Besetzung Norwegens durch England sehr drohend; in Kürze möglich. Vom 11. 1. 40 an ist Storting und damit Regierung Norwegens illegal, da der Storting seine Verlängerung um 1 Jahr selbst beschlossen hat gegen die Verfassung. Dies würde eine Gelegenheit zu einer politischen Umwälzung geben können. Q. hat gute Beziehungen zu Offizieren des norwegischen Heeres und hat Anhänger in wichtigen Plätzen und in wichtigen Stellen (z. B. Eisenbahn). Q. ist bereit, in solchem Falle die Regierung zu übernehmen und Deutschland zu Hilfe zu rufen. Q. ist ferner bereit, Vorbereitungen militärischer Art mit der deutschen Wehrmacht zu besprechen.

Ob. d. M. weist darauf hin, daß man bei solchen Angeboten nie wissen kann, wieviel die betreffenden Personen die eigenen Parteiabsichten fördern wollten und

<sup>(1)</sup> Der Text des Dokuments ist gedruckt in: *Der Prozeß gegen die Hauptkriegsverbrecher vor dem Internationalen Militärgerichtshof*, Band XXXIV, Nürnberg 1949, S. 271-273.

<sup>(2)</sup> Eine Aufzeichnung über Raeders Aussprache mit Quisling und Hagelin am 11. Dez. ist wiedergegeben in: "Führer Conferences on Naval Affairs, 1939-45", *Brassey's Naval Annual*, 1948, S. 65-66.

407

DEZEMBER 1939

Was nun den Anlaß seines jetzigen Besuches in Berlin — die Reise des Staatsrats Quisling — anbetrifft, so habe ich ihm gegenüber die Angelegenheit sofort als *naiv* bezeichnet und ihn sodann als beständigen Referenten auf Herrn von Grawert in Verbindung gebracht. Die Unterredung hat ihm dann die gemeinsame Meinung, daß Herr Quisling auf seinen Plan, mit seinem Projekt bis zum Reichsaußenminister bzw. sogar bis zum Führer vorzudringen, verzichtet.<sup>(\*)</sup> Auch die Ausweglösung mit einer Unterredung mit dem Staatssekretär wurde aufgegeben.

Soweit ich weiß, hat Herr Noack hier noch in der Kalt-Abteilung vorgesprochen und dabei mit Rühle, Roth und Kolb geredet. Das Gespräch hat sich um eine Buch- bzw. Lehrmittelausstellung gedreht, für die Herr Noack offenbar bereitwillig aufgenommene Anregungen geben konnte. — Dies wäre zunächst alles.

Mit aufrichtigen Grüßen und Heil Hitler!

stets Ihr

ALTENBURG

(\*) Siehe Dokument Nr. 443, Anm. 4.

453.

22/13 745

Der Staatssekretär an die Gesandtschaft in Oslo

Telegramm

Nr. 511

BERLIN, den 15. Dezember 1939

Auf Nr. 463.<sup>(\*)</sup>

Für Gesandten persönlich.

Ich bitte umgehend zu dröhen, was Sie über Staatsrat Quisling und seine Bewegung, sowie über den gleichfalls in Berlin weilenden Direktor Hagelin und die Bedeutung der beiden Persönlichkeiten nach geröchten M6gen, wissen. Bitte ausdröcklich, von Erkundigungen au6erhalb der Gesandtschaft abzusehen und Erkundigungen innerhalb der Gesandtschaft auf engstem Kreis zu besch6pfen. Wie sieht sich Quisling im letzten Jahresbericht in England? Besonders aber interessiert Quislings Stellung in neuerer Zeit. Betreiben Quisling und Hagelin gegenw6rtig ausgepr6gtere Anti-Rußlandpolitik, und wie ist ihre heutige Stellung zu England?<sup>(\*)</sup>

Antwort bis Montag 18. fröh erbeten.<sup>(\*)</sup>

WEIZACKER

(\*) Dokument Nr. 441.

(\*) Danach ist im Konzept der folgende Satz gestrichelt: „Quislings weitere zuröckliegende Vorgeschichte ist hier bekannt.“

(\*) Siehe Dokument Nr. 466.

454.

585/242 523-27

Der Staatssekretär an die Gesandtschaft in Sofia

Telegramm

Nr. 489

Ganz geheim

BERLIN, den 15. Dezember 1939

Pol. II 1849 g. Rs.

Auf Telegramm Nr. 349.<sup>(\*)</sup>

Wenn es nötig ist, dem König gegenöber auf die von ihm gestellten Fragen zuröckzukommen, bitte ich ihm zu sagen, [wir hätten für seine Sorgen volles Verständnis; er werde aber auch seinerseits verstehen, daß es für uns nicht möglich ist,

(\*) Dokument Nr. 415.

418

DEZEMBER 1939

dere hinsichtlich etwaiger Schritte Fichtebund bzw. Propagandaministerium, mit größter Vorsicht und ohne jede Erwähnung meiner Intervention zu behandeln, da ich gegenüber nationalem Irenum keinesfalls bloßgestellt werden kann.)

HEMPEL

(\*) In Telegramm Nr. 192 vom 20. Dez. (91/100 126-27) verwandte sich Hempel für eine Reiseunterstützung an Francis Stuart als eines Vertreters der verantwortlichen irischen Nationalisten. Wie Unterstaatssekretär Woermann am 26. Januar 1940 in einer Aufzeichnung ausführte, war Stuart in Berlin und hatte ihn besucht (91/100 147). Hempel ließ durch Stuart seine Bitte auf Einstellung der Propagandatätigkeit des Fichtebundes wiederholen. Woermann übertrug die weitere Betreuung Stuarts an Stolzmann von der Kulturpolitischen Abteilung.

466.

22/13 738-89

Der Gesandte in Oslo an das Auswärtige Amt

Telegramm

Citissime

Nr. 452 vom 17. 12.

Oslo, den 17. Dezember 1939 - 19 Uhr 20

Ankunft: 17. Dezember - 22 Uhr

Auf Telegramm Nr. 445 vom 15. 12. Pol. IV.1)

Für Herrn Staatssekretär persönlich.

Quisling war nach dem Weltkrieg mehrere Jahre norwegischer Militärattaché in Moskau, wo er sich mit Kussia verheiratete und nach anfänglich starker Sympathie für den Bolschewismus dessen wüendster Gegner wurde. Danach war er 3 Jahre Militärattaché in Finnland. Nachdem er Wehrminister im Bauernkabinett Hundseid (bis Februar 1933) gewesen war, gründete er im selben Jahre die „Nasjonal Samling“, deren Gedankengut und Organisation in vieler Hinsicht dem Nationalsozialismus entnommen sind. Nach anfänglich bescheidenem Wachstum ist Bewegung seit Storting-Wahlen 1936 stark rückläufig, hauptsächlich wohl, weil soziale und wirtschaftliche Voraussetzungen für Bewegung in Norwegen fehlten. Die politische Bedeutung und Aussichten Quislings sind daher, trotz persönlichen Ansehens, sehr gering. Seine Zeitung *Fritt Folke* hat höchstens 1000 Auflage<sup>2)</sup> und soll jetzt von uns gestützt werden (vgl. Erlaß vom 9. Dezember P VI 16 931).<sup>3)</sup>

Quisling erblickt in dem Bolschewismus größte Gefahr für Europa. Seine politische Einstellung wird seit deutsch-russischem Ausgleich von der Furcht beherrscht, die Sowjetunion wolle Skandinavien als Brücke benutzen, um die Weltrevolution nach Europa zu tragen. Dabei spielt Erinnerung an bolschewistische Pläne von 1931 große Rolle, nach denen angeblich unter Führung Kuusinsens skandinavische Sowjetföderation errichtet werden sollte. Norwegens Exponent für diesen Plan war heutiger norwegischer Sozialminister Støstad.

Bei Zusammensein anlässlich Buchausstellung erklärte mir Quisling, Rußland habe Plan der Weltrevolution nicht aufgegeben und denke nicht daran, Deutschland in Ausführung deutsch-russischen Vertrages zu unterstützen. Selbst wenn es wolle, würde es aber zu materieller Hilfeleistung auf Grund Standes seiner Produktion und Organisation nicht in der Lage sein.

Quisling ist durchdrungen von Idee Zusammenarbeit germanischer Rasse. Hieraus erklärt sich sein Eintreten für deutsch-englische Zusammenarbeit und für einen deutsch-skandinavisch-englischen Block. Seine Neigung zu Deutschland ist sehr viel stärker als Sympathie für England. Keinesfalls ist er irgendwie als Exponent Eng-

(1) Dokument Nr. 453.

(2) In der Vorlage: „Auflagen“.

(3) Nicht ermittelt.

DEZEMBER 1939

lands zu betrachten. Nach Kriegsausbruch greift er England scharf an, weil es, getrieben von unersättlichem Imperialismus, Deutschland ausrotten wolle. Quisling verehrt ebenso wie seine Umgebung aufrichtig das deutsche Volk und seinen Führer, befindet sich aber seit deutsch-russischem Ausgleich und Kriegsbeginn auf Grund oben-geschildelter Einstellung in stärkerem inneren Konflikt.

Direktor Hagelin ist Gesandtschaft nicht bekannt.

BRÄUER

467.

8523/E 597 466/1

*Der Gesandte in Montevideo an das Auswärtige Amt*

Telegramm offen

MONTEVIDEO, den 17. Dezember [1939] 21 Uhr 17

Ankunft: 18. Dezember 2 Uhr

Pol. I M 9632

Panzerschiff *Admiral Graf Spee* um 16.56 Uhr hiesiger Zeit ausgelaufen. Außerhalb 3 Meilenzone durch Besatzung gesprengt. Note gemäß Drahterlaß <sup>1)</sup> an Politischen Direktor übersandt: „Der Kommandant des Panzerstoffes *Admiral Graf Spee* hat vor mir wegen der die Liegefrist seines Schiffes betreffenden Entscheidung des Uruguayischen Ministerrates, die Sie mir am 15. dieses Monats notifiziert haben, formell protestiert. Ich lege daher im Auftrage meiner Regierung in aller Form vor der Uruguayischen Regierung Protest ein, weil sie dem havarierten Kriegeschiff unter flagrantesten Bruch internationalen Rechtes und Brauches, die den Umständen nach selbstverständliche Frist zur Wiederherstellung der Seefähigkeit verweigert hat. Schauformel.“ Gleichzeitig ausführlichen Protestbrief Kommandanten an mich der Öffentlichkeit bekanntgegeben.

LANCMANN

(1) Telegramm Nr. 274 vom 17. Dez.: nicht gedruckt (64/44 228).

468.

127/69 603

*Die Botschaft in Moskau an das Auswärtige Amt*

Telegramm

Nr. 965 vom 18. 12.

Moskau, den 18. Dezember 1939 14 Uhr 50

Auf Telegramm Nr. 1095 vom 16. Dezember <sup>1)</sup> und Nr. 1161 vom 17. Dezember. <sup>2)</sup>  
Für Habicht. <sup>3)</sup>

Die von mir mitgebrachten Informationen sind mit Molotov durchgesprochen worden. Molotov zeigte sich auch weiterhin bereit, Pläne gegebenenfalls zu unterstützen unter Voraussetzung genauerer Unterrichtung über Grundlagen der Aktion sowie die anzuwendenden Methoden. Erst dann könne dem Gedanken der Entsendung Schäfers und des Afghanen nach Moskau nähergetreten werden. Vorschläge daher meine Rückreise nach Berlin zur Ausarbeitung der von Molotov erbetenen Unterlagen und alsbaldige Wiederausreise nach Moskau. Am 19. veranstaltet hiesige zuständige Sowjetstelle Empfang für mich. Abreise 20.

KLEIST  
SCHULENBURG

(1) Nicht gedruckt (127/69 611).

(2) Nicht gedruckt (127/69 609).

(3) Vgl. Dokument Nr. 445.

JANUAR 1940

und gesellschaftlicher Kontakt mit führenden amerikanischen Persönlichkeiten. Herzog wird begleitet sein von Hauptmann von Grolman und einem Diener. Eintrifft San Francisco etwa Anfang März.

Wenn Herzog auch keinen amtlichen Auftrag hat, so legen wir doch größten Wert darauf, daß Rundreise durch Vereinigte Staaten gut verläuft und befriedigende Ergebnisse bringt. Botschaft und Konsulate haben den Herzog in jeder Weise zu unterstützen. Gesandtschaftsrat Dr. Tannenberg wird für Gesamtdauer Aufenthalts des Herzogs in USA zur Verfügung gestellt und muß dem Herzog von San Francisco ab beratend und helfend zur Seite stehen.

Bitte sofort Programmvorschläge für längere oder kürzere Rundreise ausarbeiten und spätestens bis 13. Januar hierher telegrafieren.<sup>2)</sup> Bitte den Plan einstweilen vertraulich behandeln und nur mit in Frage kommenden Konsulaten diskret besprechen.<sup>3)</sup>

WEIZSÄCKER

<sup>1)</sup> Danach im Entwurf gestrichen: „Vorträge, öffentliche Reden sind nicht beabsichtigt“.

<sup>2)</sup> Am 20. Febr. wurde Thomsen angewiesen, sich besonders angelegen sein zu lassen, daß die öffentliche Meinung die Reise des Herzogs nicht falsch interpretiere und zu verhindern, daß die Presse ihr politische Bedeutung beilege (B 21/B 005 393). Ein Telegramm vom 20. Febr. teilte mit, daß — vermutlich auf Weisung des State Department — der Amerikanische Rotschaffer in Tokio gegen den Besuch Vorstellungen erhoben habe, da infolge der antideutschen Stimmung in den USA unerwünschte Demonstrationen sich ereignen könnten. Berlin hatte jedoch am Reiseplan des Herzogs festgehalten, und dieser hatte sich in Yokohama am 23. Febr. eingeschifft. Siehe Dokument Nr. 683.

577.

APA Reel Nr. 290

*Aufzeichnung des Reichsleiters Scheidt  
(Außenpolit. Amt der NSDAP)*

Geklein:

BERLIN, den 5. Januar 1940

BERICHT ÜBER EINE REISE NACH NORWEGEN UND DORTIGEN  
AUFENTHALT VOM 24. DEZEMBER 1939 BIS 2. JANUAR 1940

Im Nachgang der Besprechungen, die über die norwegische Frage Mitte Dezember hier in Berlin stattgefunden haben, fuhr ich befehlsgemäß am 22. Dezember morgens ab nach Norwegen, um dort einige Informationen über die Lage einzuholen und mit Herrn Staatsrat Quisling Verbindung zu halten, gegebenenfalls auch ihm im Anlaß seiner Propagandaaarbeit beratend zur Verfügung zu stehen.<sup>1)</sup> Die Reise nach Norwegen verlief ohne nennenswerte Schwierigkeiten; lediglich die Reiseroute via Saßnitz-Trelleborg ist in heutigen Zeiten nicht zu empfehlen, da das Fährschiff in Saßnitz außerordentlich unregelmäßig und auch nur bei Tageslicht verkehrt. Als Grund hierfür wurde mir die an der schwedischen Küste vorhandene Minengefahr angegeben. Auf der Reede des Hafens von Trelleborg lagen bemerkenswert viele Schiffe, jedoch keines über etwa 4000 tons, alles Frachtschiffe, darunter auch mehrere unter 1000 tons und sämtlich skandinavischer Nationalität. Im ganzen zählte ich 20 auf der Reede liegende Frachtdampfer. Von der schwedischen Kriegsmarine ist außer 4 kleinen Minenlegern und einem Tender nichts zu sehen gewesen. Bei der Rückfahrt war das Bild wesentlich verändert. Es waren über die Feiertage alle Schiffe bis auf 4 kleine Frachtdampfer ausgelaufen. Die 4 bemerkten Frachtdampfer lagen auch nicht auf Reede, sondern fuhren unter Küstenschutz westlichen Kurs.

<sup>1)</sup> Dieses Dokument wird in der German Military Documents Section, Departmental Records Branch, General Services Administration, Akte 250 - d - 18 - 42/3 verwahrt.

<sup>2)</sup> Siehe Dokument Nr. 463.

196

JANUAR 1939

in Mann. Es besteht nun den dort tätigen Deutschen Konsul Dr. Kirchhoff. Dr. Kirchhoff fragte mich, wie er die Lage innerhalb seines Konsularbereichs bzw., wie weit ihm bekannt, in Schweden beurteilt. Seinen Ausführungen entnahm ich, daß die Nervosität wegen des Finnland-Konfliktes schwedischerseits außerordentlich groß sei. Die Militärs wären einstimmig der Meinung, daß eine Ausbreitung des Konfliktes Rußland-Finnland auf Norwegen und Schweden unvermeidlich wäre. Die Schweden hätten bereits Truppen auf den Åland-Inseln, und man erwarte, daß die Russen den Versuch machen werden, die Åland-Inseln zu besetzen. Selbst in der Provinz Schonen sei man außerordentlich nervös und arbeite eifrig am Ausbau der Küstenbefestigung. Um so stärker ist die Furcht und Nervosität in den ostschwedischen Provinzen, Södermanland und nordwärts. Man ist in der Öffentlichkeit durch eine intensive profinnische Propaganda völlig darauf vorbereitet, in Kürze den Finnen aktiv zu Hilfe zu kommen. In Schweden werden auch bereits Freiwilligenformationen für Finnland zusammengestellt; einer von mir nicht nachgeprüften Nachricht zufolge sollen auch bereits einige Freiwilligeneinheiten in Finnland kämpfen. Schweden ist fest entschlossen, sich einer Besetzung der Åland-Inseln durch die Russen mit der Waffe in der Hand entgegenzusetzen. Man soll, wie Konsul Kirchhoff sagte, in weiten politischen Kreisen Schwedens die Frage ventilieren, ob nicht eine Garantie der schwedischen Grenzen durch Deutschland zu erreichen wäre. Von England erwartet man in Schweden keine aktive Hilfe.

Sofort nach meiner Ankunft in Oslo nahm ich Verbindung zu mir gut bekannten norwegischen Kreisen auf. Auch dort bestätigte es sich, daß die öffentliche Meinung in geradezu verblüffend hohem Maße durch den Finnland-Konflikt in Aufregung gebracht ist. Entgegen der mir bekannten sonstigen ruhigen Wesensart der Skandinavier sind die Gemüter erregt. Trotzdem ich bereits durch die Darstellungen des Herrn Staatsrat Quisling auf die herrschende Stimmung in Skandinavien vorbereitet war, verblüffte mich das hohe Maß der Erregtheit. In Plakaten und Schaufensterdarstellungen wird für den aktiven Einsatz Norwegens im Finnland-Konflikt geworben. Auf den Straßen finden Sammlungen für die Finnlandhilfe statt. Die norwegische Presse steht völlig unter dem Zeichen des Finnland-Konfliktes. Hierbei ist bemerkenswert und Mißtrauen erweckend, daß die Frage einer aktiven Hilfe der Alliierten für Finnland nicht in so hohem Maße ins Auge fällt als der ständige Vorwurf Deutschland gegenüber, das stets deutschfreundliche Finnland Rußland gegenüber im Stich gelassen zu haben. Diese einseitige Einstellung gegen Deutschland zeigt sehr nach englischer Ausrichtung aus, ebenso das möglichst seltene Erwähnen der alliierten Staaten in diesem Zusammenhang. Zwei der bisher als außerordentlich deutschfreundlich bekannten Publizisten Norwegens, 1. Herr Jakobsen in der Zeitschrift *Byggesnak* und 2. Viktor Mogens mit seiner Wochenzeitschrift *Utenriks Chronik*, haben ihren bisher deutschfreundlichen Kurs fallen gelassen und schreiben außerordentlich deutschfeindlich. Sie haben sich in ihren Darstellungen auch völlig die Terminologie der Westmächte bezüglich der mitteleuropäischen Fragen angeeignet. In beiden Zeitschriften spricht man jetzt von Juden-Verfolgungen, von Überfällen auf die Tschechei und auf Polen u. s. w. Meine diesbezüglichen Informationen sind jedoch eindeutig, daß es ein offenes Geheimnis sei, daß beide Publizisten eher von England mehr Geld bekämen als von Deutschland. Unter dem Druck der öffentlichen Meinung und dem Ausfall von Abonnenten, der spontan eingetreten war, nachdem Deutschland den Nichtangriffspakt mit Rußland abgeschlossen hatte, sind beide von England eingefangen worden. Von Viktor Mogens habe ich, nachdem ich ihn persönlich mehrfach in Oslo sprechen konnte, von Anfang an keinen guten Eindruck gehabt. Er hat kein politisches Format und kommentiert in seiner Wochenzeitschrift *Utenriks Chronik* ohne eigene politische Konzeption eine bestimmte Meinungsrichtung, jedoch ohne zugkräftige Argumentation. Da der Norweger durch alle Druckerzeugnisse stark beeinflussbar ist, nicht tief in die politischen Probleme einzudringen vermag und naiv gegenüber allen etwas komplizierter liegenden Absichten politischer Art steht, liegt ihm ein solcher etwas oberflächlicher Stil in der

JANUAR 1940

Behandlung außenpolitischer Fragen umso mehr, als er froh ist, seine eigene politische Meinung im Gedruckten bestätigt zu finden. Dieser Charakterzug des Mannes auf der Straße in Norwegen ist den Westmächten bekannt und wird von ihnen ausgenutzt. In ebenso hohem Maße könnte Deutschland durch eine geschickt aufgelegene deutsche Presse-Politik in Norwegen seinerseits Erfolg haben. Außerordentlich schwer wird es aber fallen, propagandistisch für Deutschland in Norwegen zu arbeiten, wenn nicht die deutsche Presse stark zurückgehalten wird in der Behandlung des Verhältnisses Deutschland-Rußland. Die weitgehende Herausstellung des außerordentlich guten Verhältnisses zwischen Deutschland und dem bolschewistischen Rußland zum Geburtstag Stalins, die außerordentlich positive Beurteilung der Person dieses bolschewistischen Staatsmannes, liefert den Engländern sehr bequeme Argumente für die Bearbeitung der norwegischen Öffentlichkeit. Ich würde es für eine erfolgreiche Presse-Politik in Norwegen für unerlässlich halten, daß so ausgesprochene Sympathieumgebungen gegenüber dem bolschewistischen Rußland, wie sie seit Abschluß des Nichtangriffspaktes immer wieder festzustellen waren, unterbleiben. Wenn — was ganz leicht zu machen ist — jeden Tag in der norwegischen Presse ein deutsches Zitat veröffentlicht wird, das aus der Zeit vor dem Rußlandpakt stammt und unmittelbar daneben eines aus der Zeit nach dem Pakt, so bedarf es keiner weiteren Kommentierung, um die skandinavische Öffentlichkeit von der Unzuverlässigkeit der deutschen Politik restlos zu überzeugen, dieses um so leichter, als von Deutschland nichts geschieht, was in seinem Gewicht der Propaganda der Feindbündelmächte angeglichen wäre.

Ich hatte bei meiner Ausreise Anweisung, mich beim Deutschen Gesandten in Oslo zu melden, ihm aber über meinen Auftrag nichts zu sagen. Wie ich feststellen mußte, war der Gesandte schon vor meiner Ankunft in Oslo davon unterrichtet, daß ich mit Staatsrat Quisling zusammen zu arbeiten hätte, ebenso, daß der Vertreter des von Herrn Quisling, Herr Hagelin, ebenfalls von Deutschland nach Norwegen käme. Der Gesandte hat seinerseits von Stabssekretär von Wenzelskiöden den Auftrag erhalten, unauffällig mit mir Verbindung zu halten. Da Herr Quisling von Anfang an immer betont hat, daß seine Verbindung nach Deutschland sowie seine Vorschläge, die er hier [in Berlin] gemacht hat, absolut geheim bleiben müßten, und er ausschließlich mit Reichsleiter Rosenberg und mir über diese Dinge verhandeln wollte, hat diese Unkenntnissetzung des Deutschen Gesandten in Oslo bei ihm außerordentliches Befremden erregt. Staatsrat Quisling stellt hierbei fest, daß, je weiter der Personenkreis wäre, der um seine Absichten wüßte, eine Geheimhaltung dieser Dinge immer schwerer würde. Ich kann ihn in seinem Wunsche absolut verstehen, da er als ehemaliger norwegischer Kriegsminister durch seine Politik mit seinem Kopfe spielt. Er sah hier ein, daß der Personenkreis, der bei der Unterredung zwischen dem Führer und ihm zugegen war, darüber hinaus der Herr Reichsaußenminister mit in den Gesamtkreis der Unterrichteten einbezogen werden müßte. Seine Erfahrungen mit der deutschen Vertretung in Oslo aber ließen es ihm angeraten sein, eine Unterrichtung der Deutschen Gesandtschaft in Oslo zu vermeiden. Daß im deutschen auswärtigen Amt nunmehr einige Herren mehr von seinen Absichten unterrichtet sind, hat ihn beunruhigt, ebenso die Tatsache, daß der Deutsche Gesandte in Oslo unterrichtet wurde. Dies hat er natürlich erfahren durch seinen Vertrauensmann, Herrn William Hagelin. Ich habe Staatsrat Quisling beruhigt, was ich mit gutem Gewissen tun konnte, nachdem ich den Deutschen Gesandten in Oslo, Herrn Bräuer, kennengelernt habe und davon überzeugt bin, daß er auch den Herren seiner Gesandtschaft gegenüber keinerlei Gebrauch macht von dem, was er weiß. Nachdem der Deutsche Gesandte unterrichtet war, habe ich mit ihm offen über alle Dinge gesprochen und habe den Eindruck gewonnen, daß Herr Bräuer die Richtung der beabsichtigten Entwicklung erkannt hat. Bedauerlich ist, daß Herr Bräuer vorläufig offenbar angewiesen ist, mit den Mitarbeitern seines Vorgängers weiter zu arbeiten. Ich halte Herrn von Neuhaus nicht für geeignet, während der jetzt außerordentlich schwierigen Lage in Norwegen der richtige Berater des neu nach Norwegen geknuzten Reichs-



JANUAR 1940

Deutscher Gesandter zu sein. Herr von Neubaus genießt in gar keiner Weise den Ruf großer Klugheit. Er wird von allen Norwegern für einen „sehr netten“ und zugänglichen Mann gehalten, aber darüber hinaus von den als Englandfreunden bekannten Norwegern nicht gefürchtet. Diese Charakterisierung ist mir von norwegischer Seite mehrfach eindeutig gegeben worden.

Meine Gespräche mit Norwegern haben zum Ergebnis, daß alle die außerordentlich große Gefahr sehen, daß Norwegen mit in den Gesamtkonflikt Deutschland–Westmächte einbezogen wird. Sie betonen selbstverständlich mir als Deutschen gegenüber immer wieder, daß sie gewillt sind, absolut neutral zu bleiben. Wer den norwegischen Volkscharakter kennt, weiß aber, daß diesen Versicherungen nicht viel Wert beizumessen ist. Die Deutsche Gesandtschaft in Oslo und ihre Vertreter werden natürlich ausschließlich diese Ansicht kennen, und es wird der Gesandtschaft unmöglich sein, irgendwelche anderen Äußerungen maßgeblicher Männer aus der Regierung zur Kenntnis zu nehmen. Ich möchte daher davor warnen, hier die Befehle der Gesandtschaft für absolut sicher zu halten. Es ist dies nicht Schuld der Gesandtschaft, nie sieht sich ihr Bestes tut, es fehlt aber Deutschland in Norwegen die Organisation ähnlich dem englischen Secret Service. Ich bin der Überzeugung, daß Deutschland über die wahre Meinung, des Mannes auf der Straße und über viele Hintergründe der hohen Politik in England, Frankreich, Amerika u. a. w. gut unterrichtet ist. Nicht überzeugt bin ich davon, daß die beabsichtigten Maßnahmen der Norwegischen Regierung, bzw. die öffentliche Meinung Norwegens in der Wilhelmstrasse Grundlage für die Behandlung der Skandinavienfrage ist.

Bereits auf der Reise nach Oslo entnahm ich deutschen Pressenotierungen, daß der Kriegsminister Mosen die Absicht habe, zurückzutreten, was mir deswegen unangenehm war, als mir Mosen als unfähig bekannt war, und ich außerdem wußte, daß Mosen vom gesamten Offizierskorps abgelehnt wurde. Mit Mosen hätte man sich ein solches Spielgemacht, da man im Kampf mit ihm alle Sympathien auf der eigenen Seite gehabt hätte. Ich warnte auch Quisling davor, allzu scharf gegen Mosen vorzugehen, da ein solches Vorgehen unter Umständen Erfolg haben könne. In Oslo angekommen, hörte ich, daß auf Wunsch des Norwegischen Königs Oberst Ljungberg \*) Kriegsminister geworden war, und entnahm der Presse, daß er „politisch nicht gebunden“ wäre. Ich bat Herrn Quisling, Nachforschungen anzustellen über die Person Ljungbergs. Quislings Freunde aus dem Offizierskorps des I. Infanterieregiments in Frederikshavn [sic], dessen Kommandeur Ljungberg bis zu seiner Berufung als Kriegsminister war, bezeugten eindeutig, daß Ljungberg ausgesprochen Englandfreund wäre. Er soll lange Zeit Adjutant des Norwegischen Königs gewesen sein, der als Englandfreund bekannt ist. Frau Ljungberg war lange Zeit Hofdame bei der Norwegischen Königin, die selbst Engländerin \*\*) war. Bis jetzt hat offenbar der neue Kriegsminister keine besonderen Maßnahmen getroffen. Die Einberufungen in der norwegischen Armee sind nicht vermehrt worden. Es stehen weiterhin etwa 25 000 Mann unter Waffen, davon drei Viertel in Finnmarken (entgegen dieser zuverlässigen Auskunft aus norwegischen Offizierskreisen steht die Information, die der Deutsche Marineattaché †) in Norwegen erhalten hat, wonach im ganzen etwa 40 000 Mann einberufen sein sollen und hiervon 30 000 in Finnland [sic] stünden.) Quisling hält diese dem Deutschen Marineattaché bekannten Ziffern für nicht richtig. Bemerkenswert ist, daß auf Betreiben des neuen Kriegsministers eine bisher den Engländern nicht genehmigte Luftfahrlinie Nordengland–Westküste Norwegen–Stockholm jetzt genehmigt worden ist. Es dürfte sich erübrigen, zu bemerken, daß eine solche Luftlinie, die ihren mittleren Stützpunkt auf einer Insel (Smøla?) hat, in heutigen Zeiten keine zivilen Hintergründe hat. Ebenso ist bemerkenswert, daß das gesamte Personal der norwegischen Kriegsmarine über Weihnachten Urlaubssperre hatte und dies damit begründet wurde, daß Deutschland die Absicht habe,

\*) Muß richtig „Ljungberg“ heißen.

†) Maud, gestorben 20. November 1938.

‡) Korvettenkapitän Schreiber.

JANUAR 1940

Flottenaktionen an der norwegischen Küste zu unternehmen. Diese Information stammt aus England, was auch zugegeben wird. Der Deutsche Marineattaché erzählte weiter, daß der internationale Verband der Frontkämpfer demnächst in Oslo eine Zusammenkunft beabsichtige. In diesem internationalen Verband der Frontkämpfer befanden sich früher auch deutsche Frontkämpfer, die in Norwegen lebten. Auf Grund des Ossietzky-Skandals<sup>\*)</sup> und der anhaltenden unfreundlichen Haltung der Norwegischen Regierung habe man deutscherseits angeordnet, daß die deutschen Angehörigen dieses internationalen Frontkämpferbundes aus der Sektion Norwegen demonstrativ austreten sollten. Nunmehr ist [es] den Norwegern möglich, mit England gemeinsam Beschlüsse zu fassen, die deutscherseits nicht kontrollierbar sind. Wären die deutschen Frontsoldaten in diesem Frontkämpferbund geblieben, so hätte Deutschland begründete Aussichten gehabt, im Vorstande dieser Frontkämpfervereinigung vertreten zu sein, und es wäre somit unmöglich gewesen, grundlegende Entscheidungen ohne Kenntnisnahme Deutschlands zu treffen. Der Deutsche Marineattaché äußerte seine Bedenken, daß es unter dieser Tarnung den Engländern nicht schwer fallen würde, auf völlig unauffällige Weise einige Hundert Frontsoldaten nach Oslo zu bringen. Daß man auf diese Weise alle möglichen Absichten ausführen kann, ist klar, um so mehr, als jeder weiß, in wie hohem Maße Oslo allen Zufälligkeiten dieser Art ausgesetzt ist.

Ich sprach mit dem dienstältesten Kapitän der Norwegen-Amerika Linie, dem Führer des Fahrgastschiffes *Stavangerfjord*. Kaptein Irgens sagte mir, daß er von Kriegsbeginn an bis vor etwa 3 Wochen mehrfach die Überfahrt von Oslo bzw. Bergen nach Nordamerika gemacht habe. Auf meine Frage, ob ihn die Engländer nicht untersucht hätten, erzählte er, daß er jedesmal ungesehen von den Engländern durch die Blockadelinie durchgekommen wäre; nur einmal hätten ihn die Engländer aufgebracht und nach Kirkwall gebracht, wo er 8 Tage lang untersucht wurde. Als ich ihn bat, doch sein Erlebnis näher zu erzählen, kam heraus, daß vor dem Aufbringen durch die Engländer ein deutsches Flugzeug sein Schiff umflog und nachher auf dem Wege nach Kirkwall auch schräg angeflogen habe. Ich kann mich, nachdem ich weiß, daß auch Irgens pro-englisch ist, des Eindrucks nicht erwehren, daß die Engländer den Dampfer *Stavangerfjord* absichtlich durchließen, da sie in der Nähe durch das hervorragende Funktionieren des Nachrichtendienstes davon unterrichtet sind, wer als Passagier mitfährt und was der *Stavangerfjord* geladen hat. Die Nachricht, daß ein deutsches Flugzeug *Stavangerfjord* umflog und in der Nähe englische Kriegsschiffe waren, hat m. E. die Engländer dazu bewogen, Unparteilichkeit zu demonstrieren und *Stavangerfjord* nach Kirkwall einzubringen. Auf keinen Fall glaube ich, daß unter den gegebenen Umständen die Engländer Wert auf die Untersuchung eines so bekannten norwegischen Ozeandampfers legen, da ihnen dies bei allen Passagieren, der Reederei und in der Öffentlichkeit überparanormen werden würde. Mit einigen anderen Seeleuten machte ich die Erfahrung, daß sie der deutschen See- und Luftkriegsführung und ihrem Erfolg gegenüber außerordentlich skeptisch sind. Man hält es in norwegischen Seefahrtskreisen für außerordentlich fraglich, ob Flugzeugangriffe auf fahrende Schiffe überhaupt den gewünschten Erfolg hätten. Dabei erzählt man sich die Geschichte von einem Convoy, der aus einem großen Walfangschiff u. s. w. bestand. Das Walfangschiff war von England gechartert und fuhr unter englischer Flagge. Über der Walfangkochelei hätten über ein Dutzend deutscher Maschinen Bomben abgeworfen, die sämtlich ihr Ziel verfehlt hätten. Der ganze Convoy sei unbeschädigt und ohne jeden Zeitverlust in England angekommen. Ob diese Geschichte wahr ist oder nicht, erscheint mir gleichgültig; entscheidend ist, daß die englische Propaganda in norwegischen Seefahrtskreisen gute Aufnahme findet. Das ist auch mein Eindruck der Norwegischen Regierung gegenüber. Die heutige Regierung geht offenbar denselben Weg.

<sup>\*)</sup> Als 1935 dem von der Deutschen Regierung inhaftierten Pazifisten Karl von Ossietzky der Nobelfriedenspreis durch einen von dem norwegischen Parlament ernannten Ausschuss verliehen wurde, verbot Hitler Deutschen die Annahme einer solchen Ehrung.

JANUAR 1940

den die Tschechische und Polnische Regierung gegangen ist. Die Englische Regierung macht der Norwegischen Regierung glaubhaft, daß sie den Krieg gewinnt und gegenüber der Deutschen Kriegsführung überlegen sei. Gleichzeitig verspricht man englischerseits, Norwegens Neutralität und Unabhängigkeit zu schützen. Dem deutschen Heeresbericht gegenüber ist man außerordentlich zurückhaltend.

In einer Unterredung mit dem Chefredakteur der antimarkistischen und bisher recht deutschfreundlichen Zeitung *Nationen*, Herrn Odal, erzählte mir dieser unter dem Siegel tiefster Verschwiegenheit, daß das Hauptübel der norwegischen Politik der Präsident des norwegischen Stortings und Chef der Außenpolitischen Kommission des Stortings, sowie Norwegens Vertreter in Genf, Herr Hambro, sei. Dieser Jede spinne fortwährend Fäden für England. Auf meine Frage, ob Odal wisse, wie weit Herr Hambro in seinen Besprechungen gegenüber den Genfer Mächten bei seinem letzten Aufenthalt in Genf gegangen sei, erklärte mir Odal, der sehr gut unterrichtet ist, daß in einer geheimen Sitzung des Stortings großes Befremden, ja Erbötzen über die Zugeständnisse geherrscht habe, die Hambro im Namen der Norwegischen Regierung in Genf an die Feindbundmächte gegeben habe. Hier hätte er zu ahnen Fragen bezüglich Sanktionen und Durchmarscherlaubnis für Finnland die Zustimmung Norwegens gegeben. Man habe daraufhin hinter Herrn Hambro einen Sonderbeauftragten der Norwegischen Regierung hergeschickt, der im Namen der Norwegischen Regierung alle diese Zugeständnisse widerlegen sollte. Ich glaube dieser Darstellung des Herrn Odal nicht in vollem Umfang. Ich glaube aber darüber hinaus, daß diese mir von Odal gegebene Information eine gewisse Indiskretion darstellt. Er würde durchaus den Gepflogenheiten des Herrn Hambro und Englands entsprechen, wenn man gegebene Zugeständnisse durch solche gewollten Indiskretionen anderen Staaten gegenüber solange neutralisiert, bis man den Zeitpunkt des Eingreifens für gegeben hält.

Quisling hat inzwischen seine Propagandaarbeit vorbereitet. Er hat verschiedene Verhandlungen mit Zeitungsinhabern angeknüpft, deren Organe er gegebenenfalls aufkauft. Außerdem hat er zur Tarnung der deutschen Geldquelle eine große Geldsammlung des *Nasjonal Samling* in die Wege geleitet. Er ist jetzt dabei, eine entsprechende Anzahl zuverlässiger Männer aus seiner Kampfformation herauszusuchen, die für eine Überraschungsaktion seinerseits in Frage kommen. Zur Durchführung all dieser vorbereiteten Pläne benötigt er dringend die von Deutschland erbetenen Geldmittel. Herr Hagelin<sup>7)</sup> hat in den letzten Tagen durch Vermittlung des Norwegischen Sozialministers Stostad Verbindung aufgenommen mit dem Versorgungsminister [Trygve] Lie wegen der norwegischen Einfuhrlicenzen. Er glaubt, nach Erhalt dieser Lizenzen in diesen Tagen wieder nach Deutschland kommen zu können, um hier die weiteren Verhandlungen zu führen. Aus den Unterredungen, die Hagelin sowohl mit Stostad als mit anderen offiziellen Persönlichkeiten während seines Aufenthaltes in Oslo hatte, kann entnommen werden, daß man dort durchaus gewillt ist, die Einfuhr aus Deutschland zu erhöhen, was den Absichten des Herrn Hagelin nur entgegenkommt. Quisling und Hagelin hoffen, daß die endgültige Genehmigung für die Hergabe deutscher Mittel in allernächster Zeit gegeben wird, und werden dann sofort mit ihrer Arbeit in Norwegen beginnen. Quisling hat inzwischen erneut ein Schreiben von Herrn Oberst Sundlo aus Narvik erhalten. Sundlo ist Regimentskommandeur in Narvik. In diesem Schreiben erklärt Sundlo, daß er von sich aus alle Vorbereitungen in Narvik trifft und nunmehr nur noch auf den Befehl Quislings zum Losschlagen wartet. Ich habe Quisling gebeten, Sundlo zu beruhigen, da irgend eine Aktion seinerseits nur in Frage kommt, wenn die deutschen Stellen den Moment der Überraschung für gegeben halten. Ebenso ist Quisling von einer größeren Anzahl von Offizieren in

<sup>7)</sup> Hagelin vertrat die Norwegische Regierung in den Verhandlungen über den Ankauf von Flakgerät.

JANUAR 1940

Trondheim gebeten worden, nach Trondheim zu kommen, um mit ihnen über die politische Lage zu sprechen. Einen Tag vor meiner Abfahrt aus Oslo ist Quisling nach Trondheim abgereist. Meiner Ansicht nach ist das jüngere Offizierskorps und selbst die jüngeren Stabsoffiziere der norwegischen Armee vielleicht ein wenig nicht über die Situation völlig im Klaren. Man sieht dort, nachdem man die Berichte der finnischen Erfolge vor Augen hat, ein, daß der Grund für den Nichtangriffspakt zwischen Deutschland und Rußland nicht in der Angst Deutschlands vor Rußland zu sehen ist; und man sieht auch gleichzeitig mit den Augen des Militärs, daß Deutschlands starke militärische Position in diesem Kriege und ebenso die die militärische Position stärkende wirtschaftliche Kraft nur möglich ist bei Vermeidung eines Zwei-Fronten-Krieges. Darüber hinaus ist man sich auch im Klaren darüber, daß Deutschlands Kampf gegen England mit einer Vernichtung von Englands Kontinentalbedeutung enden muß, wenn Deutschland in Zukunft einen Zwei-Fronten-Krieg vermeiden will. Ebenso fürchtet man in der norwegischen Armee, daß eventuell, wie oben bereits angedeutet, die Norwegische Regierung den englischen Sirennengesängen ebenso wie die Tschechei und Polen zum Opfer fallen könnte. Wenn man nun die anerkannte Achtung vor der Person Quislings, die im ganzen norwegischen Offizierskorps und weit darüber hinaus Tatsache ist, hinzurechnet, kann man verstehen, daß die norwegischen Offiziere immer wieder Quislings Stellungnahme zu den politischen Ereignissen hören wollen und ihm und seinem Rat zuneigen. Es ist zu hoffen, daß Quisling seine Beziehungen zum Offizierskorps weiter ausbaut und dies umso besser kann, je schneller [er] die deutschen Mittel für eine durchgreifende Propaganda in die Hand bekommt.

Eine Stunde, bevor ich Oslo verließ, trank ich Tee mit einigen mir bekannten Norwegern, die mir erzählten, daß sie gerade von Grenzzwischenfällen zwischen sowjet-russischen und norwegischen Truppen an der finnisch-norwegischen Grenze gehört hätten. Hierzu Unterlagen zu beschaffen, war mir zeitlich nicht mehr möglich.

SCHMIDT

512.

4531/E 144 250-51

Der Botschafter in Ankara an das Auswärtige Amt

Telegramm

Nr. 21 vom 6. 1.

ANKARA, den 6. Januar 1940 17 Uhr 05

Ankunft: 6. Januar 20 Uhr 50

Auf Telegramm Nr. 8 vom 4. 1. (W IIIc 41.)<sup>1)</sup>1) Habe heute mit Handelsminister<sup>2)</sup> folgende Vereinbarung getroffen:

Gegen Herausgabe Dokumente für in Zoll lagernde Waren<sup>3)</sup> entspreche der tigen Weisung Ausfuhr türkischer Produkte im Gesamtwert von 5 Millionen Pfund türkisch in folgender Verteilung:

- Tabak 2,6 (zwei,sechs) Millionen.
- Rosinen 400 000 (vierhunderttausend).
- Feigen 100 000 (einhunderttausend).
- Haselnüsse 1 (eine) Million.
- Baumwollsamens 100 000 (einhunderttausend).
- Olivenöl 300 000 (dreihunderttausend).
- Ölkuchen 100 000 (einhunderttausend).
- Sesam 100 000 (einhunderttausend).
- Industriefeigen 300 000 (dreihunderttausend).

<sup>1)</sup> Nicht gedruckt (8493/E 590-933-34).

<sup>2)</sup> Cezmi Erçin.

<sup>3)</sup> Der deutsche Entschluß, die Lieferungen an die Türkei bis zu einer allgemeinen Vereinbarung (siehe Dokument Nr. 330) einzustellen, was durch die Weigerung der Freigabe deutscher in Zoll lagernder Waren verschärft worden. (v. Papens Telegramm Nr. 559 vom 14. Dez. 1939: 4531/E 144 254-55).

JANUAR 1940

Herrn Kreuter ist von Holländischer Seite zugesagt worden, ihn nach Rückkehr von Herrn Colijn aus Rom über den Verlauf des dortigen Besprechungsstoffes zu unterrichten.)

gez. WIEHL

(\*) In einer Aufzeichnung vom 28. Januar wies Wiehl auf weitere Informationen hin, die aus niederländischen Quellen über den Besuch des früheren Niederländischen Ministerpräsidenten Colijn in Rom zur Erörterung der Friedensmöglichkeiten an ihn gelangt sind. Colijn betraute diese Informationen zufolge seine Reise als ergebnislos (173/84 181-83). Vol. Gal. Class. Diario, Band I: 1939-40, Mailand 1950, S. 211.

536.

173/84 153

Vermerk des Leiters der Wirtschaftspolitischen Abteilung

Vertraulich

BERLIN, den 13. Januar 1940

Geheimrat Kreuter, der Verwalter des holländischen Tredehina-Kredits, teilte mir aus einer Unterhaltung mit dem Holländischen Außenminister Kleffens von letzter Wege folgendes mit:

Der Außenminister habe erwähnt, daß die Schiffe mit Schweden-Erz für Deutschland nach dem Hafen von Rotterdam auch weiterhin ohne Schwierigkeiten hereinkönnen. Dies würde erleichtert durch eine freundliche Beschattung dieser Schiffe in den holländischen Gewässern durch die holländische Marine.

Im Zusammenhang damit habe der Außenminister die Verträge auf Lieferung von Waffen aus Deutschland nach Holland erwähnt (Dornier-Flugzeuge, Flak-Kanonen). Holland wisse, daß diese Waffen an sich lieferbereit wären, jedoch scheine mit der Lieferung zurückgehalten zu werden. Holland brauche diese Waffen dringend und hoffe, daß diese alten Verträge noch durchgeführt werden würden, wenn es auch wisse, daß neue Verträge wegen der eigenen deutschen Waffenbedürfnisse nicht in Frage kämen.

gez. WIEHL

537.

Nürnberg. Dokument Nr. 021-C  
Bewertungsstück 011-191

Auszug aus dem Kriegstagebuch der Seekriegsleitung 1)

Geheime Kommandosache

1. Januar 1940  
Chef Stab  
Nur durch Offizier

LAGERESPRECHUNG BEIM CHEF DER SEEKRIEGSLEITUNG

- 1.) ...
- 2.) Eingang der Studie Nord des OKW, die im Großen einen ersten Überblick über die deutschen Operationsmöglichkeiten im nördlichen Räume gibt. Zur Bearbeitung der Studie wird auf Befehl des Führers ein Arbeitsstab gebildet, an dessen Spitze ein General der Luftwaffe treten soll, der zugleich mit der Durchführung einer

\* (1) Gedruckt (mit Ausnahme des letzten Absatzes) in: Der Prozess gegen die Hauptkriegsverbrecher vor dem Internationalen Militärgerichtshof, Band XXXIV, S. 181-185. Vollständiger Auszug gedruckt in: Walther Hubatsch, „Weserübung“. Die deutsche Besetzung von Dänemark und Norwegen 1940. 2. Aufl., 1960, S. 391-395.

JANUAR 1940

Ob. d. M. ist nach wie vor der festen Überzeugung, daß ein Festsetzen Englands im norwegischen Raum für die deutsche Kriegführung untragbar ist und daß diese Entwicklung möglicherweise nur dadurch verhindert werden kann, daß wir England durch Besetzung Norwegens zu erpressen. Mit Verschärfung der Lage durch den russisch-finnischen Konflikt wächst die deutschfeindliche Stimmung in den nordischen Staaten und würde sich bei einem englischen Vorgehen in Norwegen für England günstig auswirken. Mit einem Widerstand der Norweger ist kaum zu rechnen. Die Möglichkeit einer solchen Entwicklung gewinnt nach der Studie des OKW an Wahrscheinlichkeit durch die Tatsache, daß die derzeitige Norwegische Regierung unter dem englandfreundlichen jüdischen Ministerpräsident Hambro<sup>4)</sup> durch die Nichtauflösung des Storting am 17. 1. verfassungswidrig am Ruder bleibt. Es besteht ferner nach der Auffassung des OKW die Möglichkeit, daß eine deutsche Angriffsunternehmung in Westen von England zum Anlaß einer Besetzung Norwegens genommen wird.

Den Anstoß zur Studie des OKW gab der Vortrag des Ob. d. M. beim Führer am 12. 12. 39, in dem der Ob. d. M. auf Grund seiner Unterredung mit Herrn Cufusling<sup>5)</sup> vom 11. 12. 39 die große Gefahr hinwies, die eine englische Festsetzung im nordischen Raum für die deutsche Kriegführung bedeuten würde, und die Möglichkeiten darlegte, die sich für deutsche Operationen auf Grund der möglichen Entwicklung der internationalen Verhältnisse Norwegens ergeben können. (Siehe Niederschrift von der Unterredung des Ob. d. M. mit Qu. und dem Vortrag beim Führer - Kriegstagebuch Teil C, Heft VII.)<sup>6)</sup>

Chef Skl. ist nach wie vor der festen Überzeugung, daß England zur völligen Unterbindung jeglicher Zufuhren Deutschlands aus dem norwegisch-schwedischen Raum und zur völligen Behinderung der deutschen Ozean- und Nordseekriegführung die Inbesitznahme Norwegens in absehbarer Zeit beabsichtigt, wobei es bei der deutschfeindlichen Einstellung der Norweger mit weitgehendem stillen Einverständnis Norwegens, zumindest der Regierung und großer Teile der Bevölkerung, rechnen könne. Diese Auffassung findet ihre Bestätigung in besonderen, dem Chef Skl. zugegangenen Nachrichten.

In weiterer Folge einer solchen Besetzung steht nach Ansicht Chef Skl. die Ausübung eines sehr starken englischen Drucks auf Schweden zu erwarten mit dem Ziel, jeglichen Handelsverkehr nach Deutschland abzudrosseln und Schweden, wenn es nicht zum Krieg auf Seiten der Westmächte zu zwingen. In einer solchen Entwicklung sieht Chef Skl. die schwerste Gefährdung Deutschlands, da die Inbesitznahme Norwegens durch England kriegsentscheidend zu Ungunsten Deutschlands sein würde.

Im gegensätzlichen Gegensatz zur Auffassung des Chefs Skl. glaubt die 1. Abt. Skl. nicht an die Wahrscheinlichkeit einer bald bevorstehenden Inbesitznahme Norwegens durch England. Abgesehen davon, daß es zweifelhaft erscheint, ob England einer solchen Kraftüberang z. Zt. überhaupt fähig ist, würde eine derartige Operation nach Ansicht der 1. Abt. Skl. für England mit einem sehr hohen Risiko und mit dem großen Schweregraden belastet sein. Die Besetzung Norwegens würde England in einen starken und äußerst unerwünschten Gegensatz zu Rußland bringen und eine sofortige stärkste Gegenaktion von Seiten Deutschlands aus-

lösen. Über die weitere Entwicklung.

Die Erwägungen in Jodls Tagebuch vom 23. und 24. Jan. sowie 5. Febr. geht hervor, daß diese Maßnahmen auf Hitlers Befehl geändert und die „Studie Nord“ einem dem OKW unmittelbar vorgesetzten Stabe übertragen wurde. Am 27. Jan. gab Keitel den Wehrmachtteilen bekannt, daß der Führer ihm die Verantwortung für die „Studie N[ord]“, nunmehr „Weserübung“, übertragen habe. Die Pläne wurden von einem Sonderstab unter Keitels Leitung ausgearbeitet. Der Prozess gegen die Hauptkriegsverbrecher vor dem Internationalen Militärgerichtshof, Band XXXIV, Dokument Nr. 063-C, Beweisstück GB-37, S. 269-270.

<sup>4)</sup> C. J. Hambro war Stortingpräsident.

<sup>5)</sup> Siehe Dokument Nr. 443 und Anmerkung 2.

JUNI 1940

ständnis, das Deutschland für die japanische Sache aufgebracht habe. Japan habe durch die Bindung der Flotte von U.S.A. im Pazifik auch uns in Europa geholfen. Auch für die Zukunft schiene seine Regierung das volle gegenseitige Einvernehmen zwischen Japan und Deutschland von größter Bedeutung zu sein. (Diesem Satz muß Kurusu besonderen Wert bei.) Japans wichtigstes Ziel sei die Aufrechterhaltung der Stabilität im Fernen Osten. Hierfür habe Japan mehrfach gefochten, und es halte an diesem Ziel fest, auch in der jetzigen entscheidenden Wendung der Geschichte. Eine ernste Sorge für Japan sei die Aufrechterhaltung des status quo in Niederländisch-Indien. Japan schätze sehr die freundschaftliche Haltung, welche Deutschland zu diesem Problem eingenommen habe.<sup>1)</sup> Aber noch ein anderes Problem entspringe der europäischen Kriegsentwicklung, nämlich Indochina. Es sei unnötig, die militärische, politische und ökonomische Bedeutung Indochinas für Japan zu unterstreichen. So spiele gegenwärtig Indochina als Hauptzufuhrstraße für Kriegsmaterial nach Tsungking eine erhebliche Rolle. Die Japanische Armee gebe sich alle Mühe, auf chinesischem Boden diese Arterie zu unterbinden. Japan hoffe von Herzen, daß die Deutsche Regierung ebenso wie hinsichtlich Niederländisch-Indiens die japanische Sorge auch wegen Indochinas verstehe und Japan entsprechend unterstütze.

Nach Verlesung dieser Instruktion faßte Kurusu seinen Auftrag dahin zusammen, Japan könne eben in Indochina nicht uninteressiert bleiben. Er erzählte dann, Japan habe seit Jahr und Tag die Franzosen zu bestimmen versucht, kein Kriegsmaterial über Indochina an Tschiangkaischek gelangen zu lassen. Sie haben zwar in Paris Versprechungen bekommen, aber nichts davon sei gehalten worden.

Zu letztem Punkt fragte ich Kurusu, warum denn die Japanische Regierung nicht selbst einmal nach dem Rechten gesehen und die französische Kriegsmaterialzufuhr auf dem Seewege dorthin unterbunden habe. Kurusu meinte, das wäre zwar das Richtige gewesen, die japanische Marine und Wirtschaft hätten ein solches Verfahren jedoch nicht riskiert.

Nach einer kurzen Bemerkung, daß die von dem Botschafter nunmehr angeführte Démarche mir nicht ganz überraschend komme, da sie schon vorgestern durch die Zeitung *Asahi* angekündigt wurde, nahm ich gebührend Kenntnis von dem Schritt und sagte die Weiterleitung des Inhalts an den Herrn Reichsaußenminister zu. (Hierin: dem Herrn Reichsaußenminister.)

gez. WEIZSÄCKER

(1) Siehe Dokumente Nr. 280 und 302.

(2) Als Antwort auf diese Aufzeichnung wies Ribbentrop am 24. Juni (Baarschule-Telegramm Nr. 66: 216.147-554) Weizsäcker an, „sich auch bei weiteren Anzapfungen über Indochina völlig rezeptiv zu verhalten“. Am 25. Juni drahtete Weizsäcker an Ott eine Zusammenfassung seiner Unternehmung mit Kurusu und wies ihn unter Hinweis auf Otts Telegramm Nr. 594 vom 19. Juni gleicherweise an, sich für den Fall, daß die Japaner auf das Thema Indochina zurückkommen sollten, völlig rezeptiv zu verhalten. (Telegramm Nr. 526: 216.147-553-54). Vgl. Dokumente Nr. 289 und 514.

512.

66/46 498-511

4691/E 226 121-24

## Aufzeichnung ohne Unterschrift

Betr.: Waffenstillstandsverhandlungen in Compiègne am 21. und 22. Juni 1940<sup>1)</sup>

Um 15.30 Uhr empfing der Führer in Anwesenheit von Reichsaußenminister v. Ribbentrop, Generalfeldmarschall Göring, dem Stellvertreter des Führers,<sup>2)</sup> Generaloberst Keitel sowie der Oberbefehlshaber der Wehrmachtsteile die Französische Waffenstillstandsdelegation unter Führung des General[s] Huntziger. Zu Beginn der

(1) Die Aufzeichnung, die nicht signiert ist, wurde von dem Dolmetscher Paul Schmidt verfaßt. Vgl. sein: *Statist auf diplomatischer Bühne 1923-45*, Bonn 1949, S. 488-491.

(2) Rudolf Heß.

532



JUNI 1940

Sitzung verlas Generaloberst Keitel die Präambel \*) zu den Waffenstillstandsbedingungen und übergab der Französischen Delegation anschließend den deutschen Wortlaut der Waffenstillstandsbedingungen mit einer französischen Übersetzung. Nach Verlesung der französischen Übersetzung der Präambel verließ der Führer den Sitzungswagen, und die Waffenstillstandskommission trat anschließend unter Vorsitz von Generaloberst Keitel zusammen.

Generaloberst Keitel wies zu Beginn der Beratungen darauf hin, daß das sieben überreichte Dokument die Bedingungen enthalte, unter denen die deutsche Wehrmacht bereit sei, die Feindseligkeiten mit Frankreich einzustellen. Um der Französischen Delegation ein schnelles Studium des Dokumentes zu erleichtern, habe die Deutsche Delegation eine französische Übersetzung der Bedingungen mit überreicht. Es müsse jedoch betont werden, daß der deutsche Text für das Abkommen ausschlaggebend sei.

Generaloberst Keitel bat anschließend den General von Tippelskirch um Bericht über die Vollmachten der Französischen Delegation. Es stellte sich dabei heraus, daß die Französische Delegation ihre Vollmachten zwar dem General gezeigt hatte, sie aber offiziell direkt dem Vorsitzenden der Deutschen Delegation überreichen wollte. Auf die Frage des Generalobersten Keitel, ob der Vorsitzende der Französischen Delegation berechtigt sei, das Waffenstillstandsabkommen für die Französische Regierung zu unterzeichnen, erwiderte dieser, daß er, wie sich dies auch aus dem Wortlaut der Vollmacht ergebe, nur Vollmacht besitze, die Waffenstillstandsbedingungen mit der Deutschen Delegation zu erörtern und französische Wünsche vorzubringen, daß er aber nicht ohne eine besondere Weisung der Französischen Regierung in Bordeaux unterzeichnen könne. Auf die Gegenbemerkung des Generalobersten Keitel, daß die Französischen Delegierten als Bevollmächtigte bezeichnet worden seien und daher auch nach deutscher Auffassung Zeichnungsvollmacht besitzen müßten, erwiderte Botschafter Noël unter Hinweis auf den Wortlaut der inzwischen übergebenen Vollmacht, daß die dort gebrauchte Formel genau derjenigen entspreche, mit der im Jahre 1918 die deutschen Delegierten von ihrer Regierung bevollmächtigt worden seien. Auch damals hätte die Deutsche Delegation sich die Zeichnungserlaubnis erst durch Rückfrage bei der Berliner Regierung besorgen müssen.

Generaloberst Keitel forderte dann die Französische Delegation auf, das deutsche Dokument zu prüfen. In der Nähe des Sitzungswagens sei für die Französische Delegation die Möglichkeit gegeben, die deutschen Bedingungen in Ruhe zu studieren. Anschließend könne sich dann die Französische Delegation darüber entscheiden, ob sie die deutschen Forderungen annähme oder nicht. Die grundsätzlichen Bestimmungen des Vertrages seien unabänderlich und müßten so, wie sie von der deutschen Seite vorgebracht worden seien, angenommen oder abgelehnt werden. Die Deutsche Delegation sei jedoch bereit, Fragen der Französischen Delegation zu beantworten und sie über die Auslegung ihr unklar erscheinender Punkte zu unterrichten. General Huntziger erwiderte, daß er in einer so ernsten Frage, die für das Schicksal Frankreichs von ausschlaggebender Bedeutung sei, keine endgültige Entscheidung treffen könne, ohne mit seiner Regierung in Verbindung getreten zu sein. Er bitte daher, die Verbindung mit Bordeaux aufzunehmen zu dürfen, um zunächst einmal nach dorthin zu melden, daß die Französische Delegation in Compiègne eingetroffen und mit der Deutschen Delegation in Verhandlungen eingetreten sei. Er müsse auch berichten, daß er hier nur mit einer Deutschen Delegation verhandele, da die Französische Regierung in Unkenntnis der Sachlage angenommen habe, daß in Compiègne gleichzeitig auch mit den Italienern verhandelt werden würde und daher nur eine Französische Waffenstillstandsdelegation mit Vollmachten für beide Verhand-

(\*) Von der Präambel zu den Waffenstillstandsbedingungen ist in den Akten des Auswärtigen Amtes keine Kopie ermittelt worden. Sie wurde nach einer DNB-Verlautbarung vom 21. Juni 1940 in *Monatshfte für Auswärtige Politik*, Juli 1940, S. 522, veröffentlicht.

(\*) Siehe Dokument Nr. 509, Anm. 2. Der vereinbarte Text der Waffenstillstandsbedingungen ist gedruckt in Dokument Nr. 523.



JUNI 1940

lungen ernannt habe. Er hätte daher um eine telefonische Verbindung mit Bordeaux. Generaloberst Keitel erwiderte, daß eine telefonische Verbindung nicht zur Verfügung gestellt werden könne, daß aber das Oberkommando der Wehrmacht bereit sei, an die Französische Regierung ein Funktelegramm mit der Ankunfts meldung der Französischen Delegation zu richten. Zu der Frage der Verhandlungen mit den Italienern könne er mitteilen, daß die italienisch-französischen Verhandlungen gesondert in einem vom Italienischen Oberkommando zu bestimmenden Verhandlungsort im Anschluß an die Unterzeichnung des deutschen Waffenstillstandsabkommens stattfinden würden.

Auf Antrag des General Huntziger erklärte er sich bereit, auch diese Sachlage der Französischen Regierung durch Funktelegramm mitzuteilen. General Huntziger und Botschafter Noël stellten wiederholt den Antrag, mit ihrer Regierung telefonieren zu können, wobei Botschafter Noël darauf hinwies, daß man im Jahre 1918 den Deutschen Delegationen nicht nur eine mehrtägige Frist für ihre Entscheidungen, sondern auch die Möglichkeit gegeben habe, mit ihrer Regierung telefonisch in Verbindung zu treten.

Der Vorsitzende der Deutschen Delegation verharrete jedoch auf seinem Standpunkt und erklärte sich lediglich bereit, folgendes Telegramm abzuschicken:

„21. 6. 1940

An die Französische Regierung, Bordeaux.

Die Französische Delegation ist hier eingetroffen und nimmt die Waffenstillstandsbedingungen zur Kenntnis.

Mit dem Italienischen Oberkommando wird nicht hier, sondern im Anschluß an die Unterzeichnung des Abkommens zwischen dem Deutschen Oberkommando und der Französischen Delegation auf italienischem Boden verhandelt werden.

Der Französischen Delegation wird Gelegenheit gegeben werden, nach Abschluß des Vertrages mit dem Deutschen Oberkommando im Flugzeug an den von dem Italienischen Oberkommando bestimmten Verhandlungsort zu reisen.

Das Deutsche Oberkommando der Wehrmacht“

Im weiteren Verlauf der Besprechungen versuchte die Französische Delegation wiederholt, Verfahrensfragen aufzuwerfen, wurde jedoch vom Generalobersten Keitel immer wieder aufgefordert, zunächst das Dokument selbst zu prüfen. Schließlich entschied sich die Französische Delegation dazu, und die Sitzung wurde unterbrochen. Vorher jedoch hatte General Huntziger erneut dringend um eine Telefonverbindung mit Bordeaux gebeten, und es war ihm von deutscher Seite zugesagt worden, daß man die Möglichkeit der Herstellung einer solchen Verbindung während der Zeit prüfen wolle, in der die Französische Delegation in dem ihr zur Verfügung gestellten Beratungszeit die deutschen Bedingungen prüfe. Generaloberst Keitel wies dabei erneut darauf hin, daß ein schneller Abschluß noch am heutigen Tage dringend im Interesse Frankreichs liege, während die deutsche Wehrmacht es mit der Unterzeichnung des Vertrages durchaus nicht eilig habe. General Huntziger erwiderte, daß er nicht leugnen wolle, daß Frankreich den Wunsch hätte, zu einem schnellen Abschluß zu gelangen, daß er aber die Dinge unbedingt mit seiner Regierung besprechen müsse.

Nach Wiederaufnahme der Sitzung, die in Abwesenheit von Generaloberst Keitel auf deutscher Seite von General Jodl<sup>5)</sup> geleitet wurde, erklärte General Huntziger, daß er nunmehr von den deutschen Bedingungen, die er als schwer und unerhittlich

(<sup>5)</sup> Das Nürnberger Dokument Nr. 1610-PS, das nicht in die veröffentlichte Serie einbezogen ist, umfaßt eine Sammlung der sich auf diese Zusammenkunft beziehenden Papiere Jodls. Unter diesen befindet sich eine deutsche Übersetzung des französischen Protokolls von der Teil der Zusammenkunft, in dem Jodl den Vorsitz führte. Diesem Dokument zufolge fand die Sitzung um 13 Uhr statt.

JUNI 1940

bezeichnete, Kenntnis genommen habe. Meint als die Hälfte Frankreichs solle, wie er aus der beigelegten Karte \*) ersehen habe, von deutschen Truppen besetzt werden; [er frage die Deutsche Delegation, ob die in der grünen Linie, die die Besetzungszone angebe, unabänderlich sei.] 7) Angesichts der Liebe, mit der die Franzosen an ihrem Lande und an ihrer Freiheit hingen, stelle eine derartige Besetzung für sie eine entsetzliche Demütigung dar (abominable humiliation). Dazu käme noch, daß es sich um eine Besetzung handle, deren Ende nicht abzusehen sei, da man über den Friedensvertrag selbst nichts wisse. [Er frage daher nun, ob auch Angaben über die Friedensbedingungen gemacht werden könnten.] Frankreich begeben sich sonst auf einen Weg, von dem es nicht wisse, wo er ende. Die große deutsche Armee, vor deren soldatischen Eigenschaften die Franzosen stets Achtung gehabt hätten, hätte Frankreich geschlagen. Er müsse darauf hinweisen, daß am Ende des letzten Krieges Frankreich nicht die Forderung gestellt habe, mehr als die Hälfte von Deutschland zu besetzen. Die deutsche Besetzung käme einer endgültigen Unterdrückung (oppression définitive) gleich. Unendlich erschwert würde diese Bedingung noch dadurch, daß ein anderes Land jenseits der Alpen, das Frankreich nicht besiegt habe, möglicherweise mit ähnlichen Forderungen kommen würde. Sollte dies tatsächlich der Fall sein, so würde Frankreich unter keinen Umständen darauf eingehen. Es würde der Kampf dann wieder aufnehmen und bis zum bitteren Ende durchführen. Die französische Regierung hätte immerhin noch die Möglichkeit, von den afrikanischen Kolonien aus weiterzukämpfen; die französische Flotte sei nicht geschlagen, und auch die Franzosen hätten Waffen \*) und noch Kontakt. Er wolle sich nicht äußern über das Ergebnis der Verhandlungen, sondern die Atmosphäre der Verhandlungen nicht zu vergraben. Da die Verhandlungen nicht spreche, wisse er, daß in einem solchen Punkte auch untagelang nicht weiterzukommen sei. In Unkenntnis der etwaigen Besetzungsbedingungen könne er sich nicht dazu äußern, seine Unterschrift unter das deutsche Waffenstillstandsabkommen zu setzen. Es gebe eine höhere Instanz, die sich bei der Abschluß eines Waffenstillstandsvertrages berücksichtigen werden müsse, und Frankreich würde sich nicht erniedrigen und catheken lassen. Man habe auch von deutscher Seite erklärt — und der Führer selbst habe dies gesagt —, daß man einen gerechten Frieden abschließen wolle. Ein Vertrag, in dem auch Italien noch große Besetzungsforderungen stellen würde, so daß von Frankreich schließlich nichts mehr übrig sei, würde jedoch diesem Grundsatz absolut zuwiderlaufen und nur die Bedrückung und Erniedrigung seines Vaterlandes festlegen. Nach 1870 hätte sich Frankreich wieder langsam erholt. Diesmal jedoch sei es viel schwerer getroffen. Die deutsche Armee habe Frankreich geschlagen, daher müsse es die Folgen seiner Niederlage auf sich nehmen. Mit Italien aber lägen die Dinge ganz anders, und Frankreich würde sich hier nicht den gleichen Bedingungen fügen. General Huntziger entschuldigte sich zum Schluß, daß er aus seiner tiefen Gemütsbewegung heraus vielleicht in seinen Ausführungen weiter gegangen sei, als ihm dies im Rahmen dieser Verhandlung zukomme.

General Jodl erwiderte, daß man auf deutscher Seite Verständnis für die Ausführungen des Vorsitzenden der Französischen Delegation habe, daß aber eine Fortsetzung der Erörterung auf diesem Gebiete zu keinem Ergebnis führen würde, denn die Waffenstillstandskommission sei nicht befugt, an den von Deutschland formulierten Bedingungen etwas zu ändern. [Die Bekanntgabe der Friedensbedingungen müsse der Friedenskonferenz vorbehalten bleiben.] Die Deutsche Delegation könne, wie gesagt, nur Erläuterungen geben und unklare Punkte aufklären. Was den Vergleich der Besetzungsforderung mit der französischen Besetzung deutschen Gebietes im Jahre 1918 anbeträfe, so müsse er darauf hinweisen, daß das jetzt von Deutsch-

\*) d. h. eine dem Entwurf der Waffenstillstandsbedingungen beigelegte Karte. Dieser Aufzeichnung ist keine Karte beigelegt. Die in Anm. 5 erwähnte Sammlung der Papiere Jodls enthält eine solche Karte, auf der die Demarkationslinie grün eingezeichnet ist.

\*) [ ] mit Bleistift am Rande.

\*) In der Vorlage: verbessert aus „Flugwaffe“.

JUNI 1940

land geforderte Gebiet ohnehin von deutschen Truppen fast vollständig besetzt sei und daß diese Besetzung durch den Kampf gegen den anderen Gegner Deutschlands, der den Krieg fortsetzen wolle, bedingt werde. Wenn England den Krieg einstellt, so würde sich daraus eine neue Lage ergeben, die auch vielleicht gewisse Änderungen am Inhalt des Waffenstillstandsvertrages möglich mache.

Zu Art. 2<sup>o)</sup> übergehend, erklärte General Huntziger, daß man auf französischer Seite wohl verstehe, daß Deutschland das Recht habe, Garantien zu fordern, und daß man sich daher wohl mit der Besetzung abfinden müsse. Er bat jedoch um Aufklärung darüber, was Deutschland als das „unbedingt erforderliche Ausmaß“ der Besetzung der Westküste nach Einstellung der Feindseligkeiten mit England ansehe. Bezüglich der Besetzung von Paris wies er darauf hin, daß die Pariser Bevölkerung als sehr chauvinistisch bekannt sei und daß eine Besetzung dieser Stadt durch deutsche Truppen daher sicherlich nicht im Sinne einer Befriedung zwischen den beiden Ländern wirken würde. Er bat auch hier um eine nähere Erläuterung der deutschen Absichten.

Außerdem wies er darauf hin, daß auch ohne eine dichte Besetzung der Küsten vielleicht von Frankreich andere Garantien für die Sicherung der Verbindungen gegeben werden könnten. Es erscheine ihm nicht notwendig, daß in allen französischen Ortschaften deutsche Truppen zur Sicherung dieser Verbindungen stationiert seien. Es könne auch nicht im deutschen Interesse liegen, nun etwa 100 deutsche Divisionen für die Besetzung französischen Gebiets abzustellen. Frankreich wolle nicht in einer wahren Flut deutscher Truppen ertrinken.

Weiterhin fragte General Huntziger nach der Bedeutung der „Rechte der besetzenden Macht“ im Art. 3. Er nähme an, daß die rein zivile Verwaltungstätigkeit und die Gerichtsbarkeit durch die Rechte der besetzenden Macht nicht gestört würden.

General Jodl erwiderte, daß die in Art. 3 gewählte Formulierung der „Rechte der besetzenden Macht“ alle Rechte umschließe, die die deutsche Wehrmacht brauche, um den Krieg gegen England zu führen. Es sei hier keine formaljuristische Auslegung am Platze. Das einzige Leitmotiv sei das unerbittliche Gesetz der Kriegführung gegen England. Im übrigen habe Deutschland natürlich kein Interesse, sich in die Angelegenheiten der inneren Verwaltung, der Versorgung sowie in die Gerichtsbarkeit einzumischen. Soweit daher diese Befugnisse der französischen Behörden nicht im Gegensatz zu den Erfordernissen der militärischen Kriegführung stünden, würden sie unberührt bleiben.

General Huntziger erläuterte den Sinn seiner Frage nach den Rechten der besetzenden Macht an einem praktischen Beispiel und fragte, ob durch diese Formulierung den deutschen Militärbehörden etwa das Recht gegeben würde, ganze Strecken französischen Gebietes, besonders in der Nähe der Küsten, in Militärlager, Flugstützpunkte und dergl. umzuwandeln und zu diesem Zweck die Bevölkerung gewaltsam zu evakuieren.

General Jodl erwiderte, daß sich auf diesem Gebiete eine Unzahl ähnlicher Einzelfragen stellen ließe, die aber für die Frage der Annahme oder der Ablehnung der deutschen Bedingungen nicht ausschlaggebend seien. Es handele sich um Einzelregelungen, die der Entscheidung der Waffenstillstandskommission vorbehalten blieben.

General Huntziger wendete ein, daß die Waffenstillstandskommission durch den deutschen Vertrag absolute Vollmachten habe und völlig willkürlich sämtliche Entscheidungen treffen könne, die sie für richtig halte, und daß daher die oben aufgeworfene Frage von grundsätzlicher und ausschlaggebender Bedeutung für die Annahme oder Ablehnung des Waffenstillstandsvertrages für Frankreich sei. Er müsse daher die Frage stellen, wie weit die Möglichkeiten dieser Kommission gingen, derartig ernste Entschlüsse zu fassen. Auf Grund der von Deutschland geforderten Bedingungen könne die Waffenstillstandskommission z. B. beschließen, in dem besetzten Gebiet und besonders auch in Paris Luftstützpunkte einzurichten. Die militä-

(<sup>o)</sup> Vgl. den vereinbarten Text der Waffenstillstandsbedingungen in Dokument Nr. 523.

nicht englische Angriffe auf sich ziehen würden. Dadurch würde Frankreich, ohne daß es selbst Krieg führe, die Schäden eines Krieges zu tragen haben. Es würde Angriffen ausgesetzt sein, ohne sich wehren zu können. Es würde Schläge erhalten und nicht das geringste Recht der Gegenwehr oder der Schadenersatzforderung besitzen.

General Jodl wies erneut darauf hin, daß alle diese Fragen, auch insbesondere diejenigen des Schutzes Frankreichs gegen Angriffe, Dinge seien, die in der Waffenstillstandskommission behandelt werden müßten, hier aber nicht zur Erörterung stünden. Im übrigen könne die Waffenstillstandskommission nicht willkürlich Beschlüsse fassen, sondern sei durch die Bestimmungen des Waffenstillstandsabkommens, über die sie nicht hinausgehen dürfe, gebunden. Mit der Erörterung dieser juristischen Dinge käme man überhaupt nicht weiter. Es handle sich nur um die Frage, ob Frankreich den Krieg weiterführen oder die Feindseligkeiten einstellen wolle. Mit aller Bestimmtheit müsse er sagen, daß der Waffenstillstandsvertrag von Frankreich als eine unabänderliche Tatsache angesehen werden müsse und daß es kein Mittel gebe, ihn zu ändern. Es handle sich hier nur darum, Zweifel zu klären und unklare Punkte auszulegen. Aber ein <sup>19)</sup> Versuch, die Erörterung auf formajuristisches Gebiet zu verschieben, würde der Schwere und Größe der gegenwärtigen Stunde nicht gerecht.

General Huntziger erwiderte, er habe die Lage durchaus richtig verstanden, müsse aber unbedingt mit seiner Regierung in Verbindung treten, insbesondere auch in der Frage der Besetzung, da er persönlich einen Vertrag, der denartige Paragrafen enthalte, nicht unterzeichnen könne. Botschafter Noël unterbreitete diesem Antrag und wies darauf hin, daß, nachdem die Französische Regierung von der Delegation über die Lage im Bild gesetzt worden wäre, sicherlich noch eine ganze Reihe von Fragen gestellt werden müßten, um jede Unklarheit zu beseitigen.

Inzwischen wurde General Jodl gebittet, das die Möglichkeit bestände, eine telefonische Verbindung mit Bordeaux herzustellen. Er schlage daher vor, die Sitzung zunächst zu unterbrechen, um der Französischen Delegation die Fühlungnahme mit ihrer Regierung zu ermöglichen.

Vor der Pause stellte General Huntziger noch eine weitere Frage bezüglich des Funkverbotes und erklärte, daß er wohl verstehe, daß die Deutsche Regierung Garantien dafür verlange, daß nicht durch den Rundfunk im besetzten französischen Gebiet dem Feind irgendwelche Hilfe geleistet würde, daß aber dasselbe Ziel durch Garantien erreicht werden könne, die die Französische Regierung zu geben bereit sei, ohne daß eine Einmischung Deutschlands in den innerfranzösischen Funkbetrieb der unbesetzten Gebiete notwendig sei.

Eine weitere Frage der Französischen Delegation bezog sich auf die Möglichkeit, die evakuierte Bevölkerung wieder an ihre Wohn- und Arbeitsstätten zurückzuführen und auch den Verkehr wieder in Gang zu bringen. General Jodl erwiderte, daß sich die deutschen Behörden bereits um die Linderung namenlosen Elendes unter der französischen Zivilbevölkerung hinter den deutschen Linien energisch bemüht hätten. Durch den großzügigen Einsatz der deutschen Hilfsorganisationen sei hier eine Katastrophe verhindert worden.

General Huntziger fragte dann noch nach der Zahl von Truppen, die Frankreich von Deutschland zugebilligt werden würden; es sei dies für den Marschall Pétain eine Frage von ungeheurer Bedeutung. Die Französische Regierung brauche Truppen, um im Land die Ruhe und Ordnung aufrechtzuerhalten. Nach einer so furchtbaren Krise, wie sie Frankreich jetzt durchmache, [bestehe erfahrungsgemäß die Gefahr, daß das Land in den Kommunismus abgleite. Die Französische Regierung habe die Absicht, dies unter allen Umständen zu verhindern. Sie brauche dazu Truppen, die keineswegs gegen Deutschland, sondern nur zur Aufrechterhaltung der inneren Ordnung eingesetzt werden würden. Außer der Polizei, der Gendarmerie und der Mobilgarde brauche Frankreich 120 bis 130 000 Mann. Es würde sich dabei meistens

\*<sup>(19)</sup> In der Vorlage: „jeder“, handschriftlich geändert in „ein“.

JUNI 1940

um Infanterie mit etwas Kavallerie handeln, und der Truppe würden gewisse Spezialwaffen beigegeben werden müssen. Wenn er eine Zahl von 120 bis 130 000 Mann nenne, so betone er dabei, daß er nicht finanzieren wolle, sondern nur die Zahl nenne, die Frankreich wirklich brauche. Darauf wurde die Sitzung unterbrochen, und der Verhandlungswagen wurde der Französischen Delegation für ihr Telefongespräch mit Bordeaux zur Verfügung gestellt.] <sup>12)</sup>

Bei Wiederaufnahme der Besprechung <sup>13)</sup> erklärte Generaloberst Keitel, nunmehr die endgültigen deutschen Antworten auf die von der Französischen Delegation in der vorhergehenden Besprechung mit General Jodl gestellten Fragen geben zu können.

Die Frage der Französischen Delegation, ob die in der überreichten Karte eingezeichnete grüne Linie, die das von deutschen Truppen zu besetzende Gebiet bezeichnet, noch veränderlich sei oder nicht, könne dahin beantwortet werden, daß die Linie grundsätzlich feststehe und nicht mehr verändert werden könne. In den Beratungen der Waffenstillstandskommission könnten allenfalls beschränkte Wünsche auf Abänderung berücksichtigt werden. Dies beziehe sich jedoch lediglich auf Einzelpunkte. Wegen des Kriegs gegen England müsse die Linie im großen und ganzen so bleiben, wie sie von der Deutschen Delegation festgelegt worden sei.

Bezüglich des von General Huntziger ausgesprochenen Wunsches, man möge im nichtbesetzten Frankreich zur Aufrechterhaltung der inneren Ruhe und Ordnung eine Truppenmacht von 100 bis 120 000 Mann belassen, erklärte Generaloberst Keitel für eine Übergangszeit und vorbehaltlich der Zustimmung Italiens sein Einverständnis, nur daß jedoch dadurch die endgültige Festsetzung der Frankreich verbleibenden Truppenstärke präjudiziert würde.

Was die Frage der Französischen Delegation bezüglich der Besetzungsdichte bzw. des Besetzer der Besetzung durch Garantien der Französischen Regierung zwecks Sicherstellung der deutschen Verbindungen angehe, so müsse es bei der ursprünglich vorgeschriebenen Form der vollständigen Besetzung bleiben. Selbstverständlich würden aber nicht in jedem kleinen Ort deutsche Truppen stationiert werden, sondern auch hier würde sich die Besetzung auf das für die Sicherstellung des damit verfolgten Zweckes, besonders im Hinblick auf den Krieg gegen England, beschränken. Es besteht auf deutscher Seite kein Interesse daran, unnötig starke Truppenmengen für die Besetzung zu verwenden.

Auf eine Frage der Französischen Delegation nach der Regelung für die Kriegsgefangenen wies Generaloberst Keitel darauf hin, daß diese Frage nicht im Waffenstillstandsabkommen, sondern erst im Friedensvertrag geregelt werden würde.

Bezüglich des Funksendeverbotes bemerkte er, daß auf Grund der Beratungen in der Waffenstillstandskommission dieses Verbot voraussichtlich bald durch eine Funküberwachung abgelöst werden könne.

Über die Befugnisse der Waffenstillstandskommission könne kein Zweifel bestehen. Es sei ein Irrtum, wenn die Französische Delegation glaube, daß diese Kommission willkürliche Entscheidungen ohne jede Begrenzung treffen könne. Nach deutscher Auffassung sei sie lediglich ermächtigt, die Ausführung der grundsätzlichen Bestimmungen des Waffenstillstandsvertrages zu sichern und könne keinesfalls über die durch diesen Vertrag festgelegten Richtlinien hinausgehen.

Auf eine Frage der Französischen Delegation nach der Stärke der Besetzung von Paris, erklärte Generaloberst Keitel, daß die deutsche Armee dort nur im Interesse der Ruhe und Ordnung eine Besatzungstruppe unterhalte. Diese würde jedoch keinesfalls über den Rahmen des unbedingt Notwendigen hinausgehen. Schon aus Gründen der militärischen Disziplin, die General Huntziger wohl verstehen würde, erscheine es dem Deutschen Oberkommando unerwünscht, mehr Truppen als un-

\*<sup>(12)</sup> ] ] in der Vorlage ausstrichen.

<sup>(13)</sup> Dieser Teil der Aufzeichnung ohne Unterschrift ist überschrieben „Fortsetzung der Aufzeichnung über die Waffenstillstandsverhandlungen in Compiègne“.

JUNI 1940

bedingt notwendig in einer großen Stadt unterzubringen. Außerdem stünde der Waffenstillstandsvertrag die Möglichkeit einer Rückkehr der Französischen Regierung nach Paris vor. Schon daraus ergäbe sich, daß man deutscherseits auch in Bezug auf die Besetzung der Hauptstadt so v. f. h. r. würde, daß die Autorität der Regierung und die ordnungsmäßige Ausübung ihrer Befugnisse gesichert sei.

Der Vorsitzende der Deutschen Delegation teilte sodann General Huntziger mit, daß eine Fernsprechverbindung mit Bordeaux von dem Sitzungswagen in Compiègne hergestellt werden könne. Auf eine Gegenfrage Huntzigers, ob die Französische Delegation nicht von Compiègne selber oder besser noch von Paris aus telefonieren könne, wurde erwidert, daß die Verbindung über Tours direkt geschaltet worden sei und daher die Möglichkeit, von Paris oder Compiègne selbst aus zu telefonieren, nicht bestehe.

Für die Telefongespräche mit Bordeaux stünde der Französischen Delegation der Verhandlungswagen vollständig zur Verfügung. Die Deutsche Delegation würde sich während dieser Zeit aus dem Wagen zurückziehen.

Die Besprechungen wurden sodann auf Sonnabend, den 22. Juni, 11 Uhr vormittags, vertagt, um der Französischen Delegation Gelegenheit zu geben, ihrer Regierung die wesentlichsten Punkte der deutschen Bedingungen mitzuteilen, so daß die Französische Regierung sich noch in der Nacht über Annahme oder Ablehnung schlüssig werden könne. Eine Stunde vor Beginn der nächsten Sitzung, also um 10 Uhr morgens, würde dann erneut eine telefonische Verbindung vom Verhandlungswagen nach Bordeaux hergestellt werden, um der Französischen Delegation die Entgegennahme der Entscheidung ihrer Regierung zu ermöglichen. Nachdem nämlich sämtliche Fragen beantwortet und alle Zweifelspunkte geklärt seien, könne es sich am morgigen Vormittag lediglich um eine kurze Sitzung handeln, in der die Französische Delegation nur die Annahme oder Ablehnung der deutschen Waffenstillstandsbedingungen mitzuteilen hätte.

Auf eine Frage des Französischen Vorsitzenden, ob die Deutsche Delegation mit diesen Ausführungen ein Ultimatum stelle, erwiderte Generaloberst Keitel, daß es sich keinesfalls um ein Ultimatum handle, sondern um ein sehr großzügiges Angebot der Deutschen Delegation, und daß die Beschleunigung des Abschlusses bestimmt mehr im französischen als im deutschen Interesse läge.

Daraufhin wurde die Besprechung auf den folgenden Tag, 11 Uhr vormittags, vertagt.

513.

66/46 512-16

Aufzeichnung ohne Unterschrift <sup>1)</sup>

## AUFZEICHNUNG ÜBER DAS TELEFONGESPRÄCH ZWISCHEN GENERAL HUNTZIGER UND GENERAL WEYGAND WÄHREND DER WAFENSTILLSTANDSVERHANDLUNGEN IN COMPIÈGNE AM 21. JUNI 1940 ABENDS

General Huntziger verlangte sofort, der Marschall Pétain oder General Weygand in Bordeaux zu sprechen. Es meldete sich Weygand, dem Huntziger mitteilte, daß er aus dem Weygand ja wohl bekannten Wagen spreche und ihm telefonisch die deutschen Bedingungen durchgeben wolle. Weygand erklärte, er habe niemand mehr zum Aufheben im Büro, da alle Sekretäre nun schon nach Hause gegangen seien. Ob denn tatsächlich alles diktieren müsse, man solle doch den Text mit einem Flugzeug schicken.

(<sup>1)</sup> Die Aufzeichnung ist undatiert. Nach Angabe des Dolmetschers Paul Schmidt (*Statist auf diplomatischer Bühne 1923-45*, S. 409) hatte er den Auftrag erhalten, dieses Gespräch von einem Funkwagen in der Nachbarschaft abzuhören.

JUNI 1940

Huntziger erklärte zunächst, daß er über die Friedensbedingungen nichts habe erfahren können. Die Deutsche Delegation habe sich glatt geweigert, darüber zu sprechen. Es sei ihm lediglich ein Waffenstillstandsvertrag von 24 Artikeln überreicht worden mit dem Bemerken, daß Abänderungen daran nicht mehr vorgenommen werden könnten, sondern daß höchstens Aufklärung über unklare Punkte abgegeben würde. Er habe daher verschiedene Fragen gestellt und würde die Antworten auch telefonisch durchgeben. Der allgemeine Eindruck, den er und mit ihm die gesamte Französische Delegation habe, sei der, daß die Bedingungen zwar sehr schwer seien, daß sie aber nichts enthielten, was direkt gegen die Ehre ginge. Vor allen Dingen sei ein Punkt, über den er sich noch vor seiner Abreise mit Weygand unterhalten habe, nicht in den Bedingungen enthalten. Die Dinge lägen in dieser Hinsicht ganz anders, als Weygand und er angenommen hätten. Anschließend diktierte Huntziger die einzelnen Artikel telefonisch nach Bordeaux. Weygand wiederholte jeden Satz, anscheinend für eine neben ihm sitzende Sekretärin. Zu den einzelnen Punkten bemerkte er folgendes:

Artikel 3: Es sei ihm von der Deutschen Delegation mitgeteilt worden, daß das „Recht der besetzenden Macht“ keine Einmischung in die innere Verwaltung oder in das Regime Frankreichs bedeute.

Mr (Huntziger) hätte sehr gegen die Besetzung französischen Gebietes protestiert. Generaloberst Keitel hätte ihm erklärt, daß nach Beendigung des Krieges mit England die Lage vielleicht erleichtert werden könnte und daß in übrigen nicht in jedem kleinen Ort Frankreichs deutsche Truppen stationiert würden.

Bezüglich Paris sei ihm von deutscher Seite erklärt worden, daß die Besatzungstruppe nicht vermindert, aber auch nicht verstärkt werden sollte. Er glaube, es handele sich für die ganze Pariser Region um zwei deutsche Divisionen. Außerdem habe man deutschseits mündlich ein 100 000 Mann-Heer für Frankreich provisorisch zugestanden.

Artikel 5: falle wohl zum großen Teil wegen dieses Zugeständnisses fort.

Zu Art. 8 wies General Huntziger Weygand auf die Erwähnung des französischen Kolonialreiches mit dem Bemerken hin, „daß das doch interessant wäre“. Ebenso unterstrich er, daß Deutschland bei Friedensschluß keine Forderungen bezüglich der Kriegsflotte zu erheben beabsichtige.

Zu Art. 17 habe Generaloberst Keitel erklärt, daß Deutschland bereit sei, mit Hilfe des Roten Kreuzes die Versorgungsfrage der französischen Bevölkerung zu lösen, da auf diese Weise die Blockade umgangen werden könne; außerdem habe man deutschseits darauf hingewiesen, daß in den von Deutschen besetzten Gebieten das deutsche Hilfswerk eine Katastrophe für die Zivilbevölkerung verhindert habe.

Zu Art. 20 bezüglich der Kriegsgefangenen, die bis zum Friedensschluß in Deutschland bleiben, bemerkte Huntziger, daß er über den Zeitpunkt des Friedensschlusses von der Deutschen Delegation keinerlei Zusicherungen erhalten habe; er glaube aber, daß die Deutschen den endgültigen Friedensschluß nicht lange hinauszögern würden.

Im übrigen habe ihm General Keitel am Schluß der Sitzung für die Annahme oder Ablehnung der Waffenstillstandsbedingungen soeben eine Art Ultimatum gestellt. Es sei zwar formell kein Ultimatum, aber komme ihm in seiner Auswirkung doch ungefähr gleich.

Auf eine Frage Huntzigers, ob die Italiener schon auf das französische Waffenstillstandsgesuch geantwortet hätten, erwiderte Weygand, daß sie bisher nichts hätten von sich hören lassen, und bat Huntziger, doch durch Vermittlung der Deutschen Delegation zu versuchen, etwas zu erfahren.

Im weiteren Verlauf des Gespräches berichtete dann Huntziger, wie er gegen die Besetzung energisch protestiert und sehr kategorisch erklärt habe, Frankreich würde einen ähnlichen Vertrag mit Italien unter keinen Umständen unterzeichnen. Er sei bei seinen Ausführungen über Italien zum Teil etwas heftig geworden. Die Deutschen hätten zwar nach außen hin nicht die geringste Reaktion zu erkennen gegeben, er hätte aber doch den Eindruck gehabt, daß sie die gleiche Meinung von den Italienern

DUNI 1940

gehabt hätten wie die Franzosen. Er habe im übrigen den Eindruck, daß auch in Bezug auf die Gebietsbesetzungen bereits eine Abmachung zwischen Deutschland und Italien bestünde. Es wäre nur aus der deutschen Delegation nicht das geringste über diese Abmachung herauszubringen. Aber selbst wenn Italien etwa unannehmbare Bedingungen stellen sollte, so brauchte das Frankreich nicht daran zu hindern, jetzt denn mit den Deutschen abzuschließen. Bei Nichtunterzeichnung des italienischen Vertrages würde er alles hinfällig werden.

Auf die Frage Weygands nach der allgemeinen Atmosphäre erwiderte Huntziger, daß der Ton ziemlich hart sei und daß man bei solchen Gelegenheiten ja auch nicht gerade die Kernlichkeit erwarten könne, daß aber gegen Ende der Verhandlungen die Stimmung sich aufheitern werde. Zum Schluß bat Weygand noch einmal dringend, die Verhandlungen durch ein Flugzeug nach Bordeaux zu schicken; denn wenn die Verhandlungen in der Sitzung einen Beschluß fassen sollte, müsse sie doch eilen und nicht länger dauern können. Die telefonisch durchgegebene Übersetzung gelangte sofort nach Berlin, auch die Deutsche Regierung einsehen. Weygand<sup>2)</sup> erwiderte auf die Ermahnung des Textes durch Flugzeug kaum möglich sein würde. Er verließ am nächsten Morgen die Delegation überreichte französische Fassung der Bedingungen hätte die deutsche Delegation mit dem deutschen Urtext verglichen und festgestellt, daß die Übersetzung in Ordnung sei.

<sup>2)</sup> Soll Huntziger heißen.

514.

174/153 545-46

## Der Botschafter in Tokio an das Auswärtige Amt

## Telegramm

Citissime

Geheim

Nr. 603 vom 21. 6.

TOKIO, den 21. Juni 1940 20 Uhr 30

Ankunft: 21. Juni 19 Uhr 55

Im Anschluß an Telegramm Nr. 600 vom 19. 6.<sup>1)</sup>

Heutige Morgenblätter veröffentlichen Verlautbarung Japanischer Regierung, wonach Französische Regierung in Anerkennung japanischer Forderung nach Einstellung jeglicher Unterstützung Tschiangkaischeks über Indochina sich bereit erklärt habe, Transport kriegswichtigen Materials im weitesten Sinne an Tschiangkaischek durch Indochina zu unterbinden. Zur Durchführung dieser Verpflichtung zustimmt Frankreich Entsendung eines mit weitgehenden Kontrollbefugnissen ausgestatteten größeren Überwachungsstabes japanischer militärischer Sachverständiger nach Hauptverkehrswege Indochinas.

Habe unverzüglich im Außenministerium angefragt, wie diese Vereinbarung mit der japanischen Botschaftern Berlin und Rom<sup>2)</sup> erteilten Weisung (vergl. angezogenes Telegramm) in Einklang zu bringen sei. Leiter Europa-Abteilung<sup>3)</sup> erklärte, Instruktion an Botschafter betreffe großpolitische Zukunfts-Lösung Indochinas,<sup>4)</sup> wäh-

<sup>1)</sup> Nicht ermittelt. Diese Nummer beruht möglicherweise auf einem Irrtum, da Telegramm Nr. 599 bereits vom 20. Juni datiert war. Vgl. Dokument Nr. 484.

<sup>2)</sup> Saburo Kurusu und Eiji Amau.

<sup>3)</sup> H. Nishi.

<sup>4)</sup> in der Vorlage: „Instruktion an Botschafter betreffs großpolitischer Zukunft Lösung Indochinas“.

541.



JANUAR 1940

561.

3091/613 183-84

*Gesandter Bräuer an den Vortragenden Legationsrat von Grundherr*

Oslo, den 23. Januar 1940

Lieber Grundherr,

In der Anlage übersende ich Ihnen

1) einen weiteren Bericht über die Stortingsverhandlungen, spezialisiert auf die Wehrfrage,<sup>1)</sup>

2) eine vertrauliche Aufzeichnung über die Stellung des Statsraads Quisling in der norwegischen Armee.<sup>2)</sup>

Im Zusammenhang mit der Aufzeichnung fühle ich mich verpflichtet, Ihnen vertraulich mitzuteilen, daß der Reichsamtseiter Scheidt bei seinem jeweiligen Aufenthalt in Oslo stets sehr enge Beziehungen zu dem früheren Ortsgruppenleiter Kern unterhält, dessen Vorgeschichte Sie ja kennen, ebenso wie Sie orientiert sind über die Gründe, die jetzt genau vor 2 Jahren zu seiner Abberufung geführt haben. Ich fürchte nun, daß die Erfüllung der Aufgabe, die Herrn Scheidt hier gesetzt worden ist, durch diese sehr intimen Beziehungen zu Kern erschwert bzw. gefährdet wird. Nach wie vor ist das Interesse, das gewisse Kreise, wie z. B. Generalkonsul Ringnes,<sup>3)</sup> an Kern nehmen, recht groß. Erst vor einigen Tagen ist in der hiesigen Presse ein Artikel darüber erschienen, daß Kern hier beim Gericht amtlich vereidigter Dolmetscher wäre, eine Tatsache, der man norwegischerseits doch größere Beachtung schenken sollte. Gewisse Anzeichen deuten darauf hin, daß diese Artikel gegen Kern auf Ringnes zurückzuführen sind. Kern sieht also zwar nicht polizeilich, aber privat unter einer gewissen Beobachtung, und es könnte leicht sein, daß Herr Scheidt ebenfalls dieser Beobachtung zum Opfer fällt, was, wie ich glaube, nicht in unserm Interesse liegt. Ich sende Ihnen diesen als persönlichen Brief, nachdem ich ja Weisung habe, in der bewaffneten Angelegenheit nur mit dem Herrn Reichsminister, dem Herrn Staatssekretär oder Ihnen zu verkehren.

Mit herzlichsten Grüßen aus Heil Hitler!

Ihr

B[RÄUER]

1) Nicht einget. (3091/613 183-84).

2) Nicht einget. (3091/613 183-84). Die ungezeichnete Aufzeichnung vom 23. Jan. widerspricht der Aufzeichnung, daß Quisling über eine große Anhängerzahl in der Armee verfüge.

3) Ringnes, norwegischer Staatsangehöriger und früherer österreichischer Generalkonsul in Oslo, hatte sich am 7. April 1937 an Hitler gewandt, um die Tätigkeit des Ortsgruppenleiters der NSDAP in Oslo, Günther Kern, zu beanstanden. Ringnes wies sich als Begründer der Norwegisch-Deutsch-Österreichischen Gesellschaft in Norwegen und Parteimitglied Nr. 59 der Nationalsozialistischen Partei Norwegens aus. Er versicherte Hitler, daß sein Brief keine Kritik an der NSDAP darstelle, sondern im Gegenteil er und seine Anhänger die größte Bewunderung und Sympathie für das Dritte Reich und seine politischen Ideen hegten (3010/533 093-04).

562.

91/100 144

*Das Generalkonsulat in Genua an das Auswärtige Amt*

Telegramm

Nr. 7 vom 24. 1.

GENUA, den 24. Januar 1940 14 Uhr 50

Ankunft: 24. Januar 18 Uhr 55

Aus New York eingetroffener Abgesandter irischer Bewegung, John McCarthy, anfragte heute, ob die Deutsche Regierung bereit, den ohne Wissen der Amerika-

544

JUNI 1940

Delegation nicht vorliegen, so würde er abreisen und die Französische Delegation wieder in die vordersten deutschen Linien zurückführen lassen. Dieses Ultimatum 2) wurde am 11.30 Uhr übergeben.

Nachdem General Huntziger das Schreiben des Generalobersten Keitel im Saalwagen von einem Mitglied der Deutschen Delegation übersetzt wurde, wurde er von Bordeaux aus Telefon gerufen, und die Französische Regierung erteilte ihm den Befehl zur Unterzeichnung. Bei Eröffnung der nun folgenden Sitzung erklärte General Huntziger, daß er in dem Augenblick, als er das Schreiben des Generalobersten Keitel erhielt, von seiner Regierung eine telefonische Mitteilung erhalten habe, das Waffenstillstandsabkommen zu unterzeichnen. Bevor er selbst zur Unterzeichnung schreite, wolle er jedoch folgende persönliche Erklärung abgeben:

„In dem Augenblick, wo die Französische Delegation auf Befehl der Französischen Regierung ihre Unterschrift unter das Waffenstillstandsabkommen setzt, will ich wie es für notwendig, folgende Erklärung abzugeben: 3)

„Unter dem Zwang des Waffengeschicks hat Frankreich den Kampf einstellen müssen, in dem es an der Seite seiner Alliierten begriffen war. Es werden ihm sehr schwere Forderungen unter Bedingungen auferlegt, die die Strenge dieser Forderungen nicht zu streichen.

„Die französische Regierung ist zu der Erwartung berechtigt, daß Deutschland sich in den zukünftigen Verhandlungen von einem Geist leiten läßt, der es zwei großen europäischen Völkern gestattet, in Frieden zu leben und zu arbeiten.“

General Huntziger wandte sich dann direkt an den Generalobersten Keitel, der die Antwort nicht ablehnen konnte, was für ein schwerer Augenblick dem Vorsitzenden der Französischen Delegation bevorstehe, indem er an das Soldatengefühl appellierte, schloß er, daß die Französische Delegation hoffe, nicht eines Tages die Generalobersten Keitel zu machen würde, bereuen zu müssen.

Generaloberst Keitel nahm von dem Inhalt der Französischen Regierung, das Waffenstillstandsabkommen zu unterzeichnen. Kenntnis der beantwortete die persönlichen Bemerkungen General Huntzigers mit dem Worte, daß es für den Sieger überragend, den Besiegten zu einem.

Am 22. Juni wurde das Waffenstillstandsabkommen unterzeichnet, wobei der Delegationschef der Französischen Delegation die Hände in den Augen standen.

In einem persönlichen Wort sprach zum Schluß Generaloberst Keitel dem General Huntziger unter vier Augen seine Anerkennung für die tapfere, loyale und geschickte Art aus, mit der er die Interessen seines Vaterlandes in diesem schwierigen Moment vertreten habe. General Huntziger erwiderte, daß er diese Worte nie vergessen werde, mehr könne er nicht sagen, denn er schenke Ende seiner Kraft.

Gesandter 4)

1) Nach dem Original.

2) Der genaue Wortlaut des Text der Erklärung befindet sich auf Film 6676/667.

3) Die Übersetzung des Dolmetschers stimmt nicht auf der Vorlage.

523.

BB90/R 021 634-41

Deutsch-Französischer Waffenstillstandsvertrag 1)

Zwischen dem vom Führer des Deutschen Reiches und Obersten Befehlshaber der

1) Im französischen Text lautet die Bezeichnung Convention d'armistice. In einem Brief vom 26. Juni (5235/5 311 398) ersuchte das französische Amt die Deutsche Waffenstillstandskommission in Wiesbaden um Übermittlung eines beglaubigten Exemplars des Waffenstillstandsvertrages. Demke erwiderte in Bericht Nr. 107 vom 6. Juli (5235/5 311 299-300), daß eine beglaubigte Kopie nicht überzählt werden könne, da der Originalvertrag in Hitlers Hauptquartier aufbewahrt werde. Stattdessen legte er eine der Waffenstillstandskommission vom OKW zur Verfügung gestellte Kopie bei, die diesem Druck als Vorlage diene.

Der Waffenstillstandsvertrag wurde am 26. Juni veröffentlicht.

554

JUN 1946

deutschen Wehrmacht beauftragten Chef des Oberkommandos der Wehrmacht, Generaloberst Keitel, einerseits und den mit ausreichenden Vollmachten versehenen Bevollmächtigten der Französischen Regierung: Armeegeneral Imützigen, Vorsitzender der Delegation, Franz. Botschafter Noël, Vizeadmiral Le Luc, Armeekorpsgeneral Parisot<sup>2)</sup> und General der Luftwaffe Bergeret, andererseits ist der nachstehende Waffenstillstandsvertrag vereinbart worden:

1.) Die Französische Regierung veranlaßt in Frankreich sowie in den französischen Besitzungen, Kolonien, Protektoratsgebieten und Mandaten sowie auf dem Meere die Einstellung des Kampfes gegen das Deutsche Reich. Sie bestirmt die sofortige Waffenniederlegung der von den deutschen Truppen bereits eingeschlossenen französischen Verbände.

2.) Zur Sicherstellung der Interessen des Deutschen Reiches wird das französische Staatsgebiet nördlich und westlich der in anliegender Karte<sup>3)</sup> bezeichneten Linie von deutschen Truppen besetzt. Soweit sich die zu besetzenden Teile noch nicht in Gewalt der deutschen Truppen befinden, wird diese Besetzung unverzüglich nach Abschluß dieses Vertrages durchgeführt.

3.) In dem besetzten Gebiet Frankreichs übt das Deutsche Reich alle Rechte der besetzenden Macht aus. Die Französische Regierung verpflichtet sich, in allen Angelegenheiten ihrer Rechte einschlägigen Anordnungen auf jedem Mitteln zu unterliegen, die durch die deutsche Verwaltung durchzuführen. Alle Französischen Behörden, mit Ausnahme der in dem Gebietes des besetzten Gebietes von der Französischen Regierung ernannten, sind zu liquidieren, den Anordnungen der deutschen Militärbehörden zu unterliegen. Die Französischen Wehrkräfte sind zusammenzuziehen.

4.) Die Französischen Wehrkräfte sind zur Besetzung der Wehrkräfte in dem besetzten Gebietes zu verwenden. Die Besetzung der Wehrkräfte ist von dem Deutschen Reich zu beschränken.

5.) Die Französischen Regierung bleibt als überlassen, ihren Regierungssitz im besetzten Gebiet zu wählen, oder, wenn sie es wünscht, auch nach Paris zu verlegen. Die Deutsche Regierung sichert in diesem Fall die Französische Regierung und ihren Zentralbehörden jede notwendige Erleichterung zu, damit sie die Verwaltung des besetzten und nichtbesetzten Gebietes von Paris aus durchzuführen in der Lage ist.

4.) Die französische Wehrmacht zu Lande, zu Wasser und in der Luft ist in einer noch zu bestimmenden Frist demobilisierbar und abzurüsten. Ausgenommen davon sind nur jene Verbände, die für die Aufrechterhaltung der inneren Ordnung nötig sind. Ihre Stärke und Bewaffnung bestimmen Deutschland bzw. Italien. Die in dem von Deutschland zu besetzenden Gebiete befindlichen Verbände der französischen Wehrmacht werden beschleunigt in das nicht zu besetzende Gebiet zurückgeführt und sind zu entlassen. Diese Truppen legen vor ihrem Abmarsch ihre Waffen und ihr Gerät an den Plätzen nieder, wo sie sich zur Zeit des Inkrafttretens dieses Vertrages befinden. Sie sind für eine ordentliche Übergabe an die deutschen Truppen verantwortlich.

5.) Als Garantie für die Einhaltung des Waffenstillstandes kann gefordert werden die unversehrte Auslieferung aller jener Geschütze, Panzerkampfwagen, Panzerabwehrwaffen, Kriegsflugzeuge, Flakgeschütze, Infanteriewaffen, Zugmittel und Munition von Verbänden der französischen Wehrmacht, die im Kampf gegen Deutschland standen und sich zur Zeit des Inkrafttretens dieses Abkommens in dem von Deutschland nicht zu besetzenden Gebiete befinden. Den Umfang der Auslieferung bestimmt die Deutsche Waffenstillstandskommission.

<sup>2)</sup> General Parisot ist in dem Entwurf des Waffenstillstandsvertrages nicht als Mitglied der Französischen Delegation aufgeführt. Siehe Dokument Nr. 509, Anm. 2. Sein Name erscheint nicht in dem französischen Text des Waffenstillstandsvertrages der Dokumentensammlung der Französischen Regierung: *La Délégation Française auprès de la Commission Armistice*, Band I, Paris 1947, S. 1.

<sup>3)</sup> Karte fehlt. Vgl. Dokument Nr. 512, Anm. 6.

FUNI 1940

Auf die Auslieferung von Kriegsflugzeugen kann verzichtet werden, wenn alle noch im Besitz der französischen Wehrmacht befindlichen Kriegsflugzeuge abgerüstet und unter deutscher Kontrolle gebracht worden sind.

6.) Die verbleibenden Waffen, Munitionsmengen und Kriegsgeräte jeder Art im unbesetzten Teil Frankreichs sind – soweit sie nicht zur Ausrüstung der zugebilligten französischen Verbände freigegeben werden – unter deutscher bzw. italienischer Kontrolle zu lagern bzw. sicherzustellen. Es bleibt dem Deutschen Oberkommando vorbehalten, hierbei alle jene Maßnahmen anzuordnen, die erforderlich sind, um den unbefugten Gebrauch dieser Bestände auszuschließen. Die Neuanfertigung von Kriegsgerät ist im unbesetzten Gebiet sofort einzustellen.

7.) In dem zu besetzenden Gebiet sind alle Land- und Küstenbefestigungen mit Waffen, Munition und Gerät, Beständen und Anlagen jeder Art unversehrt zu übergeben. Die Pläne dieser Befestigungen sowie die Pläne der von den deutschen Truppen bereits eroberten sind auszuliefern. Die genauen Angaben über vorbereitete Sprengungen, angelegte Landminensperren, Zeitzündler, Kampfstoffsperrern usw. sind dem Deutschen Oberkommando vorzulegen. Diese Hindernisse sind bei deutscher Aufforderung durch französische Kräfte zu beseitigen.

8.) Die französische Kriegsmarine ist – ausgenommen jener Teil, der für die Wahrung der französischen Interessen in ihrem Kolonialreich der Französischen Regierung im besetzten Gebiet – in Häfen zu bestimmende Häfen zusammenzuziehen und unter deutscher bzw. italienischer Kontrolle demobilisierend abzurüsten. Maßgebend für die Positionierung der Häfen soll der Friedensstandort der Schiffe sein. Die Deutsche Regierung erklärt der Französischen Regierung förmlich, daß sie nicht beabsichtigt, die französische Kriegsmarine, die sich in den unter deutscher Kontrolle stehenden Häfen befindet, im Kriege für ihre Zwecke zu verwenden, außer solchen Einheiten, die für Zwecke der Küstenwache und des Minenfahrens benötigt werden. Sie erklärt weiterhin förmlich und ausdrücklich, daß sie nicht beabsichtigt, eine Leasingung auf die französische Kriegsmarine auf Friedensschluß zu schließen. Anordnungen von jenen zu bestimmenden Teil der französischen Kriegsmarine, die die französischen Interessen im Kolonialreich zu vertreten hat, sind alle außerordentlich rasch auf dem Kriegsschiffe zurückzuführen.

9.) Dem Französischen Oberkommando hat der Deutsche Oberkommando genaue Angaben über alle von Frankreich ausgelegten Minen sowie über alle sonstigen Waffen- und Küstengefeldsperrern und Verteidigungs- und Abwehranlagen zu machen.

Die Beseitigung der Minensperren ist, soweit es das Deutsche Oberkommando fordert, durch französische Kräfte durchzuführen.

10.) Die Französische Regierung verpflichtet sich, mit keinem Teil ihrer verbleibenden Wehrmacht und in keiner anderen Weise weiterhin feindselige Handlungen gegen das Deutsche Reich zu unternehmen.

Ebenso wird die Französische Regierung verhindern, daß Angehörige der französischen Wehrmacht außer Landes gehen und daß Waffen und Ausrüstungen irgendwelcher Art, Schiffe, Flugzeuge usw. nach England oder in das sonstige Ausland verbracht werden.

Die Französische Regierung wird französischen Staatsangehörigen verbieten, im Dienst von Staaten, mit denen sich das Deutsche Reich noch im Kriege befindet, gegen dieses zu kämpfen. Französische Staatsangehörige, die dem zuwiderhandeln, werden von den deutschen Truppen als Freischärler behandelt werden.

11.) Der französischen Handelsschiffen aller Art, einschließlich der Küsten- und Hafenschiffe, die sich in französischen Händen befinden, ist bis auf weiteres das Auslaufen zu verbieten. Die Wiederaufnahme des Handelsverkehrs unterliegt der Genehmigung der Deutschen bzw. Italienischen Regierung.

(\*) Der letzte Absatz des Artikels 5 war in dem Entwurf des Waffenstillstandsvertrages nicht enthalten. Siehe Dokument Nr. 522.

Französische Konsuln, die sich auf dem französischen Hoheitsgebiet befinden, wird die Französische Regierung zurückschicken oder, falls dies nicht ausführbar ist, in neutrale Häfen zu schicken.

Alle in französischen Häfen befindlichen aufgebrachten deutschen Handelsschiffe sind auf Anforderung unversehrt zurückzugeben.

12.) Für alle auf französischem Boden befindlichen Flugzeuge ist ein sofortiges Startverbot zu erlassen. Jedes ohne deutsche Genehmigung startende Flugzeug wird von der deutschen Luftwaffe als feindlich angesehen und demgemäß behandelt werden.

Die im unbesetzten Gebiet befindlichen Flugplätze und Bodeneinrichtungen der Luftwaffe werden von deutschen bzw. italienischen Kontrollen überwacht. Ihre Unbrauchbarmachung kann verlangt werden. Die Französische Regierung ist verpflichtet, alle im unbesetzten Gebiet befindlichen fremden Flugzeuge zur Verfügung zu stellen bzw. am Weiterflug zu verhindern. Sie sind der deutschen Wehrmacht zuzuführen.

13.) Die Französische Regierung verpflichtet sich, dafür Sorge zu tragen, daß in den durch deutsche Truppen zu besetzenden Gebieten alle Anlagen, Einrichtungen und Gebäude der Wehrmacht unversehrt den deutschen Truppen übergeben werden. Sie wird ferner dafür sorgen, daß Häfen, Industrieanlagen und Werften in demselben Zustand belassen und in keiner Weise beschädigt oder zerstört werden. Dies gilt für alle Verkehrs- und Verkehrswegen, insbesondere Eisenbahnen, Straßen, Kanäle, Binnenschifffahrtswegen für das gesamte Fernverkehrsnetz sowie für die Einrichtungen der Fernverkehrsbeziehung und Küstenbefestigung, ebenso verpflichtet sie sich auf Anforderung des Deutschen Oberkommandos alle über diese Anlagen wieder beschaffen zu werden zu leisten.

Die Französische Regierung sorgt dafür, daß in dem besetzten Gebiet das erforderliche Fachpersonal, die Menge an rollendem Eisenbahnmateriale und das sonstigen Verkehrsmittel vorhanden sind, so wie sie den normalen Verhältnissen des Lebens entsprechen.

14.) Für alle auf französischem Boden befindlichen Funkstationen gilt ein sofortiges Sendeverbot. Die Wiederaufnahme des Funkverkehrs aus dem unbesetzten Teil Frankreichs bedarf der besonderen Regelung.

15.) Die Französische Regierung verpflichtet sich, den durch das unbesetzte Gebiet führenden Gütertransportverkehr zwischen dem Deutschen Reich und Italien in dem von der Deutschen Regierung geforderten Umfang durchzuführen.

16.) Die Französische Regierung wird die Rückführung der Bevölkerung in die besetzten Gebiete im Einvernehmen mit den zuständigen deutschen Stellen durchführen.

17.) Die Französische Regierung verpflichtet sich, jedes Verbringen von wirtschaftlichen Werten und Vorräten aus dem von den deutschen Truppen zu besetzenden Gebiet in das unbesetzte Gebiet oder in das Ausland zu verhindern.

Über diese im besetzten Gebiet befindlichen Werte und Vorräte ist nur im Einvernehmen mit der Deutschen Regierung zu verfügen.

Die Deutsche Regierung wird dabei die Lebensbedürfnisse der Bevölkerung der unbesetzten Gebiete berücksichtigen.<sup>5)</sup>

18.) Die Kosten für den Unterhalt der deutschen Besatzungstruppen auf französischem Boden trägt die Französische Regierung.

19.) Alle im französischen Gewahrsam befindlichen deutschen Kriegs- und Zivilgefangenen, einschließlich der Haft- und Strafgefangenen, die wegen einer Tat zugunsten des Deutschen Reiches festgenommen und verurteilt sind, sind unverzüglich den deutschen Truppen zu übergeben.

Die Französische Regierung ist verpflichtet, alle in Frankreich sowie in den französischen Besitzungen, Kolonien, Protektoratsgebieten und Mandaten befindlichen

(\*) Der letzte Absatz des Artikels 17 war in dem Entwurf des Waffenstillstandsvertrages nicht enthalten. Siehe Dokument Nr. 522.

JUNI 1940

Deutschen,<sup>6)</sup> die von der Deutschen Reichsregierung namhaft gemacht werden, auf Verlangen auszuliefern.

Die Französische Regierung verpflichtet sich, zu verhindern, daß deutsche Kriegs- und Zivilgefangene aus Frankreich in französische Festungen oder in das Ausland verbracht werden. Über bereits außerhalb Frankreichs verbrachte Gefangene sowie über die nicht transportfähigen kranken und verwundeten deutschen Kriegsgefangenen sind genaue Listen mit Angabe ihres Aufenthaltsortes vorzulegen. Die Aufsicht über die kranken und verwundeten deutschen Kriegsgefangenen übernimmt das Deutsche Oberkommando.

20.) Die in deutscher Kriegsgefangenschaft befindlichen französischen Wehrmachtsgenossen bleiben bis zum Abschluß des Friedens kriegsgefangen.

21.) Die Französische Regierung haftet für die Sicherung aller Gegenstände und Werte, deren unversehrte Übergabe oder Bereithaltung zu deutscher Verfügung in diesem Vertrag gefordert oder deren Verbringen außer Landes verboten ist. Die Französische Regierung ist zum Schadenersatz für alle Zerstörungen, Schädigungen oder Verschönerungen, die dem Vertrag zuwiderlaufen, verpflichtet.

22.) Die Durchführung des Waffenstillstandsvertrages regelt und überwacht eine Deutsche Waffenstillstandskommission, die ihre Tätigkeit nach den Weisungen des Deutschen Oberkommandos ausübt. Aufgabe der Waffenstillstandskommission ist ferner, die Übereinstimmung dieses Vertrages mit dem Italienisch-Französischen Waffenstillstandsvertrag sicherzustellen. Die Französische Regierung stellt zur Verfügung der französischen Wünsche und zur Entgegennahme der Durchführungsanordnungen der Deutschen Waffenstillstandskommission eine Abordnung an den Sitz der Deutschen Waffenstillstandskommission.

23.) Dieser Waffenstillstandsvertrag tritt in Kraft, sobald die Französische Regierung auch mit der Italienischen Regierung ein Oberabkommen über die Einstellung der Feindseligkeiten getroffen hat. In Belgien und in den 6 Stunden nach dem Zeitpunkt, zu dem die Italienische Regierung der Reichsregierung vom Abschluß dieses Abkommens eine Mitteilung gemacht hat, wird die Feindseligkeit zwischen der Regierung der Französischen Regierung diesen Zeitpunkt auf dem Punkte aufgehoben.

24.) Der Waffenstillstandsvertrag gilt bis zum Abschluß des Friedensvertrages. Er kann von der Deutschen Regierung jederzeit mit sofortiger Wirkung gekündigt werden, wenn die Französische Regierung die von ihr durch den Vertrag übernommenen Verpflichtungen nicht erfüllt.

Dieser Waffenstillstandsvertrag ist im Walde von Compiègne am 22. Juni 1940, 11.50 Uhr deutscher Sommerzeit, unterzeichnet worden.<sup>8)</sup>

gez. HUNTZIGER

gez. KURTZ

<sup>6)</sup> Am Rande handschriftlich: Reichs- und Volks-[Deutschen].

<sup>7)</sup> Der Botschafter in Rom, von Mackensen, meldete in Telegramm Nr. 1202 vom 24. Juni, 19 Uhr 35, er sei von Ciano davon in Kenntnis gesetzt worden, daß der Italienisch-Französische Waffenstillstandsvertrag um 19 Uhr 35 unterzeichnet worden sei (365/206 130).

Der italienische Text des Italienisch-Französischen Waffenstillstandsabkommens vom 24. Juni 1940 ist gedruckt in: *Zeitschrift für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht*, Band 10, 1940-41, S. 856-860.

<sup>8)</sup> Der in *La Délégation Française auprès de la Commission Allemande d'Armistice*, Band I, S. 8, gedruckte französische Text des Waffenstillstandsvertrages gibt als Zeitpunkt 18 Uhr 32 an. Telegramm Nr. 31 vom 22. Juni, 20 Uhr, von der Dienststelle Abetz in Paris an das Auswärtige Amt und das OKW meldete: „Waffenstillstand 18 Uhr 52 in Compiègne unterzeichnet. Waffenruhe eintritt 6 Stunden nach Unterzeichnung. Waffenstillstand mit Italien. Lautsprecherwagen OKW verkünden Tatsache in Paris bei Gewitterregen. Französische Presse wird Ereignis entsprechend aufmachen“ (365/206 119).

5235/E 311 301-03

## Aufzeichnung ohne Unterschrift 1)

Zu den nachstehenden Punkten des Waffenstillstandsvertrages wurden im Laufe der Verhandlungen von französischer Seite Wünsche und Fragen geäußert und von deutscher Seite Antworten erteilt:

Artikel 2<sup>2)</sup>

Die Französische Delegation versuchte eine Einschränkung des Umfanges des besetzten Gebietes (grüne Linie) zu erreichen<sup>3)</sup>, insbesondere wurde gebeten, Paris als Sitz der Französischen Regierung aus der Besetzung auszunehmen und nach Möglichkeit einen Korridor zwischen Paris und dem unbesetzten Gebiet freizulassen. Die Französische Delegation bat ferner, die Stärke der Besatzungstruppen zu beschränken und die Besetzung – besonders bei einer Besetzung von Paris – möglichst „unsichtbar“ zu gestalten.

Von deutscher Seite wurde erklärt, daß die grüne Linie im Grundsatz feststehende größere Änderungen selbst nicht mehr möglich. In den Verhandlungen zur Waffenstillstandskommission können jedoch beschlossene Einzelwünsche zur demilitarisierung der grünen Linie berücksichtigt werden, insbesondere mit dem Hinblick, daß das Kommando bereit, einen gewissen Maßstab der Französischen Regierung, Orleans als Regierungssitz anzuerkennen und von Besetzung freizulassen, Kommando, Ordnung in Belgien könnte nach dem Einsetzen von Paris nach verzichtet werden.

Die Stärke der Besatzungstruppen wurde sich nach den Befehlshabern der Wehrmacht hinsichtlich der Besetzung des Gebietes nach der Ordnung, welche in der Besetzung des Gebietes zwischen dem unbesetzten Gebiet und dem Vorfeld der Besatzungstruppen, die die Besetzung des Gebietes und dem Vorfeld der Besatzungstruppen zu erfüllen, welche diesen Gesichtspunkten unbedingt notwendig.

Zu Artikel 3, Absatz 1 wurde von französischer Seite nach dem Umfang der Rechte gefragt, die Deutschland als Besatzungsmacht in Anspruch zu nehmen beabsichtige.

Es wurde geantwortet, daß hierfür die Erfordernisse der Kriegführung gegen die feindlich-mäßige sein. In dieser Beziehung müsse alles militärisch Notwendige gefordert werden. Dagegen habe die deutsche Besatzung nicht die Absicht, sich mit der zivilen Verwaltung und der Betreuung der Bevölkerung zu belasten. In dieser Hinsicht sollen die französischen Behörden die Verwaltung weiterführen.

Zu Artikel 3, Absatz 3 wurde von deutscher Seite bestätigt, daß die Art der Besetzung von Paris auf die Stellung und Tätigkeit der etwa dorthin zu verlegenden Französischen Regierung Rücksicht nehmen werde.

## Artikel 4

Zur Stärke der im unbesetzten Gebiet verbleibenden französischen Restwehrmacht wurde erklärt, daß für eine Übergangszeit etwa 100 000 Mann zugestanden werden sollten. Dieses Zugeständnis solle einer späteren anderen Regelung in keiner Richtung vorgreifen und gelte nur, wenn sich auch die Italienische Regierung damit einverstanden erkläre.

Über die Ausrüstung der französischen Restwehrmacht wurde nicht gesprochen. Der französische Verhandlungsführer äußerte lediglich, sie dächten sich die Zusam-

(1) Diese undatierte Aufzeichnung wurde dem Auswärtigen Amt durch Hencke als Anlage zu dem in Dokument Nr. 523, Anm. 1, angeführten Bericht Nr. 107 vom 6. Juli aus Wiesbaden übermittelt. In diesem Bericht erklärte Hencke, daß er abschriftlich beifüge „die erläuternden Notizen zum Waffenstillstandsvertrag (Beantwortung französischer Fragen bei den Verhandlungen in Compiègne), die nach Weisung des Führers zwar nicht einen Bestandteil des Vertrages bilden, jedoch für die deutsche Seite verbindlich sind“ (5235/E 311 299-300).

(2) Vgl. Dokument Nr. 523.

(3) Vgl. Dokument Nr. 512, Anm. 6.

1081 1940

gen, die in Frankreich wohl gesacht (bitter) von einem späteren Anhalt der Ehre und Menschlichkeit gereget werden solle, als sei ihnen in Polen, Tschechien und dergl. gedacht.

Darauf wurde erklärt, daß in deutsche Gefangenschaft gefallene Soldaten, die nach Kriegsrecht Anspruch auf Behandlung als Kriegsgefangene haben, entsprechend behandelt werden würden. Die im unbesetzten Gebiet befindlichen Ausländer interessierten uns zunächst nicht; Forderungen gegen sie seien daher im Vertrag nicht gestellt. Soweit eine Regelung ihrer Behandlung überhaupt nötig sei, sei dies eine Sache des Friedensvertrages.

Die Frage der Behandlung der Tschechen, die Angehörige des Großdeutschen Reiches sind, wurde nicht weiter erörtert.

#### Artikel 20

Zur Frage der Ermassung der französischen Kriegsgefangenen wurde erklärt, daß die Ermassung nach Abschluß des Friedensvertrages großzügig gereget werden würde.

#### Artikel 21

Zur Frage der Ermassung wurde besagt, daß es Aufgabe der deutschen Wehrmacht sei, die Durchführung der gegenseitigen Maßnahmen nach dem Vertrag zu überwachen. Die Wehrmacht sei dazu berechtigt.

313.

StB. Nr. 471

#### Anzeigeblatt, 2. Juni 1940

StB. Nr. 472

StB. Nr. 472

Der italienische Botschafter kam heute gegen 18 Uhr zu mir, um mir einen Brief von dem Duce zu überreichen.

Der Brief hat in Übersetzung folgenden Wortlaut:

„Führer! Um die Annahme des Waffenstillstandes französischerseits zu erleichtern, habe ich nicht unter die Klauseln die Besetzung der Linien Seine, der Rhône, von Korsika, Tunis, Djibuti gesetzt, wie wir es in München vorgesehen hatten.“ Ich habe mich auf ein Minimum beschränkt, und zwar darauf, eine entmilitarisierte Zone von einer Breite von 50 Kilometern zu fordern, ich sehe dies als ein unerläßliches Minimum an, auch um Zwischenfälle zu vermeiden. Im übrigen habe ich die Klauseln des deutschen Waffenstillstandes angewandt.

Ich bitte Sie, meine herzlichen und kameradschaftlichen Grüße entgegenzunehmen.

Mussolini

Rom, den 22. Juni 1940/XVIII.“

Schluß des Briefes des Duce an den Führer.

Mündlich machte Alfieri auf die hohe Bedeutung dieser Mitteilung aufmerksam. Der Beweggrund, welcher den Duce dazu veranlaßt habe, die in München vereinbarten Besetzungsklauseln so weitgehend zu reduzieren, sei der, daß der Duce in dem jetzigen, so wichtigen Augenblick Schwierigkeiten vermeiden wolle. Er danke dabei auch besonders an den faktischen Zusammenhang zwischen dem deutsch-französischen und dem italienisch-französischen Vertragsinstrument.

Die Brief-Originale gehen mit nächstem Flugkutier an die Baumschule ab.

Hiermit dem Herrn Reichsaußenminister:

gez. WEITZÄCKER

(\*) Der italienische Text des Briefes befindet sich auf F 12/201. Siehe auch: Benito Mussolini, *Opera Omnia*, Bd. 30, S. 162.

(\*) Siehe Dokument Nr. 479.



FEBRUAR 1940

Westmächte zu widerstehen und dem Krieg fernzubleiben. Man wünsche, diese Haltung zu unterstützen. Numan antwortete, Politik seiner Regierung verfolge gleiches Ziel. Es sei nur eine Frage der Abwägung gegenseitiger Interessen, um zu handelspolitischem Austausch zu gelangen. Gleichzeitig wiederholte er, daß keinerlei Bindung gegenüber den Westmächten bezüglich türkischer Ausführprodukte vorläge. Um dies festzustellen, fragte ich ihn, ob beispielsweise Türkei zu Chromlieferung bereit, falls Deutschland einige schwere Kanonen liefern würde. Numan versprach, seine Regierung zu befragen und ferner festzustellen, ob Regierung noch auf Lieferung des von uns in Aussicht gestellten leichten Kriegsmaterials grundsätzlich Wert lege. Er vorschlug, daß wir inzwischen mit Wirtschaftsabteilung gegenseitigen Plan für Liste II und III aufstellen.

Ich bitte nunmehr um Weisung:

1.) Fordert die Chromlage, daß wir weitere Konzessionen machen und wäre in diesem Fall vermehrte Aussicht, Türkei neutral zu halten, andererseits einige schwere Geschütze möglich? \*)

2.) Können wir auf Chrom verzichten unter selbstverständlicher Ausschaltung allen Kriegsmaterials?

3.) Falls wir auf Chrom nicht angewiesen sind, vorschläge ich, Liste II und III zum Abschluß zu bringen gegen Lieferung entsprechender Mengen interessierender Wirtschaftsprodukte sowie gegen Zusicherung der Auflösung aller Verträge in gegenseitigem Einverständnis.

Die vorliegende unruhrige Gesamtlage und dem in Gedanken über wirtschaftliche Folgen dringend erforderliche friedliche Eingehen über aufzulösende Verträge erscheint aussichtslos bei Nichtfortsetzung der Verhandlungen.

Hauptgesichtspunkt für Fortführung der Verhandlungen scheint mir dar zu sein, mit allen Mitteln fortzusetzende Kampf gegen dauernd stärker werdende englisch-französische Bemühungen, alle deutschen Einflüsse in der Türkei abzuschalten, während jede weitere Einigung auf diesem schwierigen Gebiete von der Feindseite als ein Abrücken der Türkei betrachtet werden wird.

PAPEN

(\*) Dieser Satz ist bei der Übermittlung anscheinend verstümmelt worden. Gemeint ist offenbar: „Fordert die Chromlage, daß wir weitere Konzessionen machen und wäre in diesem Fall bei vermehrter Aussicht, Türkei neutral zu halten, Lieferung einiger schwerer Geschütze möglich?“

626.

4467/E 087 416-29

*Aufzeichnung eines Angehörigen des Außenpolitischen Amtes <sup>1)</sup>*

BERLIN, den 21. Februar 1940

BERICHT ÜBER AUFENTHALT IN NORWEGEN VOM 20. 1. 1940 BIS 20. 2. 1940

I. Allgemeine Stimmungslage in Norwegen.

Abgesehen davon, daß man von einer deutschfreundlichen Stimmung in den letzten Jahren ohnehin nicht sprechen konnte, hat sich die englische Propaganda in Norwegen verstärkt. Ich bin nicht sicher, ob diese Mittel für die Propaganda unmittelbar von England nach Norwegen fließen oder ob sich nicht vielmehr die englische Propaganda in Norwegen bereits verselbständigt hat und ein autarkes Dasein

(<sup>1)</sup> Das Schriftstück ist nicht unterzeichnet; es wurde in einer Akte gefunden, die Berichte Wilhelm Scheidts über Norwegen enthält.

623

FEBRUAR 1940

führt. Die Möglichkeit hierzu besteht durchaus, da ganz Norwegen unter der Hypnose lebt, daß man gegen England nichts unternehmen könne und von der britischen Seeherrschaft im Hinblick auf den großen Seehandel, den Norwegen treibt, abhängig ist. Es ist ein verhängnisvoller Irrtum, anzunehmen, daß die Arbeiterschaft hierbei eine Ausnahme macht und sich der englischfreundliche Geist lediglich auf die Geschäftswelt und insbesondere die Interessenten an der Seefahrt erstreckt. Auch der einfache Arbeiter befürchtet, daß er seinen ungeheuer hohen Lebensstandard sofort um die Hälfte herabsetzen muß, wenn die Engländer mit Repressalien irgendwelcher Art einsetzen. Ohne die wirklichen Zusammenhänge zu kennen, wird Deutschland die Schuld für den ganzen Finnland-Konflikt in die Schuhe geschoben und darüber hinaus ganz Skandinavien darauf aufmerksam gemacht, wie gefährlich es sei, einen gewalttätigen Nachbarn im Osten und einen in seiner Bündnispolitik unzuverlässigen im Süden zu haben. (Die Terminologie hierzu: Nichtangriffspakt mit Polen – Polenraub; ständige Erklärungen, keine Ansprüche zu haben, und dennoch Konflikte: Österreich – Sudetenland – Tschechei – Danzig und Korridor).

Die Deutsche Gesandtschaft hat kürzlich protestiert gegen die von offizieller norwegischer Seite geduldete Creuelpropaganda gegen Deutschland. Kein Mensch in Norwegen spricht von englischen Creuelthaten. Es gibt aber immer eine ganze Anzahl Menschen, die sich bereit finden, unkontrollierbare Gerüchte von geschädigten Seeleuten kritisch weiterzugeben. Es laufen in Oslo und anderen Städten Norwegens Seelente herum, die „Selbsterlebtes“ erzählen. Immer wieder taucht die Erzählung auf, daß deutsche Marinefahrzeuge und Flugzeuge auf Seeleute geschossen haben, die sich bereits in Rettungsbooten befanden und unbewaffnet waren. Jeder Dampfer, der irgendwo auf eine Mine läuft, ist torpediert worden. Es finden sich auch immer Seelente, die das U-Boot gesehen haben. Bezeichnend ist ein Fall, der mir an verschiedenen Stellen unabhängig von einander erzählt worden ist, von einem früheren deutschen Reichsangehörigen, der norwegischer Staatsbürger geworden ist. Sein Sohn, der damals Reichsbürger war, wäre in den Sommerferien vorigen Jahres längere Zeit vermisst gewesen. Sein Vater habe in seiner Abwesenheit zwei an ihn adressierte Briefe aus Deutschland entgegengenommen und nicht geöffnet. Bei der Rückkehr des Sohnes stellte sich heraus, daß diese Briefe Einberufungsbefehle waren. Der Vater, der besorgt war, reiste mit dem Sohn nach Deutschland. Hier stellte sich der Junge der Wehrmachtsbehörde zur Verfügung, und sein Vater hörte einige Tage nichts von ihm. Als er sich nach ihm erkundigte, wurde ihm gesagt, ja, sehr könne er seinen Sohn, er müsse dann in den Hof heruntergehen, dort läge er erschossen. Der Vater ist daraufhin irrsinnig geworden. Es gibt Deutsche in Oslo, die waren mehrere Peträge ausgesetzt haben, um den Namen dieses Mannes zu erfahren. Dieses ist in keinem Falle möglich gewesen. Es gibt aber auch Deutsche in Oslo, die diesen Unsinnigkeiten Glauben schenken. Ebenso wird erzählt von rätselhaften Vorgängen in der Deutschen Gesandtschaft, die sollen dort Leute umgebracht worden sein und in Zinksärgen nach Deutschland befördert worden sein und darüber Unfug noch mehr als Gerücht in die Welt gesetzt wird. Man kann diese Dinge natürlich auf sich beruhen lassen, aber man soll die Wirkung einer solchen Creuelpropaganda in einem kleinen Lande und noch dazu in einem so verklatschten Ort wie Oslo nicht unterschätzen. Auf jeden Fall ist die Aufnahmefähigkeit der Norweger für solche Creuelerzählungen, sofern sie in Verbindung mit Deutschland und Rußland in die Welt gesetzt werden, und die Tatsache, daß über irgend welche englischen Dinge nichts zu hören ist, ein Zeichen dafür, was von dieser Creuelpropaganda bezweckt wird. Für eine objektive und politisch durchdachte Argumentation ist die norwegische Öffentlichkeit in ihrem heutigen Geistes- und Gemütszustand nicht zugänglich. Das politische Denken auch geistig hochstehender norwegischer Kreise bewegt sich auf einem für unsere Verhältnisse erschreckend tiefen Niveau. Ich verweise hierbei erneut auf die beiden Zeitschriften *Utenriks Chronik* und *Ragnørk*. Besonders bezeichnend ist der Artikel eines bekannten norwegischen Rechtsanwalts *Hjort* in der letzten genannten Zeitschrift (Januar-Februar-Heft 1940).

FEBRUAR 1940

Dieser Artikel hat die Überschrift: „Der Norden im Jahre 1940“ und ist in seiner ganzen Haltung verblüffend naiv. Auf Hjorts Urteil wird in solchen intellektuellen Kreisen, die als nach Deutschland tendierend und der nationalistischen Gedankenwelt des 20. Jahrhunderts nahestehend bekannt sind, Wert gelegt. Das gesamte politische Leitartiklertum hat 2 charakteristische Merkmale: 1., wie schon gesagt, politische Naivität und das Unvermögen, die wahren Beweggründe unseres politischen Zeitgeschehens zu begreifen, und 2., ein gerissener Geschäftssinn, mit dem die Norweger verstehen, mit großer Geschicklichkeit ihre Handelsinteressen zu vertreten. Die offiziellen Erklärungen der Norwegischen Regierung müssen m. E. schon deswegen von uns mit dem allergrößten Mißtrauen aufgenommen werden, weil die umfangreiche antideutsche Propaganda sowohl in der Presse wie in der Propaganda von Mund zu Mund nicht anders zu erklären ist, als daß sie von der Regierung nicht nur gebilligt, sondern auch gefördert wird. Selbstverständlich kann die Regierung jederzeit erklären, daß in einem „freien Lande“ die freie Presse auch schreiben kann, was sie will. Mit dieser Erklärung darf sich Deutschland aber nicht zufrieden geben, da es ja doch nur wieder eine Ausrede ist und in Wirklichkeit sehr wohl eine Ausrichtung der Propaganda gegeben ist. In diesem kleinen Lande kennen sich die maßgebenden Menschen. Sie haben untereinander die merkwürdigsten Querverbindungen und sind auch alle miteinander irgendwie von einander abhängig, sei es auch nur in dem Bewußtsein, daß nichts mehr bindet als gemeinsam begangene Schandtaten. Hierbei spielen persönliche geistliche Interessen, Steuerangelegenheiten, Seefahrten und alle möglichen Familiendiskretionen eine denkbar große Rolle.

Im Zusammenhang mit der *Altmark*-Affaire war es für mich interessant, Berichte meiner Bekannten über die Diskussion dieser Angelegenheit in der Öffentlichkeit zu bekommen. Am Sonntagabend, den 17. Februar, erschien die Exposéstellung über diese Affaire in den Schaufenstern der Osloer Zeitungstitulen. Die Tatsache, daß England die Neutralität verletzt, berührte überraschend, keinesfalls jedoch, wie viel von anderer Seite angegeben wird, erschreckend. Die Tatsache, daß 5 deutsche Seemanns bei diesem englischen Überfall getötet wurden (diese Zahl wurde als erste veröffentlicht und ist nachher überholt worden), wurde in der Menschenmenge, die traubenartig vor den Schaufenstern stand, mit den Ausrufen kommentiert: „Was, nur fünf, warum hat man nicht alle tot geschlagen!“ Ich legte in diesem Zusammenhang Wert darauf, zu erfahren, ob es Einzelne gewesen waren, die das sagten, oder ob diesen Einzelnen widersprochen worden wäre, und mußte hören, daß solchen Ausrufen ein allgemeines Beifallsgemurmel folgte. Auch in den nächsten zwei Tagen wurde immer dort, wo kein Deutscher zugegen war, der englische Überfall als eine ausgezeichnete Unternehmung (job) bezeichnet. Auch die Haltung der norwegischen Matrosen an Bord der kleinen Torpedoboote, die die *Altmark* begleiteten, ist bezeichnend. Einer dieser norwegischen Matrosen sagte zu einem deutschen Matrosen, der von Bord der *Altmark* in den Fjord gesprungen war und auf das norwegische Kriegsschiff zuschwamm, „Schwimm doch zu den Engländern.“ Wie ich von dem Deutschen Militärattaché in Oslo erfuhr,<sup>2)</sup> hat man diesen deutschen Matrosen, der doch in Seenot war, auch nicht an Bord des norwegischen Torpedobootes aufgenommen.

Herr Hagelin hatte am Montag, den 19. d. M., Gelegenheit, an einer Teegesellschaft teilzunehmen, wo eine Anzahl von norwegischen Stortings-Abgeordneten zugegen waren. Hierbei hörte der das Gespräch zweier Herren, von denen der eine die Meinung äußerte, die Norweger hätten wenigstens Löcher in die Luft schießen sollen, worauf der andere ihn verbesserte und erklärte, das käme ja gar nicht in Frage, die Haltung der beiden Kommandanten der Torpedoboote den Engländern gegenüber wäre doch „eine aufgelegte Sache“. In norwegischen maßgebenden Kreisen erklärte man weiter, daß die Beherrschung der nördlichen Nordsee und des nördlichen At-

\*<sup>(2)</sup> Oberst von Uthmann.

FEBRUAR 1940

lantik durch Deutschland eine außerordentlich problematische Sache war. Der Zwischenfall im Lössingfjord hat einige dieser Norweger, darunter ein *Korvettenkapitän*, veranlaßt, mir gegenüber zu erklären, daß zwar dieser Überfall ein schändlicher Übergriff der Engländer sei, daß er aber immer wieder beweise, wie groß Englands Vorherrschaft zur See sei, daß dieses ganze Unternehmen ohne Eingriff und Störung deutscherseits durchführbar gewesen ist und nicht die Deutschen, sondern die Engländer den Nordatlantik beherrschen und auch in der nördlichen Nordsee die Herren wären. Die deutschen Darstellungen, daß sich die englische Flotte aus Angst vor den deutschen Fliegern und U-Booten in westenglischen Häfen versteckt hielte, träfe nicht zu, was man ja auch aus dem *Altmark*-Zwischenfall ersehen könnte.

## II. Die Auffassung des Deutschen Gesandten in Oslo.

Bei meiner Rückkehr nach Norwegen am 21. Januar hatte ich umgehend eine Rücksprache mit dem Deutschen Gesandten Herrn Dr. Bräuer. Ich sagte ihm damals, daß ich vor einer optimistischen Betrachtung der Lage in Norwegen in Bezug auf das Verhältnis Norwegen-Deutschland warne. Es liegt meiner Ansicht nach klar auf der Hand, daß hier, wie schon in meinem vorigen Bericht <sup>5)</sup> gesagt, von norwegischer Seite im Einvernehmen mit England alles getan wird, um die deutschen Stellen durch offizielle Erklärungen zu beschwichtigen. Der Norwegische Außenminister Koht wäre sicherlich ein Biedermann im schwarzen Rock, auf keinen Fall aber ein ehrlicher Mittler zwischen den norwegischen Interessen und denen der kriegführenden Staaten. Wahrscheinlich hat er überhaupt nicht viel zu sagen, sicher aber ist, daß er Schaukeipolitik treiben muß, um die ihn niemand in Norwegen beneidet. Die Norweger werden auch im letzten Moment noch gegen angebliche Vergewaltigung durch Engländer protestieren, aber nicht aus Überzeugung, sondern aus Taktik. Sie werden sich herabsteden damit, daß sie gegen einen übermächtigen Gegner ohnehin nichts machen können, und werden bei einer Vergewaltigung zwar schreien, aber doch rasch eine politische Annäherung zeigen. Der Herr Gesandte muß ganz offenbar starke Gründe haben, trotzdem die norwegische Haltung in dem Zusammenhang als ich, und ich bin der Letzte, der seine schwierige Mission in Norwegen unterschätzt. Dennoch erwartete ich, daß ihn meine in der Folgezeit übermittelten Nachrichten, wenn auch nicht überzeugen, so doch sehr nachdenklich stimmen würden. Am Montag, den 29. 1., nachts, sah ich zum ersten Mal (wie im vorigen Bericht bereits mitgeteilt) uniformierte englische Sanitätssoldaten in Oslo. Meine diesbezügliche Meldung an den Herrn Marineattaché <sup>6)</sup> und den Herrn Gesandten wurde sehr abwartend aufgenommen. Die Gesandtschaft und der Marineattaché erklärten mir aber später, daß vor norwegischen Stellen das Vorhandensein von 150 englischen Sanitätssoldaten zugegeben wurde. <sup>7)</sup> Einige Zeit später bekam ich von einer Aufsichtsbeamtin des norwegischen Telefon- und Telegrafenamtes die Mitteilung, daß sie ein Telefongespräch zwischen Angehörigen der norwegischen Verhandlungsgruppe der norwegisch-englischen Wirtschaftsverhandlungen abgehört habe, in dem gesagt wurde, daß die Engländer Flottenstützpunkte in Norwegen und Handlungsfreiheit in den norwegischen Hoheitsgewässern verlangten. Dies habe die Norwegische Regierung abgelehnt. Darauf hätten die Engländer mit Repressalien wirtschaftlicher Art gedroht. Ich meldete noch am gleichen Tage dies dem Gesandten, der diese Meldung bagatellisierte und mir auseinanderzusetzen versuchte, daß die Engländer ja gar nicht in der Lage wären, wirtschaftliche Repressalien auszuüben. Ich versuchte die Meldung

<sup>5)</sup> Nicht gedruckt (4667/E 087 430-40). Eine Aufzeichnung vom 2. Febr., wonach der Deutschen Gesandtschaft in Oslo die öffentliche Meinung Norwegens — stark, wenn auch nicht offen erkennbar, pro-britisch — unbekannt geblieben sei. Scheidt bat, man möge ihm eine offizielle Stellung in Norwegen übertragen, die ihm bessere Wahrnehmung seiner Verbindungs- und Nachrichtentätigkeit ermögliche.

\*<sup>6)</sup> Korvettenkapitän Schreiber.

<sup>7)</sup> Bräuer berichtete in Telegramm Nr. 184 vom 19. Febr., daß er Koht auf die angebliche Anwesenheit uniformierter Briten in Norwegen angesprochen habe. „Weisungsgemäß“ habe ich abgeschieden von eigener Bewertung des Vorganges“ (22/13 818-19).

FEBRUAR 1940

nachzuprüfen und befragte über meinen Mittelemann Herrn Quisling. Quisling sagte mir, daß er von dieser Angelegenheit nichts wisse, würde aber versuchen, näheres in Erfahrung zu bringen. Es sei ihm aber bekannt, daß die Engländer dieselbe Forderung bereits um die Weihnachtszeit herum gestellt hätten und damals der Norwegische König sich unmittelbar ins Benehmen setzte mit dem Englischen König, um ihn zu bitten, bei seiner Regierung zu veranlassen, zunächst von dieser Forderung abzusehen, da ein solches Vorgehen verfrüht wäre. Nunmehr, sagte Quisling, wären ja wieder fast 2 Monate vergangen und daß die Engländer sehr wahrscheinlich ihre Forderung erneut anmeldeten. Ich fragte Quisling, woher er diese Angelegenheit wüßte, und er sagte mir, daß er einen ihm nahe stehenden Offizier aus der unmittelbaren Umgebung des Königs gefragt habe, der ihm dieses erzählt hat. Auch dieses meldete ich dem Gesandten. Einige Zeit später wurde mir vom Deutschen Marineattaché gesagt, daß von einem lange in Norwegen ansässigen Deutschen dieselbe Meldung gemacht worden sei, und daß man über diese Angelegenheit an der Westküste spräche. Meiner Ansicht nach spricht die Tatsache, daß so eine Angelegenheit weiter exportiert wird, nicht unbedingt gegen die Wahrheit dieser Sache, da in diesem kleinen Lande auch über vertrauliche Dinge Indiskretionen verbreitet werden. Quisling hat sich nun weiter erkundigt und herausgebracht, daß tatsächlich eine Abmachung unter der Hand zwischen der Norwegischen Regierung und Deutschland besteht, wonach die Norweger bereit sind, englische Übergriffe lediglich nicht zu unterstützen, sondern zu beantworten. Dieses geschah alles vor der *Altmark-Affäre*. Diese *Altmark-Affäre* selbst bringt den ersten Beweis, daß die norwegische Regierung sich nicht absetzt. Am Sonnabend den 17. Februar, sprach ich noch einmal mit dem Gesandten, in dieser nähen wie oben den gleichen Standpunkt ein, nämlich das die Norweger ja gar nicht gegen uns Stellung nehmen könnten. Der Gesandte äußerte hierbei, in daß gerade neuerdings schwer wiegende norwegische Abmachungen zur Vorbereitung wären, und daß von norwegischer Seite aus auf Ratifizierung dieser Abmachungen gesteigert Wert gelegt wird, und daß, im Fall diese Abmachungen, von denen ich im Einzelnen von ihm nichts erfähr, in Kraft treten würden, das ganze norwegische Wirtschaftsleben so stark in deutscher Hand sei, daß sie sich überhaupt nicht gegen uns rühren könnten. Ich weiß nicht, um was für Verhandlungen es sich hier handelt, aber aus dem gesamten Tenor des Gesprächs nehme ich an, daß sie in Zusammenhang mit den deutsch-norwegischen Wirtschaftsverhandlungen stehen.<sup>9)</sup> Ich glaube auf keinen Fall, daß sich die Norweger, selbst wenn diese Abmachungen in Kraft treten, haltungsmäßig von uns abhängig fühlen. England hält Norwegen immer entgegen, daß die heutige Blockadelinie Nordengland – Island – Grönland nicht effektiv wäre. Hierdurch wäre die gesamte norwegische Überseeschifffahrt stark gefährdet. Wenn die Engländer die Blockadelinie gegen Deutschland um 45° nach Osten drehen können und sie auf dem weitaus kürzeren Wege als bisher zwischen Nordengland und Südnorwegen ausbauen, kann die gesamte norwegische Überseeschifffahrt im Rücken dieser Blockade, von England angeblich sogar geschützt und begünstigt, sich vollkommen frei entwickeln. Wie bereits oben geschildert, trägt ja ein Zwischenfall wie in dem Jössingfjord dazu bei, die Norweger immer wieder davon zu überzeugen, daß die Engländer die nördliche Nordsee beherrschen. Ich wüßte nicht, was für Vorteile Norwegen in einem solchen Fall von Deutschland hätte. Es ist natürlich nicht sicher, ob die Norweger recht behalten. Ich persönlich stehe auf dem Standpunkt, daß sie sich hiermit in ein Abenteuer stürzen, das ihre Existenz endgültig untergräbt. Mein Standpunkt ist aber nicht der norwegische, und ich neige der Ansicht zu, daß die Norweger sich von England letztlich genau so einwickeln lassen wie andere kleine Staaten auch.

(<sup>9)</sup> Bräuer berichtete in Telegramm Nr. 193 vom 20. Febr.: „Vereinbarung über deutsch-norwegischen Warenverkehr 1940, die unseren Wünschen weitgehend entspricht, heute paraphiert...“ (3518/E 021 071). Der Wortlaut des Abkommens, das das Datum vom 23. Febr. trägt, ist nicht gedruckt (3072/612 011-16).

FEBRUAR 1940

## III. Angelegenheit Quisling — Nasjonal 7) Samling.

Ich habe bisher verabredungsgemäß Herrn Quisling in englischen Pfunden den Gegenwert von RM 100 000,— übergeben. Quisling hat seine Propaganda mit Erfolg anlaufen lassen, den Straßenverkauf seiner Zeitschrift in Oslo in 4 Wochen verdreifacht. Die versendete Auflage beträgt nunmehr 25 000 Exemplare. Er versorgt in erster Linie mit dieser Zeitschrift und an Hand eines umfangreichen Adressenmaterials auch mit persönlichen Briefen und Zusendungen das gesamte norwegische Offizierskorps. Auf meine Veranlassung hin und auf Wunsch des Deutschen Marineattachés baut Quisling jetzt mit Hilfe seiner Parteigenossenschaft ein Nachrichtennetz entlang der norwegischen Küste aus. Hier wird so vorgegangen, daß drei große Abschnitte eingeteilt werden und für jeden Abschnitt (Süd-, Mittel- und Nordnorwegen) ein hauptamtlicher und mit der Seefahrt vertrauter Parteianhänger Quislings beauftragt wird. Es wird angestrebt, nach Möglichkeit auf jedem Schiff einen Vertrauensmann zu haben, der entsprechend an Quisling berichtet. Die uns interessierenden Fragen werden dann von Quisling über mich an den Deutschen Marineattaché geleitet. Der Deutsche Marineattaché verspricht sich von einer solchen Möglichkeit sehr viel, und ich gehe mit ihm darin in der Auffassung einig, daß man mit den alten Methoden des Nachrichtendienstes nicht mehr viel anfangen kann. Auch in den kleinen Städten ist der Polizeiapparat mit den modernen Methoden der Polizeiarbeit so vertraut, daß die überholten Methoden des Secret Service früher oder später zum Scheitern kommen. Der letzte Fall dieser Art in Stockholm hat in Skandinavien ziemliches Aufsehen erregt. Dort hat der englische Nachrichtendienst nach der konservativen Methode gearbeitet und hat Schiffbruch erlitten. Die Methode, Agenten zu werben, sie mit Geld auszurüsten, ist kostspielig und unzuverlässig, da sich ja nur solche Elemente für etwas hergeben, die ihrer eigenen Neigung nach dazu prädestiniert sind. In Norwegen bietet sich uns Gelegenheit, mit einer politischen Bewegung zu operieren, deren Anhänger aus Überzeugung handeln. Der Deutsche Marineattaché hat mich auch gebeten, diesen Standpunkt beim Oberbefehlshaber der Kriegsmarine 7) vorzutragen.

Die Unterstützung der Quisling-Partei ist ja aus sehr schwerwiegenden Gründen für uns von großem Vorteil. Egal wie sich die Lage in Norwegen entwickelt und mit welchen Mitteln wir einmal vorgehen, müssen wir in Norwegen eine möglichst starke, uns gegenüber sympathisch eingestellte Bewegung haben. Je stärker man diese Bewegung jetzt stützt, um so besser ist es für uns später. Die bisher zur Verfügung gestellten Mittel sind im Vergleich zu den Aufgaben, die Quisling bevorzugen, unzureichend. Auch wenn ich Absprache gemäß weitere RM 100 000,— überbringe, kann damit die deutsche Hilfe nicht abgeschlossen sein.<sup>8)</sup> Wenn Quisling beispielsweise aus seiner Wochenzeitschrift eine Tageszeitung machen will (die Vorbereitungen sind hierzu getroffen), kostet ihn diese Tageszeitung zu Anfang etwa 1 500 Kronen täglich, das sind 45 000 Kronen im Monat. Das sind die unmittelbaren Versand- und Druckkosten. Der politische Mitarbeiterstab kostet auch viel Geld. Daneben laufen die anderen Propagandakosten und die Kosten der stets wachsenden Organisation. Quisling hat aber recht mit seiner Ansicht, daß er den Entschluß, eine Tageszeitung zu starten, abhängig machen muß davon, ob die hierfür erforderlichen Mittel auch in Zukunft sichergestellt sind. Versteigen diese Mittel frü-

\*7) In der Vorlage stets: „National“.

\*8) Großadmiral Raeder.

(\*) Am 24. Febr. erinnerte Rosenberg den Reichsaußenminister an eine Vereinbarung mit ihm, wonach zweihundert- bis dreihunderttausend Mark unmittelbar für Quisling freigemacht werden sollten und daß es für Scheidt wesentlich sei, die zweite Rate sofort zu empfangen und nach Norwegen mitzunehmen. Vgl. *Der Prozeß gegen die Hauptkriegsverbrecher vor dem Internationalen Militärgerichtshof*, Band XXVI, Dokument Nr. 957-PS, Beweisstück GB-136, S. 411. Aus einer rückblickenden Aufzeichnung des Außenpolitischen Amtes vom 16. Juni geht hervor, daß diese Abmachung im Januar 1940 getroffen worden war; ein gleichzeitiges Dokument mit genauen Einzelheiten wurde nicht ermittelt. Vgl. ebda, Band XXV, Dokument Nr. 004-PS, Beweisstück GB-140, S. 29.

Február 1940

her oder später, so ist der Rückschlag für seine Partei und sein eigenes politisches Ansehen um so stärker. Ich bitte daher dringend eine Maßnahme zu veranlassen, um hier die denkbar größte Sicherheit zu gewährleisten.

#### IV. Tageszeitung.

Seit einem Jahr habe ich überall den Standpunkt vertreten, daß sich die Deutsche Regierung einer norwegischen Tageszeitung versichern soll. Es wäre gut, wenn man eine norwegische Zeitung, die nicht unmittelbar zu Quisling gehört, zur Verfügung hätte. Es stand einmal die Zeitung *Tidens Tegn* zum Verkauf. Seinerzeit wäre mit einem Betrag von etwa 400 000 Kronen diese Zeitung zu übernehmen gewesen. Aus Gründen, die ich nicht im einzelnen kenne, ist dies seinerzeit von deutscher Seite abgelehnt worden. Inzwischen haben sich in geschickter Weise die Engländer dieser Zeitung bemächtigt (ohne dabei eigenes Kapital zu investieren), sodaß sie heute in keiner Weise deutschfreundlich ist. Von der Gesandtschaft wurde mir erklärt, daß die Angelegenheit *Tidens Tegn* heute hoffnungslos verloren sei. Ein mir bekannter einflußreicher Norweger, der Vorsitzende der Norwegisch-Deutschen Gesellschaft, Professor Claus Hansen, hat mich kürzlich einmal gefragt, ob man nicht noch einmal versuchen könnte, Deutschland für *Tidens Tegn* zu interessieren. Ich habe ihm darauf gesagt, daß ich mit diesen Dingen nichts zu tun habe und aus nahe liegenden Gründen auch keine große Lust hätte, mich in solche Angelegenheit einzumischen. Trotz dieser Erklärung habe ich von ihm erfahren, daß er Möglichkeiten sucht, *Tidens Tegn* in die Hand zu bekommen, und er will mir genaue Unterlagen darüber in Auftrag von etwa 14 Tagen beschaffen. Auf mein Befragen, warum er mir nicht über die Gesandtschaft mache, sagte er mir, er wolle es nicht in offiziellem Rahmen vorbringen und bäte mich, hier in Berlin zu fragen, ob ein Interesse vorhanden sei.

#### V. Zeitverteilung der deutschen Skandinavien-Arbeit.

Die im Zusammenhang mit der Nasjonal Samling eingeleitete Arbeit in Norwegen ist leider meinem Gefühl nach etwas gefährdet dadurch, daß in Deutschland sich zu viele Stellen mit skandinavischer Arbeit beschäftigen. Abgesehen davon, daß schon in Friedenszeiten es oftmals schwierig war, alle an Skandinavien interessierten Dienststellen unter einen Hut zu bringen, wäre es jetzt im Kriege geradezu verhängnisvoll, wenn sich mehr Stellen mit Skandinavien befassen als unbedingt notwendig ist. Beispiel: Lange vor dem Kriege habe ich es nicht verstanden, daß man in Oslo für Norwegen keine Reichsbahnzentrale für den deutschen Reiseverkehr einrichtete. Diese Reichsbahnzentralen haben, soweit ich unterrichtet bin, politisch und nachrichtenmäßig in London, Paris und vor allem in Wien und Prag gut gearbeitet, und es wäre nicht schlecht gewesen, diese Arbeit auch in Norwegen anlaufen zu lassen. Nun, nachdem wir fast ein halbes Jahr Krieg führen, ist der Geschäftsführer dieser Organisation, Herr Winter, nach Oslo gekommen, um die Möglichkeiten für die Errichtung einer solchen Reichsbahnzentrale nachzuprüfen. In Oslo selbst sieht man es jetzt als eine klare Sache an, daß Deutschland sich eine „Spionage“-Zentrale in Norwegen schaffen will. In diesem Fall zeigt sich wieder, daß eine einmal verpaßte Gelegenheit unter neuen und ganz anderen Voraussetzungen ein tot geborenes Kind sein kann. Ich würde die Errichtung einer solchen Reichsbahnzentrale nur dann als unbedenklich ansehen, wenn man sich innerhalb dieser Arbeit ausschließlich mit dem Reiseverkehr beschäftigt. Jede andere Tätigkeit betrachte ich mit großem Mißtrauen, weil sie unsere Arbeit irgendwo einmal kreuzen wird und dann evtl. sehr unangenehme Folgen haben kann. Es wäre angebracht zu veranlassen, daß außer den Wehrmachtsstellen und selbstverständlich dem Auswärtigen Amt innerhalb der ihm vorgezeichneten Aufgaben keinerlei deutsche Stellen sich mit irgend welchen norwegischen Angelegenheiten zu beschäftigen haben.<sup>10)</sup>

<sup>10)</sup> Vgl. die Eintragung vom 3. März 1940 in: Hans-Günther Seraphim, *Das politische Tagebuch Alfred Rosenbergs aus den Jahren 1934/35 und 1939/40*, Göttingen 1956, S. 102.